

Bad Kleinen und der Staat

Die Ereignisse der letzten Wochen zeigen, wohin die Reise geht. In der tiefsten Nachkriegsrezession und der Strukturkrise des deutschen Kapitalismus lassen Kapital und Staat ihre Maske der Versöhnung fallen. Der Kampfeinsatz in Somalia wird durchgepeitscht. Nach den Morden von Solingen sah sich die Regierung nicht einmal mehr zu salbungsvollen Worten genötigt. Der Sozialabbau und die Arbeitsplatzvernichtung haben eine neue Stufe erreicht. Demokratische Rechte werden angegriffen: die Kommentare der ARD-"Tagesthemen" sollen ab sofort streng zensiert werden. Die Schießerei von Bad Kleinen und die folgende Vertuschungskampagne reiht sich nahtlos ein in die Strategie von Regierung, Kapital und Staat.

Nach dem jetzigen Stand wurde Wolfgang Grams auf dem Bahnhof Bad Kleinen hingerichtet. Der Staatsapparat und seine verschiedenen Abteilungen und Fraktionen versuchen, dies dreist zu vertuschen. Staatliche Stellen haben gelogen. Die Ermittlungen wurden verschleppt. Auf Spurensicherung wurde verzichtet. Nur ein Teil der Patronenhülsen wurde sichergestellt. Die Waffen der GSG-9-Beamten wurden nicht eingezogen. Die Beamten wurden erst spät und nur kurz verhört. Statt einer dienstlichen Videodokumentation tauchten nur geschnittene Amateurvideos auf. Von den Behörden wurden wilde Vermutungen über Selbstmord und Unfall als ernsthafteste Möglichkeiten verbreitet. Bis heute gibt es keine strafrechtlichen Ermittlungen wegen Mordes.

Vertrauensverlust kleineres Übel

Staat und Regierung der BRD wollen nicht, daß die Wahrheit über Bad Kleinen herauskommt. Sie nehmen in Kauf, daß durch Verschweigen und Vertuschen der Ruf des Rechtsstaates angekratzt wird, daß das Vertrauen in die Politik weiter sinkt, daß liberale Journalisten bissige Kommentare verfassen. Die Wahrheit scheint für sie noch schädlicher zu sein. Offensichtlich will die Regierung die Affäre aussitzen, baut darauf, daß sie aus den Schlagzeilen verschwindet.

Eine Möglichkeit wäre gewesen, von vorneherein zuzugeben, daß ein GSG-9-Mann "durchgeknallt" ist. Die Propaganda hätte betonen können, daß der Beamte sehen mußte, wie sein Kollege und Freund erschossen wurde usw. usf. Selbst wenn der getötete Beamte Newrzella von eigenen Kugeln getroffen worden wäre, hätte man dies schon hinblenden können.

Doch es wurde anders entschieden. Ein Grund kann sein, daß der Ruf, zu vertuschen und die Wahrheit zu verblegen weniger stört als die amtlich bestätigte Tatsache, daß deutsche Polizisten einen wehrlosen Menschen hinrichten.

Wahrscheinlicher ist jedoch eine andere Variante. Ein V-Mann war bei der Aktion anwesend. Dieser V-Mann wurde entweder aus der RAF gewonnen oder konnte dort eingeschleust werden. Eine Panne führte dazu, daß der V-Mann enttarnt wurde und aus dem Verkehr gezogen werden mußte. Das wirft weitere Fragen auf: Inwieweit war ein Polizist an Anschlägen beteiligt? Hat er selber bewaffnete Aktionen provoziert? Der Skandal wäre größer als bei der Hinrichtung von Wolfgang Grams. Doch auch das ist möglicherweise nicht alles. Der bürgerliche Staat benutzt die Existenz von Terror-Organisationen wie der RAF, um repressive Maßnahmen und Aushebelung demo-

kratischer Rechte zu legitimieren. Statt passiver Ausnutzung der RAF-Aktionen könnten Teile des Apparates aktiv Terror organisiert haben, bzw. könnten dies vorbereiten. Es ist durchaus möglich, daß der Staat mit dem Nebel über Bad Kleinen versucht, den Einsatz von "agents provocateurs" zu decken. Der Sumpf, der sich aufbauen könnte, wenn dies herauskommt, rechtfertigt aus der Sicht von BAW, BKA und Co. den Vertrauensverlust, der jetzt entsteht.

Der Einsatz von Provokateuren in der BRD ist nichts Neues. Bei den Krefelder Krawallen anlässlich des Bush-Besuches 1983 haben Agenten des Verfassungsschutzes eine Rolle gespielt. Durch das "Celler Loch" in einer Gefängnismauer holten Staatsorgane ihre V-Männer aus dem Celler Knast heraus.

Unterschiedliche Einschätzungen

Es ist denkbar, daß Teile der bürgerlichen Parteien und der Sicherheitsbehörden diese Strategie des "do-it-yourself-Terrors" verfolgen. Sicher ist, daß größere Teile nach wie vor die RAF durch eine harte Linie am Leben halten wollen, um den "Terror von links" auszunutzen. Andere Teile des Staates sehen dies jedoch als gefährlich oder auch nur lächerlich an. Die Vertreter der Kinkel-Initiative ("Versöhnungsangebot" an die RAF) wollen durch Entgegenkommen in der Frage der Gefangenen das Problem RAF aus der Welt schaffen. Fraglich ist, inwieweit der Rücktritt von Innenminister Seitzers mit den Grabenkämpfen im Staatsapparat zusammenhängt. Auf jeden Fall ist der neue Innenminister Kanther ein rechter Hardliner. Seine Ernennung ist ein weiterer Hinweis darauf, daß Kohl die Samthandschuhe ausgezogen ist.

Polizeilicher Einzeltäter?

Unklar ist, ob die Exekution von Grams ein staatlicher Auftragsmord war oder ob ein Beamter "überreagiert" hat. Die bürgerliche Öffentlichkeit betont die "Überraktion". Auch die Polizei hat eben ihre "Einzeltäter". Trotz allem Gerede über die psychologische Schulung der GSG-9, über die Minimierung von tödlicher Gewalt: die GSG-9 ist dazu da, den Gegner zu töten. Dazu bedarf es keines Affektes oder einer Extremsituation, das ist ihr offizieller Auftrag. Schon nach der Erstürmung des entführten Flugzeuges in Mogadischu 1977 sagte der anwesende SPD-Politiker Wischniewski, daß er die GSG-9-Leute davon abhalten mußte, die gefangene arabische Terroristin hinzurichten.

Der Hintergrund für das Verhalten der GSG-9 ist die ideologische Ausrichtung der deutschen Polizei, die bei den Eliteeinheiten (MEK, SEK, GSG-9, Verfassungsschutz) verstärkt durchschlägt. Mit der Zunahme sozialer Widersprüche werden Polizisten härter politisch trainiert. Dazu kommt ihre eigene soziale Lage. Schlechte Bezahlung, Überstunden, das Gefühl, die Prügelknaben- und mädchen für die Fehler anderer zu sein, machen Polizisten unzufrieden, die Ausbildung gibt die Richtung vor.

Das Feindbild "links" und "Ausländer" ist verankert. Während viele einzelne Beamten die staatliche Duldungslinie gegenüber Faschisten durch ihr persönliches Verhalten perfekt ergänzen, gehen sie härter gegen die Linke vor. Wer auf einer Demonstration Beamten des SEK (Sonder-Einsatzkommandos) gegenübersteht, kann miterleben, wie diese mit rassistischen und menschenfeindlichen

Sprüchen und mit Schlägen versuchen, Gewaltaktionen zu provozieren. Dies hat in den letzten Jahren zugenommen. SEK-Einheiten provozieren selbst wenn die offizielle Linie ausnahmsweise "Deeskalation" ist (Wiesbadener Demo nach dem Tod von Grams, 10. 7. 93). Der Jahresbericht von "amnesty international" für 1992 weist auch auf eine Zunahme von rassistischen Übergriffen deutscher Polizisten gegen AusländerInnen hin.

Insofern ist die Hinrichtung von Bad Kleinen die Konsequenz der von oben gewollten und organisierten psychologischen Einstellung der deutschen Polizei.

Die Lage der RAF

Die RAF ist in der Defensive. Schon in den Erklärungen vom April 92 und nach dem Anschlag in Weiterstadt steht im Prinzip die Erkenntnis, daß der "bewaffnete Kampf" gescheitert ist. Die Betonung wird auf die "soziale Gegenmacht von unten" gelegt. Die Überlebenden der RAF versuchen damit, ihre Isolation zu durchbrechen. In der Stellungnahme zu Grams' Tod beschäftigt sich die RAF fast nur mit ihrer eigenen Lage. Die Rote Armee Fraktion ist in einer Ideologischen Krise. Die heutigen RAF-Leute wollen eigentlich in die Legalität zurück. Doch der Staat wird ihnen weiterhin den Weg zur Aufgabe des "bewaffneten Kampfes" verbauen. Die RAF-Leute der heutigen Generation sind über die Soli-Arbeit mit den Gefangenen dazugekommen. Die Behandlung der Gefangenen (Isolationshaft, harte Urteile, längere Haft als andere) wird es ihnen schwer bis unmöglich machen, aufzuhören. Ebenso die harte Verfolgung durch die Staatsorgane und die in Bad Kleinen gezeigte Bereitschaft des Staates, zu töten.

Die heutige RAF kämpft in erster Linie um ihr Leben und ihre Identität. Ihre Perspektiven, die Isolation zu durchbrechen, sind gering. Für die heutige Generation radikaler Jugendlicher ist die RAF ein Überbleibsel der Siebziger. Die Symphatisantenszene ist kleiner geworden. Neue Terroranschläge sind daher eher unwahrscheinlich.

Möglich ist aber, daß staatliche Organe den Namen der RAF weiter benutzen, um Provokationen zu organisieren. Doch in Bad Kleinen ist der Versuch, die RAF zu benutzen, fehlgeschlagen. Bevor sich Staatsorgane noch einmal die Finger damit verbrennen, wird einlge Zeit ins Land gehen.

Aktuell wird der individuelle Terrors nicht zunehmen. Allerdings werden die Zeiten in der BRD härter. Mehr Menschen werden sozial abgedrängt. Die staatliche Duldung der Nazis, der Sozialabbau werden genug Wut schüren. Insofern ist auf mittlere Sicht nicht auszuschließen, daß terroristische Tendenzen in Teilen der Jugend hochkommen. Doch die Geschichte der RAF zeigt, daß dies eine Sackgasse ist, daß Terror nur ein Ausdruck von Hilflosigkeit ist. Der Kampf gegen dieses System kann nicht von selbsternannten Befreiern geführt werden. Er muß von der Masse der arbeitenden Menschen geführt werden. Die ArbeiterInnen werden ihre Erfahrungen mit der "sozialen Marktwirtschaft" in der BRD machen und daraus Schlüsse ziehen.

Ablenkungsmanöver

Bad Kleinen zeigt nicht die Allmacht des BRD-Staates. Der Sicherheitsapparat hat diese Sache verpfuscht. Nicht die RAF kann diesmal als Bösewicht dargestellt werden, das Vertrauen in den Staat ist zumindest bei bewußteren Schichten weiter gestört. Der Staat - oder Teile desselben - wollten die RAF benutzen, um vom real existierenden

Nazi-Terror abzulenken. Die Polizei setzte Himmel und Hölle in Bewegung, bereitete die Aktion monatelang vor, um zwei "mutmaßliche Terroristen" zu fangen. Einer davon wurde ermordet. Nach der Aktion gab es eine Großrazzia in Dortmund, bei der unbeteiligte Menschen festgenommen, verhört und erniedrigenden Durchsuchungen unterworfen wurden. Ex-Chefankläger von Stahl verkündete nach Bad Kleinen die Gefahr neuer RAF-Anschläge, obwohl es keine Hinweise gab. Nazis können lauthals Terrorakte ankündigen - es passiert nichts. Noch immer sind "zu wenig Kräfte" im Einsatz, wenn Faschisten aufmarschieren. Noch immer wird von Einzeltätern geredet. Noch immer gibt es gegen Nazi-Gruppen keine Ermittlungen wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung. Trotz einiger Vorzeigurteile sind die Strafen gegen Nazis vergleichsweise gering. Am 15. 7. 93 wurde einmal wieder eine Razzia gegen Nazi-Skins gemacht. Dabei wurde viel Material beschlagnahmt und den Medien präsentiert - festgenommen wurde kein Nazi.

Die SPD will jetzt auch den "Großen Lauschangriff" unterstützen. Doch wie können wir Staatsorganen vertrauen, die offensichtlich lügen und vertuschen, die Spitzel einsetzen. Wer wird abgehört werden? Wer soll das kontrollieren? Die Intensivierung der Abhörmaßnahmen wird nicht nur zur Bekämpfung des organisierten Verbrechens eingesetzt. Sie wird von den Herrschenden zum weiteren Abbau demokratischer Rechte benutzt werden. Im Kampf gegen die RAF werden Methoden erprobt. Beim Fall Bad Kleinen geht es nicht "nur" um die Menschenrechte von Wolfgang Grams. Staatliche Unterdrückungsmaßnahmen werden schon jetzt stärker gegen die Arbeiterbewegung angewandt. Bei den Protesten der Kall-Arbeiter von Bischofferode in Erfurt am 14. 7. 93 haben Provokateure der Polizei versucht, Krawalle zu starten, um den Kampf für den Erhalt von Arbeitsplätzen zu diskreditieren. Die Arbeiter haben sie erkannt und sie aus der Kundgebung vertrieben. Der thüringische Innenminister erklärte dazu frech, er müsse seine Polizeieinsätze nicht gegenüber den Kall-Kumpeln rechtfertigen. Solche Einsätze werden in nächster Zeit zunehmen.

Wir kämpfen gegen den Abbau demokratischer Rechte und verlangen auch von SPD und Gewerkschaften Widerstand zu organisieren.

Wir verlangen die Auflösung der Sondereinheiten (GSG-, MEK, SEK) und des Verfassungsschutzes, des BND und des MAD. Das sind politische Staatsschutzeinheiten zum Einsatz gegen demokratische Rechte und die Arbeiterbewegung. Wir verlangen die "gläserne Polizei", ein offene, demokratische Kontrolle der Polizei durch Gewerkschaften, die Kommunen und die Bevölkerung. Wir fordern, daß auf Demos nur die örtliche Polizei eingesetzt wird. Wir treten ein für die Abschaffung der gegen die Linke gerichteten "Anti-Terror"- und "Sicherheitsgesetze".

Redaktion VORAN

Köln, 15. 7. 1993

Politische Gewalttätigkeiten

MARXISTEN INDIVIDUELLEN

Krawalle in Berlin und Nürnberg, Straßenkämpfe in Zürich, London und Liverpool, politischer Mord in Italien, Beinahe-Bürgerkrieg in Belfast, Bombenattentate in europäischen Großstädten und auch Guerillakriege in der Dritten Welt. . . Diese Gewalttaten finden jeden Tag statt. Viele Menschen sind davon abgestoßen, verzweifelt und verwirrt. Aber Sozialisten kommen nicht darum herum, nach der Ursache dieser Zustände zu fragen.

Laßt uns darüber im klaren sein, wie Marxisten zu Gewalt stehen. Weder wollen sie noch befürworten sie die Gewalt. Wir haben das Ziel einer gewaltfreien sozialistischen Gesellschaft. Wir weisen die Lügen unserer Kritiker zurück, die behaupten, der Marxismus befürworte, ja verursache sogar die Gewalt. Für die Anhänger des Kapitalismus ist jede Bewegung der Arbeiterklasse - zum Beispiel Streik oder Demonstration - eine Gewalttat gegen den bestehenden "demokratischen" Staat. Aber Gewalt findet nur dann statt, wenn die Interessen zweier Klassen aufeinander stoßen. Der Marxismus erkennt und erklärt das; ist aber selber nicht die Ursache. Die einzige Ursache ist die Klassengesellschaft. Und solange dieses Gesellschaftssystem bestehen bleibt und die sozialen Mißstände und Ungerechtigkeiten zunehmen, solange müssen wir auch mit viel schärferen Konflikten und Gewalttaten rechnen.

Auf der anderen Seite lehnen wir die Argumente der angeblich auf "Moral" bedachten Vertreter des Kapitals ab, die "jede Gewalt ablehnen". Sie verurteilen Bombenattentate, Demonstrationen usw., aber sie würden keine Sekunde zögern, die Jugend der Nation in einen blutigen Krieg zu schicken, um "das Vaterland zu verteidigen". . . oder, was aktueller ist: sie machen sich nichts daraus, eine "Verteidigungspolitik" zu unterstützen, die genügend Atomwaffen lagert, um den ganzen Erdball rund 200 mal in die Luft zu jagen.

Politische Gewalt wurzelt im Klassenkampf. Aber wir müssen uns fragen, ob man auf diese Weise die Klassengesellschaft beseitigen kann.

Der "linke" Terrorismus beansprucht für sich, einen Schlag gegen den Kapitalismus und für die Arbeiter zu führen, indem er Bombenanschläge gegen Politiker inszeniert und Polizeispitzen erschleßt. Für Marxisten stellt sich folgende Frage: Machen Politiker, Polizeispitzen und Kapitalisten alleine schon das kapitalistische System aus? Und braucht die Arbeiterklasse solche Methoden, um den Kapitalismus anzugreifen?

Glauben Terroristen wirklich, der kapitalistische Staat bestehe aus einzelnen Persönlichkeiten? Kapitalismus ist ein soziales und wirtschaftliches System, dem gewisse Regeln zugrunde liegen. Die wichtigste davon ist der Schutz der Profite. Kapitalismus ist nicht einfach eine Clique ein-

ziner Kapitalisten. Mitglieder der superreichen Klasse sterben ohnehin - entweder aus Altersgründen, oder weil sie sich auf Banketts vollfressen, oder weil sie zu lange am Mittelmeerstrand liegen. Ob der Chef eines Familienunternehmens oder eines multinationalen Großkonzerns von seiner Yacht ins Wasser stürzt, oder erschossen wird: das stört den Lauf des Kapitalismus überhaupt nicht.

Staat

Der Kapitalismus braucht den bürgerlichen Staat mit seinen Polizeichefs, Politikern und Gesetzgebern. Ihre Aufgabe ist es, die Rahmenbedingungen für den Profit zu gewährleisten. Sie sind

die Werkzeuge, die sich der Kapitalismus mit Privilegien und hohen Gehältern erkaufte. Wenn ein Werkzeug eines Handwerkers kaputtgeht, kauft er einfach ein neues, das die gleiche Arbeit verrichtet. Nicht anders macht es der Kapitalismus. Der endgültige Beweis für die Sinnlosigkeit des individuellen Kampfes ist einfach: wenn es mit Anschlägen auf die Kapitalisten persönlich schon möglich wäre, die Arbeiterinteressen durchzusetzen - wozu wären dann noch Klassenkampf, Arbeiterparteien und Gewerkschaften nötig?

Profitgier

Was die Befürworter des Terrorismus nicht begreifen können oder wollen, ist:

1.) Kapitalismus basiert auf der Profitgier und nicht auf Profitgeiern.

2.) Nur die Bewegungen und Kämpfe der Arbeiterklasse stellen den echten Terror für die Kapitalisten dar.

In der ganzen Geschichte des Kapitalismus haben sich die Arbeiter gegen die Unternehmer zusammengeschlossen. Mit der

Gründung ihrer Parteien und Gewerkschaften haben sie sich eine Waffe geschaffen, um ihre wirtschaftliche Macht gegen die Unternehmer auszunutzen. Wenn sich die Arbeiter ihrer eigenen Stärke bewußt sind und wirklich einig und geschlossen handeln, dann sind die Kapitalisten machtlos. Dann nutzen auch die besten Waffen, gepanzerten Wagen und Leibwächter nichts mehr. Die Fähigkeit, die Gesellschaft zu ändern, liegt in der wirtschaftlichen Macht. In unserer Gesellschaft gibt es nur zwei verschiedene Machtzentren: die Arbeiter und das Kapital.

Statt Politik

Der "linke" Terrorismus war nie in der Lage, die zwei Dinge zu schaffen, die zur Kontrolle der Arbeiter über die Gesellschaft notwendig sind: die Arbeiterorganisationen zu stärken und eine Arbeiterführung aufzubauen. Die Terroristen waren nie fähig, in den Massenorganisationen zu arbeiten, weil sie Zeit brauchen, um ihre Chemikalien aufzutreiben und zu präparieren. Sie konnten den Massen ihre Politik nicht erklären, weil sie sich äußerst geheim halten mußten. Die RAF ist nur aufgrund ihrer lauten Kräfte bekannt geworden, aber keiner kennt ihre Politik. Sie können es sich nicht leisten, Mitgliederversammlungen abzuhalten, um ein politisches Programm auszuarbeiten, weil dies zu gefährlich wäre!

Arbeiterbewegung

Die größte Gefahr des Terrorismus sind nicht die Explosionen, die er inszeniert, sondern die Tatsache, daß er teilweise von frustrierten Jugendlichen als Alternative zur Arbeiterbewegung angesehen wurde (und wird), die sie für verbürokratisiert und heuchlerisch halten. Bürokratie und Heuchelei sind sicherlich vorhanden, aber wer (wie die Anhänger des Terrorismus) sagt, daß die Arbeiterorganisationen die Arbeiterklasse niemals zum Sieg führen könnten und Agenten der herrschenden Klasse sein, der zeigt, daß er die Arbeiterorganisationen und ihre Geschichte nicht versteht. Viele rechte Gewerkschaften und Parteien sind unter dem Eindruck der kapitalistischen Krise und dem daraus folgenden Druck der eigenen Mitgliedschaft gezwungen worden, sich zu verändern und zu kämpfen. Die Angriffe auf den Lebensstandard und Erfahrungen im Kampf selbst werden in den nächsten Jahren dazu führen, daß die erstarrten, verkrusteten Apparate aufgebrochen und die Gewerkschaften wieder zu echten Kampfinstrumenten werden können. In diesem Prozeß werden neue Arbeiterführer an die

Spitze gelangen. Führende Vertreter der ersten Terroristengeneration wie Ulrike Meinhof oder Gudrun Ensslin waren in den frühen 60er Jahren sogar Sympathisanten oder Wahlhelfer der SPD. Doch dann erblickten sie wie andere Terroristen auch eine starre Bürokratie in der Arbeiterbewegung und wandten sich frustriert ihren "Traum"lösungen" zu. Sie glaubten, daß sie mit Gewalttaten den Staat zur Errichtung einer Polizeidiktatur zwingen könnten, die durch eine Art Zauberei die Revolution ausbrüten würde. Selbst wenn das stimmt, würden sich die Arbeiter auch nur durch ihre traditionellen Organisationen bewegen, und die befinden sich gegenwärtig nun einmal in den Händen der von den Terroristen so gehäßten Bürokraten. Aber so weit würde es nicht kommen, weil die Reaktion des Staates auf terroristische Anschläge einen Propagandakrieg gegen den Sozialismus auslösen würde, der selbsten gleich in der Geschichte suchen müßte.

Dritte Welt

Die Befürworter des individuellen Terrorismus verweisen zu ihrer Rechtfertigung immer wieder auf die Dritte Welt und insbesondere (erfolgreiche) Kriege zur Befreiung des Volkes vom imperialistischen Joch, wie z.B. in Mozambique, Nicaragua oder zur Zeit in El Salvador. In diesen Ländern war es notwendig - selbst wenn eine kleine Arbeiterklasse vorhanden war - einen militärischen Kampf gegen die von imperialistischen Kräften unterstützten Gangsterregimes zu führen, um auch nur das Recht auf freie Versammlung und Organisation zu erkämpfen. Viele der Führer dieser Revolutionen waren gezwungen, marxistische Wörter zu benutzen und sich "Sozialisten" zu nennen. Das liegt nicht daran, daß sie etwa überzeugte Marxisten wären, sondern nur daran, daß der Kapitalismus ihren schwachen Volkswirtschaften nichts anzubieten hat, und sie somit gezwungen waren, bürokratisch geplante Wirtschaftssysteme nach osteuropäischem Vorbild zu akzeptieren. Das beste Beispiel für die Sackgasse des nationalsozialistischen Terrorismus speziell in Europa bieten die I.R.A. in Nordirland oder die E.T.A. in Spanien. Seit Jahren spalten und schwächen diese Organisationen die Arbeiterklasse und hemmen die Entwicklung von starken Arbeiterorganisationen.

Sackgasse

Die Wurzeln solcher terroristischer Bewegungen sind deutlich zu sehen. Die meisten entstehen aus unterdrückten Min-

Nordirland

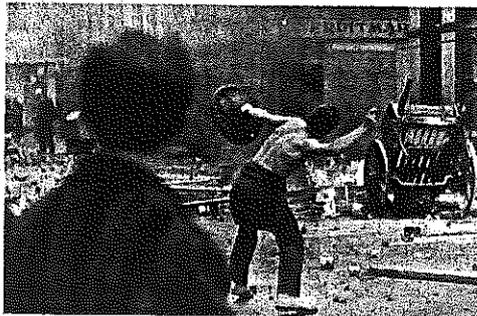
Für Arbeitereinheit statt Terrorismus

Die Hungerstreiks der in nordirischen Gefängnissen unter unmenschlichen Bedingungen einsitzenden IRA-Angehörigen haben wieder verstärkt die internationale Aufmerksamkeit auf das Problem Nordirland gelenkt. In ganz Europa haben Solidaritätskomitees die Fragen der Haftbedingungen aufgegriffen und die allgemeine Anerkennung all dieser Gefangener als politische Gefangene gefordert.

Die Irischen Marxisten um die Monatszeitung "Militant" haben für die Haftbedingungen der Gefangenen ebenfalls eine Reihe von Mindestforderungen aufgestellt, so z. B.:

- * Regelmäßige Besuche und Empfang von Lebensmittelpaketen und Zeitungen.
- * Das Recht darauf, die eigene Wäsche und Kleidung zu tragen.
- * Ausreichende Möglichkeiten zur Arbeit, zur Fort- und Weiterbildung.
- * Das Recht auf gewerkschaftliche Organisierung.
- * Das Recht, sich zu Clubs und Vereinen zusammenzuschließen.
- * Die Wahl von Sprechern und Vertrauensleuten.

Gleichzeitig lehnen die Genossen von "Militant" eine allgemeine Amnestie und Freilassung für alle Gefangenen ab. Denn alle terroristischen Mörder nehmen für sich in Anspruch, politische Gefangene zu sein. Auch diejenigen aus jenem IRA-Kommando, die vor einigen Jahren einen Bus mit von der Arbeit zurückfahrenden Arbeitern anhielten, die protestantischen Arbeiter heraussonderten und sie auf der Stelle erschossen. Oder der IRA-Häftling MacFarlane, der ohne vorherige Warnung in einem protestantischen Stadtviertel in einer Kneipe eine Bombe legte und danach



Soziale Probleme stecken hinter dem "Religionskrieg"; die terroristische IRA trägt dazu bei, falsche Fronten aufzubauen.

die aus der Kneipe Herausstellenden erschößt, wobei auch ein zufällig vorbeigehendes 15jähriges Mädchen getötet wurde!

Deshalb fordern die Irischen Genossen, daß die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung nach einer genauen Untersuchung der Einzelfälle entscheidet, wer ein politischer Gefangener ist und wer nicht. Sie lehnen den individuellen Terrorismus der IRA ebenso ab wie die Unterdrückung durch die britische Besatzungsmacht. Die Verteidigung der katholischen Stadtviertel muß von der Bevölkerung selbst durchgeführt werden, nicht von der IRA. Morde der IRA und der protestantischen paramilitärischen Organisationen

können nur die Spaltung der Arbeiterklasse vertiefen. Sie schwächen damit die einzige Kraft, die fähig ist, die sozialistische Revolution durchzuführen, die schweren sozialen Probleme zu lösen, die britischen Truppen aus dem Land zu treiben und Irland wieder zu vereinigen.

Die Irischen Marxisten treten als einzige politische Strömung vorbehaltlos für die Einheit aller Arbeiter ein. Trotz aller sektiererischen Anschläge sind die Gewerkschaften in den letzten Jahren weitgehend intakt geblieben. 300.000 katholische und protestantische Arbeiter sind in denselben Gewerkschaften organisiert und kämpfen gemeinsam gegen einen Feind: das Kapital!

in aller Welt

GEGEN TERRORISMUS

derheiten, die keinerlei wirtschaftliche oder politische Macht in der kapitalistischen Gesellschaft haben. Wenn ihre Probleme nicht als Probleme einer Klassengesellschaft verstanden werden, führt dies zur Frustration, besonders unter der Jugend. Weil sie auf keiner anderen Ebene kämpfen können, begeben sie sich in die Sackgasse des Terrorismus. Beinahe in jedem Fall heißt Terrorismus: Politik der Verzweiflung.

Selbst die PLO, die ja die volle Unterstützung des palästinensischen Volkes genießt, wendet in ihrer Perspektivlosigkeit terroristische Mittel an, und schließt merkwürdige Bündnisse mit reaktionären Bewegungen wie z.B. mit Chomeini im Iran. Weil sie keine wirtschaftliche Macht ausüben konnte, war es den brill-

tumsrecht des Besitzers ablehnte, den Betrieb zu schließen und sie arbeitslos zu machen. Jetzt soll die Gewerkschaft Chemie-Papier-Keramik dafür eine Geldstrafe entrichten.

Oder ist es etwa gerecht, daß 141 Jugendliche, die sich im Nürnberger Jugendzentrum KOMM aufhielten, als Verbrecher dargestellt und verhaftet wurden, weil sie das Recht des Eigentümers ablehnten, Häuser leerstehen zu lassen, während so viele Leute obdachlos sind? Es war schon immer so, daß Leute, die die Vorrechte der herrschenden Klasse anprangerten, als Verbrecher dahingestellt und behandelt wurden — denken wir nur an die "Sozialisten-Gesetze" von 1878!

Bei Demonstrationen sieht man die Polizei in Kampfausrüstung;

umso beschränkter sein Handlungsspielraum, desto mehr wird es gezwungen sein, noch härter durchzugreifen.

Widerstand nimmt zu

Gewalt bei Demonstrationen gehört zum politischen Alltag. In den letzten Jahren stellt die Welt ein Bild der wirtschaftlichen Krisenanfälligkeit des Kapitalismus dar, die zu Kürzungen in allen sozialen Bereichen, zur Arbeitslosigkeit — besonders unter der Jugend — führt. Aus diesen Gründen wird politische Aktivität zunehmend gefühlsgeladener — ein gutes Beispiel ist die Anti-AKW-Bewegung in der Bundesrepublik. Es gab schon immer Widerstand gegen Atomenergie, aber erst in den letzten Jahren ist das wahre Ausmaß der Fahrlässigkeit deutlich geworden, mit der man Millionen für unnötige Atomkraftwerke ausgibt. Die AKW-Gegner kommen aus allen Teilen der Gesellschaft aber insbesondere aus der Jugend, die sauer ist, weil sie mit am meisten unter kapitalistischen Kürzungen zu leiden hat.

Gewalttätige Demonstrationen

Den großen Teil der Schuld tragen die Behörden. Sie tun ihr bestes, die Genehmigung für eine Demonstration hinauszuzögern oder sie erst gar nicht zu erteilen oder die Marschroute in letzter Minute zu ändern. Es gab Fälle, wo direkte Provokationen durch die Polizei zu gewalttätigen Demonstrationen geführt haben. Aber warum das öfters passiert, ist eine politische Frage. Neulich diskutierten Bürgerinitiativen und Hausbesetzer im Fernsehen die Frage "Gewalt als politische Waffe", d.h. ob man gewalttätige Auseinandersetzungen mit der Polizei provozieren, Heime tragen und sich in militärischen Formationen aufstellen sollte. Dadurch meinen sie, größere Aufmerksamkeit auf ihre Forderungen zu lenken.

Was ist nun der Zweck einer Demonstration? Sie muß die normalen Bürger durch Flugblätter, Parolen, Forderungen und ein starkes Aufgebot auf den Straßen auf Mißstände, Kritik und Alternativen aufmerksam machen. Sie muß auch alle betroffenen Gruppen — Bürgerinitiativen, Interessengruppen und die Arbeiterbewegung — verbinden und vor allem einzelne Leute ansprechen, die sich für eine besondere Sache engagieren und die dadurch für eine längerfristige Aktivität gewonnen werden könnten.

Gewalt oder offene Provokation seitens der Demonstranten wird die Beteiligung der meisten dieser Gruppen nicht sicherstellen, sondern wird zu kleinen, unwichtigen Demonstrationen

Lenin über Terrorismus

Bomben kein Ersatz für Klassenkampf

In der alten russischen Sozialdemokratie hat sich die marxistische Strömung um LENIN mit dadurch herausgebildet, daß sie einen kompromißlosen politischen Kampf gegen alle "sozialistischen" Anhänger des individuellen Terrorismus führte.

"Die erste und grundlegende Lehre ist die", schrieb Lenin am fünften Jahrestag der Revolution von 1905, "daß nur der revolutionäre Massenkampf imstande ist, einigermaßen ernsthafte Verbesserungen im Leben der Arbeiter und in der Verwaltung des Staates durchzusetzen. Keine 'Sympathie' der gebildeten Leute für die Arbeiter, kein heroischer Kampf terroristischer Einzelgänger konnte die zaristische Selbstherrschaft und die Allmacht der Kapitalisten untergraben."

Schon 1902 setzte sich Lenin kritisch mit der Taktik der politischen Morde auseinander: "Wir meinen, daß ein ganzes Hundert Zarenmorde nie eine so aufrüttelnde und erzieherische Wirkung ausüben kann wie diese einzige Beteiligung von Zehntausenden Arbeitern an Versammlungen, in denen ihre lebenswichtigen Interessen und der Zusammenhang der Politik mit diesen Interessen besprochen werden..."

In seiner bekannten Schrift "Was tun?" bezeichnet Lenin die Terroristen als "Anbeter... der Spontaneität der leidenschaftlichsten Empörung der intellektuellen, die es nicht verstehen oder nicht die Möglichkeiten haben, die revolutionäre Arbeit mit der Arbeiterbewegung zu einem Ganzen zu verbinden. Wer den Glauben an diese Möglichkeit verloren oder nie besessen hat, dem fällt es tödlich schwer, für seine Empörung und seine revolutionäre Energie einen anderen Ausweg zu finden als den Terror."

"Wie außerordentlich klug, nicht wahr: das Leben eines Revolutionärs. Ingeben für einen Racheakt an dem



W.I. Lenin (1870-1924)

Schurken Sjagalin, an dessen Stelle der Schurke Flehwe tritt — das ist große Arbeit", sagt Lenin ironisch in einem Artikel über "revolutionäres Abenteuerium". "Das unmittelbare Handgreifliche und Sensationelle der Erhebung wechseln sie mit dem Praktischen, die Forderung, unbeeugsam auf dem Klassenstandpunkt zu stehen und den Massencharakter der Bewegung zu wahren, ist für sie 'unbestimmtes Theoretisieren'."

führen. Das einzige, was die "Öffentlichkeit" hören wird, ist das Jammern der Presse ("Chaoten", "Kriminelle" und "Terroristen!").

Hausbesetzung

Wie weit Hausbesetzer gehen sollen, ist eine wichtige Frage. Klar ist, daß sie so lange wie möglich im Haus bleiben sollen. Aber wie lange sie da bleiben, hängt einzig und allein von ihrer Unterstützung in der benachbarten Bevölkerung ab. Das wichtigste bei Hausbesetzungen ist, soviel Unterstützung wie möglich aus den Betrieben und durch Mitglieder der SPD und der Gewerkschaft in der Umgebung zu gewinnen. Nur auf diese Weise wird die Polizei davor zurückschrecken, paramilitärische Einheiten in das Haus zu schicken, um es zu räumen. Das hat man z.B. in Berlin gesehen: Dort ist es den Besetzern gelungen, Häuser langfristig auch besetzt zu halten, weil sie wirklich von der Bevölkerung unterstützt wurden. Aber Straßenschächten mit der Polizei bringen nur verletzete Demonstranten und gewinnen meistens nicht die Solidarität der Arbeiterklasse.

Die Ursache der Gewalt muß also an der Unfähigkeit des kapitalistischen Staates liegen, auch nur eines der Probleme in unserer Gesellschaft zu lösen: mangelnde Sozialleistungen, Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, steigende Preise...

Geduldig die Mehrheit überzeugen

Diese Dinge sind die wahren Ursachen der Frustration und der blinden Wut besonders unter der

Jugend. Für Marxisten ist es klar: Eine wichtige Rolle für diese blinde Wut spielt die Unfähigkeit der heutigen Führer der Arbeiterbewegung, eine Alternative aufzuzeigen. Seit einigen Jahren tun diese alleingesessenen und an ihren Posten klebenden Funktionäre, die SPD-Regierung und die Gewerkschaftsspitzen fast gar nichts, um die Probleme zu lösen, mit denen Jugendliche heute zu kämpfen haben. Anstatt die Probleme gründlich anzupacken, haben sie sich den Wünschen der Unternehmer gefügt, und sie verursachen so nur weitere Probleme.

Wir müssen in der SPD und bei den Jusos um eine alternative Politik für die Arbeiterbewegung kämpfen. Nur so werden wir diese Wut und Frustration in einen konstruktiven politischen Willen umwandeln können. Wir müssen den Jugendlichen klarmachen, daß es keinen anderen Weg gibt, die Gesellschaft zu ändern, als durch die traditionellen Arbeiterorganisationen. Aber solange die SPD-Führer wie auch die Jusos es nicht schaffen, der unzufriedenen und nach echten Alternativen suchenden Jugend ein überzeugendes Programm und einen sozialistischen Ausweg anzubieten, solange werden in Zukunft neue Schichten von Jugendlichen mit gewaltsamen Mitteln sich einen Ausweg aus der kapitalistischen Sackgasse zu bahnen versuchen.

Stuart Garvie
Mitglied der Jusos
Köln, Altstadt-Nord



Die Folge des Schleyer-Attentats: die staatliche Bespitzelung wurde ausgebaut — auch fortschrittliche Betriebsräte sind "erfaßt" und werden in ihrer Arbeit behindert.

schon imperialistischen Kräften leicht, sie zu verdrängen und dem israelischen Staat Platz zu machen. Nur aufgrund des arabischen Öls sind die imperialistischen Mächte durch politischen Druck gezwungen worden, ihre Meinung zum Palästina-Problem zu ändern.

Gewalt und Gesetz

Wenn man die Frage politischer Gewalt untersucht, muß man sich den kapitalistischen Staat und die Gewalt, die durch ihn provoziert wird und von ihm ausgeht, vor Augen führen.

Marxisten haben immer erklärt, daß der Staat ein Machtfaktor ist, das von der herrschenden Klasse zur Absicherung ihrer Macht errichtet wird. Ein Polizeichef würde nie sagen, daß er im Interesse einer einzelnen Klasse handelt, sondern im Sinne des Gesetzes. Aber dieses Gesetz wurde von den Vertretern der kapitalistischen Klasse geschrieben. In unserer Gesellschaft wird es scheinbar akzeptiert, daß lediglich der Staat das Recht hat, Gewalt auszuüben.

1975 besetzte die Belegschaft des Zementwerks Seibel und Söhne in Erwitte bei Lippstadt den Betrieb, weil sie das Eigen-

Wasserwerfer und Polizei-Fotografen sind nicht besonders gute Werbung. Der Sinn und Zweck solcher Übungen ist es, Demonstranten durch die Staatsmacht einzuschüchtern, aber oft wird genau das Gegenteil erreicht. Wie bei der Brokdorf-Demonstration wird deutlich, daß die Polizei die Leute direkt provoziert und dadurch versucht, die Demonstrationen gegen Kernenergie für normale Bürger in einem schlechten Licht erscheinen zu lassen.

Staatliche Gewalt ist auch eine Art Frustration seitens der Kapitalisten. Sie wenden diese Gewalt nicht an, weil sie böse sind, sondern weil sie nicht in der Lage sind, die gesellschaftlichen Probleme zu lösen, die Kritik, Widerstand und "Verbrechen" verursachen. Sie können die Eigentumsverhältnisse nicht ändern, das würde eine grundsätzliche Schwächung des Kapitalismus bedeuten. In einer kapitalistischen Gesellschaft ist es nicht zu verhindern, daß Kapitalisten höhere Profite um jeden Preis suchen — siehe Atomkraftwerkbau und Umweltverschmutzung. Sie sind durch ihre eigene Schwäche gezwungen, Gewalt anzuwenden. Wir sollten keine Illusionen haben: je tiefer das kapitalistische System in die Krise rutscht,

Zum 30. Jahrestag des Grundgesetzes

ABBAU VON GRUNDRECHTEN

Vor 30 Jahren, am 23. Mai 1949, wurde in Bonn das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verkündet. Vom damaligen 65köpfigen "Parlamentarischen Rat" und den westlichen Besatzungsmächten USA, Großbritannien und Frankreich gebildet, bildete es eine "vorläufige Verfassung" für die BRD. Obwohl das Grundgesetz unter dem damaligen Druck der Betriebe und der Straße wichtige Zugeständnisse an die Arbeiterbewegung enthält, hat die stufenweise Verwässerung und der offensichtliche Abbau von Grundrechten in den letzten 30 Jahren eines deutlich gezeigt: Selbst die in der Verfassung festgeschriebenen Grundrechte müssen für die breite Masse der Bevölkerung eine leere Phrase bleiben, solange eine winzige Minderheit (die Kapitalistenklasse) wirtschaftlich und politisch die Macht ausübt.

Ein Gesetz, eine Verfassung ist nicht ein alleine von "unabhängigen" Experten gedanklich ausgebrütetes Ei, sondern in erster Linie Ausdruck eines bestehenden Kräfteverhältnisses in Wirtschaft und Gesellschaft. Dies gilt auch für das Grundgesetz.

Weimar und Hitler

Die BRD ist nicht die erste bürgerlich demokratische Republik in der deutschen Geschichte. Von 1919 bis 1933 bestand die Weimarer Republik, deren Verfassung und Gesetze auch manch uraltem Wunsch der Arbeiterbewegung entgegenkamen. Aber schließlich machte die Kapitalistenklasse deutlich, wie wenig sie von gesetzlichen Grundrechten hält, wenn diese ihren eigenen Interessen im Wege stehen. Hitler war vom Großkapital finanziert und kam 1933 völlig "legal" an die Macht. Seine faschistische Diktatur war in den Augen der Großkonzerne und Großbanken die letzte Rettung vor der tödlichen Bedrohung durch eine mächtige Arbeiterbewegung.

Zusammenbruch 1945

Nach dem Zusammenbruch der Hitlerdiktatur 1945 waren sich Millionen von Arbeitern in einem einig:

Eine wirkliche Demokratie kann nur gegen das Kapital durchgesetzt werden, und dies erfordert die Enteignung des Industrie- und Finanzkapitals und der Großgrundbesitzer. Bei Abstimmungen in verschiedenen Betrieben und einzelnen Bundesländern Deutschland sprachen sich in den Jahren unmittelbar nach Kriegsende große, wenn nicht gar erdrückende Mehrheiten der Arbeiter bzw. der ganzen Bevölkerung für die Sozialisierung bestimmter Industriezweige bzw. aller Schlüsselindustrien aus. Selbst die CDU mußte 1947 in ihrem Ahlener Programm zugeben, daß das kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftssystem den Lebensinteressen des deutschen Volkes "nicht mehr gerecht geworden" sei.

Prager Manifest der SPD

Innerhalb der SPD waren schon unmittelbar nach Hitlers "verfassungsmäßiger" Machtergreifung starke Tendenzen hervorgetreten, die radikale Schlußfolgerungen zogen und damit die eigene bisherige Politik kritisierten. So hieß es im Prager Manifest des SPD-Exilvorstandes von 1934:

"... Der Kampf zum Sturz der Diktatur kann nicht anders als revolutionär geführt werden... Der revolutionären Regierung obliegt... die sofortige Durchführung entscheidender politischer und sozialer Maßnahmen zur dauernden völligen Entmachtung des besiegten Gegners.

Wir fordern:
- Reinigung der Bürokratie, sofortige Umbesetzung aller leitenden Stellen
- Unterbindung jeder konterrevolutionären Agitation.

Die Zerschlagung des alten politischen Apparates muß gesichert werden gegen seine bisherigen gesellschaftlichen Träger. Das erfordert:

- sofortige entschädigungslose

Enteignung der Großgrundbesitzer.
- sofortige entschädigungslose Enteignung der Schwerindustrie - Vergesellschaftung und Übernahme der Großbanken durch die vom Reich bestimmten Leitenden."

Stabilisierung des Kapitals

Nach dem Zusammenbruch der faschistischen Diktatur im Frühjahr 1945 wäre die Stunde dagewesen, um das Kapital endgültig zu entmachten und eine sozialistische Demokratie zu errichten. Die Masse der Bevölkerung litt stark unter Kriegsfolgen und Hunger und war für einen grundlegenden Wandel. Der faschistische Machtapparat lag am Boden zerstört und wäre kaum zum Widerstand gegen eine sozialistische Umwälzung fähig gewesen.

Die einzige relativ intakte Macht im Lande bildeten die Truppen der Besatzungsmächte. Und weil die westlichen Siegermächte schleunigst an der Wiederherstellung der wirtschaftlichen und politischen Stabilität eines kapitalistischen (West-) Deutschland interessiert waren, unternahmen sie alles, um unter dem Deckmantel einer oberflächlichen und scheinbaren "Entnazifizierung" den alten kapitalistischen Staatsapparat wieder in Gang zu setzen und mit "demokratischer" und parlamentarischer Fassade neu zu schmücken.

Grundgesetz 1949

Das Grundgesetz war ein klarer Ausdruck dieser Bemühungen. Gleichzeitig jedoch wurden der Arbeiterbewegung (in Worten) Zugeständnisse gemacht, um sie zu beruhigen und in diesen neuen bürgerlichen Staat einzubinden. Als ("unabhängbare") Grundrechte wurden mit aufgenommen: Streikrecht, Versammlungsfreiheit, Koalitionsfreiheit (Bildung von Arbeitervereinigungen, Gewerkschaften und Parteien), Pressefreiheit, Meinungsfreiheit, Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz, Gleichberechtigung von Mann und Frau...

In Artikel 20 wird jedem Deutschen das Recht zum Widerstand zugestanden gegen Versuche, die Grundordnung und Grundrechte abzuschaffen.

Artikel 15 ermöglicht sogar die Enteignung und Sozialisierung von Grund und Boden, Naturschätzen und Produktionsmitteln. Dieser Artikel sollte der damaligen breiten sozialistischen Bewegung den Eindruck vermitteln, daß die neue bürgerliche Republik alle Möglichkeiten für eine sozialistische Umgestaltung offenließe. In Wirklichkeit liegt den großkapitalistischen Trägern und Nutznießern dieser Republik nichts ferner, als Artikel 15 konsequent anzuwenden.

Das Grundgesetz war in gewissem Sinne eine Neuaufgabe der Weimarer Reichsverfassung von 1919. Deshalb ist es auch lehrreich zu sehen, wie ernst die herrschende Klasse ihren eigenen Verfassungstext nimmt. Zwischen 1919 und 1933 sahen die Staatsorgane passiv und wohlwollend zu, wie die Nazis ihre "verfassungs-

widrigen" Terrorbanden zur Einschüchterung der Arbeiterbewegung aufbauten. Die Justiz drückte das rechte Auge zu und ließ die faschistischen Schläger und Mörder meistens wieder laufen. Die SPD-Führung gab sich noch 1933 der Illusion hin, daß Appelle an den bürgerlichen Staat noch vor der faschistischen Diktatur retten könnten - vergebens.

Bürgerliche Demokratie

Für die Kapitalistenklasse ist parlamentarische Demokratie kein unumstößlicher Grundstz. In Aufschwungszeiten, wenn keine unmittelbare Bedrohung des Kapitals durch die Arbeiterbewegung ansteht, ist diese "Demokratie" die billigste und beste Form kapitalistischer Herrschaft. Ein sorgfältig ausbalanciertes System gegenseitiger Kontrolle durch die verschiedenen Institutionen (z. B. Bundestag, Bundesrat, Verfassungsgericht, Bundespräsident) soll dafür Sorge tragen, daß nicht nur eine Clique innerhalb der Kapitalistenklasse die Macht ausübt, sondern der Staat im Gesamtinteresse aller Kapitalisten handelt.

Gleichzeitig muß das Kapital aber auch dafür sorgen, daß die Arbeiterbewegung mit einigen Zugeständnissen bei der Stange gehalten wird.

Die im Grundgesetz aufgeführten unverzichtbaren Grundrechte sind alte Forderungen der Arbeiterbewegung und sind auch die wichtigsten Grundrechte einer sozialistischen Demokratie; ja, dort sind sie überhaupt erst voll und ganz in der Praxis zu verwirklichen.

Abbau von Grundrechten

Denn in den letzten 30 Jahren haben gerade diese Grundrechte oftmals nur auf dem Papier bestanden. Sie wurden im wirklichen Leben ständig mißachtet und auch durch neu geschaffene Gesetze ständig eingeeignet und ausgehöhlt. Vielen Artikeln ist ja der Satz beigefügt: "Das Nähere regelt ein Bundesgesetz", oder etwas Ähnliches.

Wie viele Auszubildende, berufstätige Frauen und ausländische Arbeiter können ein Lied davon singen, was es mit Artikel 1 des Grundgesetzes auf sich hat - "Die Würde des Menschen ist unantastbar".

Wie viele Kriegsdienstverweigerer haben sich schon auf Artikel 4, 3 berufen und doch kein Recht bekommen - "Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst

mit der Waffe gezwungen werden". Jeder weiß, was es heute angesichts der fortschreitenden Pressekonzentration mit der "Pressefreiheit" auf sich hat.

"Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich", heißt es in Artikel 10, aber trotz alledem werden säckeweise private Briefe aus Ostblockländern geöffnet, und nicht nur die.

Notstandsgesetze

Die CDU/CSU war seit Gründung der Bundesrepublik die treibende Kraft, als es darum ging,



Aus ÖTV-Magazin.

bestehende Grundrechte zu entkräften bzw. (rechte) auszulagen. 1952 wurden politische Streiks gegen das damalige Betriebsverfassungsgesetz verboten. 1958 wurde einigen Länderregierungen unter sagt, zum Thema "nukleare Bewaffnung der Bundeswehr" Volksbefragungen durchzuführen. Und wenn unbequeme geplante Reformen abgeblockt werden sollten, dann mußte immer wieder das Bundesverfassungsgericht herhalten (wie vor kurzem, als die Wahl zwischen Zivil- und Wehrdienst freigestellt werden sollte).

1968 wurden von der damaligen Großen Koalition Kiesinger/Brandt die Notstandsgesetze eingeführt, die für die (unbestimmte) Dauer eines "Notstands" eine Ausschaltung des Parlaments ermöglichen, außerdem den Einsatz der Bundeswehr im Innern (also letzten Endes die der Arbeiterklasse) und die Durchlöcherung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses.

Terrorismus als Vorwand

Besonders das Auftreten des Terrorismus seit Anfang der 70er Jahre ist von den staatlichen Stellen als Vorwand genommen worden, um auf der Flamme dieser Hysterie die Staatsorgane zu stär-

ken, auszubauen und mit weitgehenden Vollmachten auszustatten.

Ein einheitliches Polizeigesetz für Bund und Länder soll die Rechte der Polizei weit ausdehnen, was die Festnahme von Personen, Durchsuchungen und den Schußwaffengebrauch angeht.

Jeder informierte Kollege weiß auch, daß Strafprozeßordnung und Strafrecht in den letzten Jahren abgedrängt worden sind. Nach neuen Bestimmungen ist es jetzt möglich, Angeklagte vom Prozeß auszuschließen, (im Dritten Reich gab es ähnliche Abwesenheitsverfahren, die dazu dienten, "aufrührerische" Verteidigungsreden zu unterbinden.)

Gefahr für Arbeiterbewegung

Riesige Summen wurden und werden ausgegeben für die Aufrüstung von Polizei und Bundesgrenzschutz mit Maschinengewehren und Handgranaten. Schon vor Jahren gab es Manöver von Bundeswehr und Grenzschutz mit dem Ziel, von Arbeitern besetzte Betriebe wieder zu räumen und eine Demonstration zu verhindern.

Der Terrorismus bot einen willkommenen und bestens geeigneten Vorwand, um alle diese Maßnahmen durchzusetzen. Ohne diesen Vorwand wäre eine größere Protestwelle aus der Masse der Bevölkerung entstanden.

Aber wer garantiert, daß diese Maßnahmen nicht schon in den 80er Jahren gegen Gewerkschafts-Bürgerinitiativen, Sozialisten und sonstige Linke angewandt werden?

Deshalb muß die Gewerkschaftsbewegung alles unternehmen, um eine Aushöhlung demokratischer Rechte zu verhindern. Die organisierte Arbeiterbewegung ist die einzige Kraft, die solche Tendenzen wirksam stoppen könnte. Doch damit alleine ist es noch nicht getan. Wenn wir die Lehren von Weimar und Chile verstanden haben, dann kann die Schlußfolgerung nur die sein:

Alle erkämpften Rechte müssen so lange noch vorläufig bleiben, solange das Großkapital noch das Sagen in diesem Lande hat. Eine echte Demokratie und eine Verwirklichung der im Grundgesetz immerhin feststehenden Grundrechte kann und wird es erst dann geben, wenn die entscheidenden Zentren der wirtschaftlichen (und politischen) Macht der Allgemeinheit gehören und demokratisch von der arbeitenden Bevölkerung kontrolliert und verwaltet werden.

Helmut Bergmann

Interview mit einem Betriebsrat

VORAN: Kollege Menzler, Du bist aktives IG Metall-Mitglied und Betriebsrat in einem metallverarbeitenden Betrieb. Welche Forderungen sollten im Mittelpunkt der gewerkschaftlichen Arbeit in diesem Jahr stehen?

LOTHAR MENZLER: Nach wie vor stellt die Arbeitslosigkeit das größte Problem für die Arbeiter dar; die Gewerkschaften müssen mit der Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich reagieren und nach Durchsetzung dieser Forderungen darauf achten, daß die Unternehmer nicht versuchen, die Verkürzung der Arbeitszeit mit verstärkter Arbeitsetze und Überstunden zu umgehen.

VORAN: Deine Gewerkschaft, die IG Metall, hat nun vor vier Monaten einen Streik mit der Zielsetzung Arbeitszeitverkürzung geführt, aber noch nicht einmal einen Einstieg in die 35-Stunden-Woche erreicht.

LOTHAR MENZLER: Das ist richtig, aber man muß sehen, daß vor

Streikbeginn seitens der IG Metall Führung zwar auf die Forderung nach der 35-Stunden-Woche hingewiesen worden ist, man aber versäumt hat, den Kollegen den Grund für diese Forderung zu erklären. Daß die Erklärung nicht ausreichend war, hat meiner Ansicht nach die Ahatimmung über Annahme oder Ablehnung des Ergebnisses gezeigt; gerade in kleinen und mittleren Betrieben wird der Sinn dieser Forderungen nicht verstanden. Hier muß verstärkt Gewerkschaftsarbeit geleistet werden.

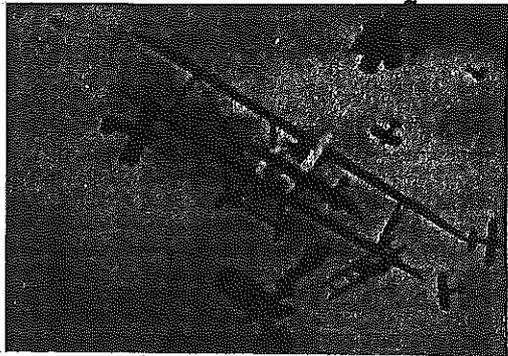
Noch ein Wort zum Verhalten der Gewerkschaftsführung. Es hat sich im Verlauf des Streiks gezeigt, daß sich unsere Funktionäre mehr in den Betrieben aufhalten sollten, um die Meinung und Stimmung der Kollegen besser kennenzulernen. Dies würde vielleicht verhindern, daß im entscheidenden Moment Übereinkommen mit den Unternehmern gegen den Willen der aktiv streikenden Kollegen abgeschlossen werden.

VORAN: Sollte sich innerhalb der Gewerkschaften etwas ändern?

LOTHAR MENZLER: Kurz zusammengefaßt: 1. Bessere Möglichkeiten für die einfachen Kollegen, auf die Politik der Gewerkschaften Einfluß zu nehmen, das heißt auch Verbesserung der Kontrolle über die Funktionäre durch die Gewerkschafter vor Ort.

2. Ein Überdenken der Mitverantwortung der Gewerkschafter als Betriebsräte und Aufsichtsräte in den Unternehmen. Wir können als Gewerkschafter nichts Entscheidendes in den Betrieben bestimmen und durchführen, müssen aber für die Unternehmung die negativen Aufgaben erledigen erledigen wie zum Beispiel entscheiden, welche unserer Kollegen entlassen werden und welche bleiben können. Für manche Kollegen stellt sich das dann so dar: Der Unternehmer stellt ein, der Betriebsrat entläßt, Mitbestimmung in dieser Form ist für Gewerkschafter ein Problem, mit dem sich jeder Kollege auseinandersetzen sollte.

REVOLUTION



LUFTSCHLACHT IM 1. WELTKRIEG

feld geschickt, um dort Arbeiter anderer Nationen zu ermorden. Dies bedeutete nichts anderes als einen politischen Zusammenbruch der Sozialistischen Internationale.

Krieg!

Die Tatsache, daß sich die eigene Partei- und Gewerkschaftsführung so voll und ganz auf die Seite des nationalen Kapitals gestellt hatte und jegliche Grundsätze des Internationalismus über Bord geworfen hatte, bewirkte natürlich bei der Parteimitgliedschaft wie auch der marxistischen Linken in der Partei einen unvorstellbaren Schock. Die Kriegsvorstellung der ersten Tage, die noch große Teile der Arbeiterklasse angestrichelt hatte, verlor sehr schnell, als sich das wahre Gesicht des Krieges zeigte. Die Arbeitslosigkeit schnellte in die Höhe,

Preise stiegen sprunghaft an, und dementsprechend sanken die Löhne und die Kaufkraft drastisch.

ENTWICKLUNG DER LEBENSHALTUNGSKOSTEN (1909 = 100)

1913 = 130	1916 = 221
1914 = 134	1917 = 329
1915 = 168	1918 = 407

Ab Dezember 1914 begann sich die Antikriegsopposition zu bilden. Es wurden Stimmen in der SPD laut gegen den Krieg. Allmählich brachten verschiedene SPD-Blätter Artikel, die den Krieg verurteilten. Unterdessen wurde der 'Vorwärts' zweimal von den Militärischen Oberbefehlshabern verboten. In Stuttgart erklärte eine Vertrauensleuteversammlung die ganze Reichstagsfraktion für 'Lumpen und Schufte, die

40 Jahre lang die Partei belogen" hätten.

Am 18. März 1915 demonstrierten 500 Frauen vor dem Reichstag gegen den Krieg. Es war dies ein erster offener Ausdruck der Unzufriedenheit. Der Reichstagsabgeordnete Karl Liebknecht, der inzwischen für seine Ablehnung der Kriegspolitik bekannt geworden war, wurde besonders begrüßt.

SPARTAKUS-Gruppe

1916 traten bereits zehnmal so viele Arbeiter in den Streik wie 1915. Im selben Jahr kam es auch zu den ersten politischen Streiks, die in der Forderung nach Frieden gipfelten. Die staatliche Gewalt versuchte mit aller Schärfe, den aufkommenden Widerstand zu ertöcken. Die SPD-Fraktion zog hierbei mit und schloß sogar im Januar 1916 Liebknecht aus ihren Reihen aus. Dieser war einer der Gründer der Spartakusgruppe am 1.1.1916. Am 1. Mai desselben Jahres wurde er bei einer Kundgebung verhaftet, worauf zahlreiche Solidaritätsstreiks und Demonstrationen organisiert wurden, so in Berlin, Kiel, München, Braunschweig, Jena, Magdeburg und Hannover. Hierbei war besonders erfolgreich der Braunschweiger Jugendstreik 1916, der 2.000 junge Fabrikarbeiter umfaßte. Die Antikriegsopposition wurde immer mehr aus den Reihen führender Gewerkschafter gestärkt.

1917 erreichte die Streikbewegung einen neuen Höhepunkt. Die wirtschaftlichen und politischen Streiks erfaßten mehr Arbeiter als im Rekordjahr 1905. Unter dem Einfluß der russischen Februarrevolution wurde im April 1917 die USPD gegründet, die sehr rasch zu einer Massenpartei der Anti-Kriegs-Opposition wurde.

Kriegs-Opposition

Im Sommer kam es zu ersten Matrosenunruhen. In Wilhelmshaven meuterte die Besatzung des Panzerkreuzers 'Prinzregent Luitpold', zwei berühmte Matrosen wurden da-

rauf hin hingerichtet; Reichpietsch und Kobia. Erstmals wurden auf deutschem Boden (bzw. Hoheitsgebiet) Matrosenräte gegründet... Große Streikbewegungen gab es auch in Oberschlesien, Rheinland-Westfalen und Mitteldeutschland, nicht zuletzt auch im Saarland.



Das Jahr 1917 brachte auch eine Wende in der militärischen Lage. Die USA warfen 1,2 Millionen frische Soldaten gegen Deutschland an die Front. Der deutsche Imperialismus war im Innern wie im Äußern auf dem Rückzug.

Im Januar 1918 streikten 400.000 der 650.000 Berliner Industriearbeiter. Die Forderung nach Frieden hallte durch das ganze deutsche Reich, ebenso wie weitere zentrale politische Forderungen gegen die Militärdiktatur. In immer mehr Betrieben wurden Arbeiterräte gebildet.

Im Sommer 1918 kamen führende Generale zur Schlussfolgerung, daß nur noch eine Liberalisierung von oben eine Revolution, von unten verhindern könne. Sie drängten den Kaiser zum Rücktritt. Der sozialdemokratische Führer Friedrich Ebert meinte in jenen Tagen vor der revolutionären Explosion: 'Ich hasse die soziale Revolution wie die Sünde!'

KARL BURKHARDT

In der nächsten Ausgabe von VORAN werden wir einen ausführlichen Artikel zum 60. Jahrestag der Novemberrevolution bringen.

FÜR TECHNISCHEN FORTSCHRITT OHNE SOZIALEN RÜCKSCHRITT!

Eine gefährliche Tendenz breitet sich in den DGB-Gewerkschaften aus: unter dem vordergründigen Argument der Arbeitsplatzsicherung übernehmen organisierte Betriebsräte aus der Atom-, Erdöl-, Rüstungs-, Alkohol- und Tabakindustrie sowie aus den Energieversorgungsunternehmen direkte Lobbyfunktionen für die Konzerne. Die skandalösen, von den Unternehmen bezahlten Pro-Atom-Kundgebungen sowie die Haltung der DGB-Spitze mit ihrem Übergang vom 'Ja' zum 'Nein', aber auch der Beschluß des DGB-Kongresses sind deutliche Ausdrücke dieser Entwicklung. Inzwischen ist es soweit, daß maßgebliche Vertreter dieser innergewerkschaftlichen Lobby der Konzerninteressen als Hauptreferenten auf Gewerkschaftstagen auftreten. Der 'Aktionskreis Energie', die organisierte Anwaltschaft der Atomkonzerne im DGB, hat inzwischen Schule gemacht. Unter dem wohlklingenden Titel 'Arbeitskreis Wehrtechnik' tritt seit einiger Zeit eine ähnliche Lobby für mehr Rüstung und wachsende Rüstungsexporte auf. Alle diese Aktivitäten führen in ihrer Konsequenz zur Verwandelung der Gewerkschaften in berufsständische Anhängel der Konzerne. Sie drohen die Beschleunigung der Atomproduktion, eine wachsende Hochrüstung, den reibungslosen, immer umfangreicheren Export der Toxindesindustrie und politisch immer unkalkulierbareren Entwicklungen zu begünstigen.

Eine entscheidende Ursache für die Aktionsmöglichkeiten des 'Atomfilz' liegt in dem Unwillen der Gewerkschaftsführung, systematisch die Mitgliedschaft gegen die Auswirkungen der Krise, der Umweltzerstörung und der Massenarbeitslosigkeit zu mobilisieren. Auf diese Weise kann es dem Atomfilz gelingen, Verunsicherung und Angst der Belegschaften auf die Mühen der Unternehmerinteressen zu lenken.

"AKTIONSKREIS LEBEN"

Dagegen haben sich in einer wachsenden Zahl von Städten Kollegen und Kolleginnen aus allen Gewerkschaften des DGB zu einem 'Aktionskreis Leben' zusammengeschlossen. Sie treten für ein Forderungs- und Aktionsprogramm zur Sicherung menschenwürdiger Arbeits- und Lebensbedingungen ein, unabhängig von den Interessen der Unternehmer.



Der Aktionskreis Leben setzt sich mit allen Mitteln der innergewerkschaftlichen Diskussion, Information und Aktion dafür ein, daß die reaktionären Interessen, die der Aktionskreis Energie verkörpert, in den Gewerkschaften keinen Platz finden.

Der Aktionskreis Leben fordert die Zurücknahme des DGB-Vorstandsbeschlusses zur Atomenergiefrage und eine freie und ungehinderte innergewerkschaftliche Diskussion aller damit in Zusammenhang stehenden Fragen. Der Aktionskreis Leben setzt sich langfristig für eine grundlegende Kurskorrektur des DGB in der Wahrnehmung seiner ureigensten Aufgaben der Verteidigung der Interessen der arbeitenden Menschen ein.

EIN VORAN-LESER AUS HAMBURG

MARKISTEN GEGEN TERRORISMUS

In den letzten Wochen konnten wir häufig in den Zeitungen über Fahndungserfolge der Polizei lesen: einige schon länger gesuchte Terroristen wurden festgenommen. Aber niemand sollte glauben, daß das Problem des Terrorismus nun endgültig gelöst ist, denn die Festnahmen und Waffenfunde haben den Terroristen keinesfalls sämtliche Operationsmöglichkeiten genommen. Mit weiteren Terrorakten muß also gerechnet werden - Grund genug für uns, die entscheidenden Unterschiede zwischen Marxisten und ausgeflippten Kleinbürgern, die ungeduldig in blindwütigen Terror flüchten, aufzuzeigen.

Was meinen nun diese selbsternannten 'Freiheitskämpfer' durch ihren Terror erreichen zu können? Ihre Strategie ist so einfach, wie sie falsch ist. Man glaubt, es müsse nur ein Repräsentant dieses kapitalistischen Systems umgebracht werden, und dann würde es den Lohnabhängigen wie Schuppen von den Augen fallen, daß wir den Sozialismus (oder das, was die Terroristen darunter verstehen) brauchen. Man glaubt also, die zum Sturz des Kapitalismus notwendigen Massenaktionen der Arbeiterklasse durch die Chemie einer Bombe auslösen oder sogar ersetzen zu können.

DIENER DER REAKTION

Daß diese Strategie völlig verfehlt ist, leuchtet jedem ein, der sich einmal die Konsequenzen des Terrorismus anschaut: Die Folge der Ermordung Schleyers war nämlich nicht der revolutionäre Generalstreik, sondern ein vom DGB ausgetrübener fünfminütiger 'Solidaritätsstreik' mit dem ermordeten Arbeitgeberpräsidenten

ten, wodurch die unveröhnlichen Klassengegensätze zwischen Kapital und Arbeit einmal mehr veranschaulicht wurden. In einer solchen Situation ist es für reaktionäre Kräfte natürlich leicht, bei der Bevölkerung Angst zu erzeugen, um dann sogenannte 'Antiterrorgesetze' verabschieden zu können, die natürlich nicht nur auf Terroristen anwendbar sind, sondern in Zukunft auch gegen radikale Arbeiterführer eingesetzt werden können, um so die Klassenkämpfe zu bremsen. Außerdem wird durch den Terrorismus unser Ziel, der Sozialismus, verleumdete, denn die Terrorakte werden ja im Namen des 'Sozialismus' begangen. Dadurch wird er der Reaktion leicht gemacht, Terror und Sozialismus auf eine Stufe zu stellen. Zu der 'normalen' Beschmutzung des Sozialismus durch die stalinistischen osteuropäischen Staaten, die sich ja auch sozialistisch nennen, kommt also nun noch ein weiterer 'Nestverschmutzer' hinzu, wodurch die politische Arbeit aller ehrlichen Marxisten natürlich erschwert wird. Der Terrorismus schafft also nicht nur keinen Sozialismus, sondern dient auch einzig und allein der Reaktion.

STAATSGEWALT

Aber wie kommt es nun eigentlich dazu, daß aus ordentlichen Bürgerkindern Terroristen werden? Dabei muß man sehen, daß die Terroristen selbstverständlich nicht geistesgestört sind oder so, sondern daß unter anderem auch der Staat daran eine nicht unwesentliche Schuld trägt. Erwinnern wir uns an die 60er Jahre! Im Verlauf der Studentenproteste wurden berechnete Demonstrationen z. B. gegen die US-Aggression in Vietnam und gegen das Schah-Regime in Iran brutal von der Polizei zusammengeschlagen, wurden Georg v. Rauch und Benno Ohnesorg ermordet, wurde ein Mordanschlag auf Rudi Dutschke verübt. Diese gewaltsamen Reaktionen der Staatsgewalt riefen bei den bis dahin friedlichen Studenten die an die Liberalität und Reformierbarkeit des Kapitalismus glaubten, Wut und Verzweiflung hervor. Diese Wut führte bei einigen dann dazu, daß sie meinten, sie müßten sich nun an verantwortlichen Personen rächen. Dieses Vorgehen hat mit Marxismus nichts gemeinsam. Es läßt völlig außer acht, daß Personen beliebig austauschbar sind, und der Mord eines Stellvertreters des Systems nicht das System außer Kraft setzt: 'Der kapitalistische Staat ist nicht auf Einzelpersonen und Einzelminister aufgebaut und kann mit ihnen nicht vernichtet werden. Die Klassen, denen er dient, werden immer wieder neue Leute anwerben; der Mechanismus bleibt intakt und funktioniert weiter.' (Leo Trotzki) Die Terroristen aber sind unfähig dies zu erkennen. Da sie nicht in der Lage sind, geduldig in der Arbeiterbewegung für ein sozialistisches Programm zu arbeiten, suchen sie Zuflucht in Einzelgefechten mit dem Staatsapparat, um ihre Unzufriedenheit mit dem kapitalistischen System zu beweisen. Aber dadurch wird das System natürlich nicht verändert. Dies kann nur durch bewußte Massenaktionen der Arbeiterklasse geschehen, wie die enormen sozialen Verbesserungen (z. B. 8-Stund-Tag) bezeugen, die durch solche Massenaktionen erkämpft wurden. Eine Bombe hat noch nie zu einer sozialen Umwälzung geführt -

immer waren es die Massenaktionen der Unterdrückten, die die Geschichte schrieben.

MASSENAKTIONEN

Auch wenn es für viele noch nicht so aussehen mag, daß in nicht allzu ferner Zukunft die Frage des Sozialismus einer Tagesordnung der Massenorganisationen der Lohnabhängigen steht, müssen wir geduldig die Notwendigkeit des Sozialismus erklären. Die letzten Tariffkämpfe der Drucker, Metzler und Hafenarbeiter haben in der Bundesrepublik für eine neue Schärfe der Klassenauseinandersetzungen gesorgt. Aber dies war erst der Anfang, denn die Widersprüche des Kapitalismus werden sich verschärfen: selbst bürgerliche Wissenschaftler sagen für die nächsten 1 bis 2 Jahre eine noch schärfere Rezession voraus, als wir sie momentan mit über einer Million Arbeitslosen erleben. Ohne Zweifel werden sich dann die Konflikte zwischen Kapital und Arbeit weiter verschärfen. Auch international können wir - wie in Nicaragua, Iran usw. beobachten, daß die Massen für radikale Lösungen anfällig werden. Für Sozialisten gibt es also keinen Grund zum Pessimismus. Wenn die mächtige deutsche Gewerkschaftsbewegung (über acht Millionen DGB-Mitglieder) erst einmal in Bewegung kommt, kann sie keine Macht der Erde stoppen. Dann erst wird auch der verzweifelte und ungeduldige Terror einiger Kleinbürger, die keine Einsicht in die Strukturen des Kapitalismus besitzen und deshalb blindwütig loschlagen, da landen, wo er hingehört - auf dem Müllhaufen der Geschichte!

Rainer Jäger

Nordirland-Abkommen

Arbeitereinheit statt Spaltung

Ein Aufflammen des Terrors, Unruhen während der Ostertage, zahlreiche Tote, Proteste und Demonstrationen bestreiten in diesen Tagen das Bild Nordirlands. Die Ursache dafür ist die Unfähigkeit der Regierungen Großbritanniens und Irlands, die nordirische Krise auf kapitalistischer Grundlage zu lösen. Das hat seit 1969 fast 2.500 Menschen das Leben gekostet, und das in einem kleinen Land mit ungefähr der Einwohnerzahl Hamburgs.

Die jüngste Initiative, das „Nord-Süd-Abkommen“ zwischen Großbritannien und der Republik Irland, das Dublin erstmals seit der Teilung der Insel ein begrenztes Mitspracherecht über Nordirland zubilligt, ist tatsächlich nur ein weiterer, zum Scheitern verurteilter Versuch, Ruhe und Ordnung herbeizuführen und die Profite der irischen und der britischen Kapitalisten sicherzustellen. Nichts, aber auch gar nichts springt dabei für die Arbeiter heraus — egal ob sie nun katholisch oder protestantisch sind, ob sie im Norden oder im Süden der Insel leben.

Soziale Probleme

Die eigentliche Ursache der Gewalt und der Spaltung zwischen den religiösen Gruppen ist nicht, wie meist behauptet, religiöse Intoleranz, sondern soziale Armut. Über 300 Jahre lang hat Großbritannien in Irland die Kunst des „Teile und Herrsche“ angewandt und bis zur Perfektion entwickelt. 1920 wurde die irische Insel nach religiösen Gesichtspunkten in einen katholischen Süden und einen vorwiegend protestantischen Norden aufgeteilt. Das Ziel war die Bevölkerung und insbesondere die Arbeiterklasse zu spalten und dadurch die Industriegebiete im Nordosten der Insel, die dortigen Marinestützpunkte sowie das Profitsystem insgesamt vor der revolutionären Welle zu schützen, die die Arbeiterklasse und die arme Landbevölkerung in ganz Irland erfaßt hatte. Diese Bewegung verfolgte das Ziel, die Befreiung von der Herrschaft Englands und damit die Unabhängigkeit Irlands durchzusetzen.

Spaltung

Seit 1920 begünstigte der Kapitalismus die protestantische Mehrheit Nordirlands (ca. 1 Million Menschen) im Gegensatz zur katholischen Minderheit (ca. 1/2 Million Menschen). Protestanten erhielten bessere Arbeitsplätze und menschenwürdiger Wohnverhältnisse, andererseits blieb ihr Lebensstandard immer noch weit unter dem britischen. Die Entfremdung zwischen beiden Bevölkerungsteilen wurde dadurch verstärkt, daß die Protestanten sich davor fürchteten, in einem mehrheitlich katholischen vereinigten Irland für die Verbrechen des britischen Imperialismus verantwortlich gemacht zu werden: Für den Raub ihres Landes, die Unterdrückung ihrer Religion, Sprache und Kultur, und dafür, daß das katholische Irland auf dem Entwicklungsstand eines Agrarlandes gehalten worden war, um nicht mit der britischen Industrie konkurrieren zu können.

Im Verlauf des langanhaltenden Wirtschaftsaufschwungs in der Nachkriegsperiode (1950-1975) erlebten wir den Niedergang und Verfall der politischen und wirtschaftlichen Machtstellung Großbritanniens, die allmähliche Zerstörung

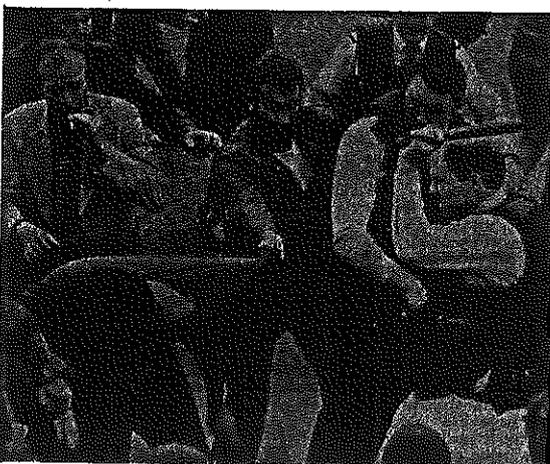
der Industrie.

Die USA sicherten sich in dieser Zeit endgültig ihre Position als die beherrschende Weltmacht. Japan, die BRD und Schweden steigerten ihren Anteil an der Weltproduktion. Auf diese Weise schufen sie die Grundlage für einen höheren Lebensstandard und bessere Lebensbedingungen ihrer Arbeiter.

Krise im Norden

Nordirland war die ärmste Region Großbritanniens und erfuhr deshalb zuerst und besonders heftig die Auswirkungen des Todeskampfes, in dem sich der britische Kapitalismus befindet. Die irische Volkswirtschaft ist fast vollständig abhängig von der britischen. In Folge der Wirtschaftskrise stieg die Arbeitslosigkeit von 8% im Jahre 1967 auf über 20% heute.

Mit dem Anstieg von Arbeitslosigkeit und Armut wuchs auch die Kampfbereitschaft des katholischen Bevölkerungsteils in Nordirland, die ihren Ausdruck in der Bürgerrechts-



Im kapitalistischen System werden Unterdrückung und Blutvergießen weitergehen.

bewegung der späten sechziger Jahre fand. Viele Schichten der protestantischen Arbeiter, die die schwerwiegende Benachteiligung der katholischen Minderheit erkannten, sympathisierten zu diesem Zeitpunkt mit den Katholiken und unterstützten die Bürgerrechtsbewegung.

Protestwelle

Die totale Unfähigkeit der Arbeiterführer, katholische und protestantische Arbeiter im Verlauf dieser breiten Bewegung auf einer gemeinsamen klassenkämpferischen Grundlage zu vereinen, ermöglichte es protestantischen und katholischen Fanatikern, die Arbeiter an der nationalen Frage zu spalten.

Die Folgen waren das Blutbad der Jahre 1971-75 und der reaktionäre, sektiererische Terrorismus (sowohl von katholischer als auch von protestantischer Seite).

Lippenbekenntnisse

Der Terrorismus ist jedoch eine völlig verfehlte Strategie („Propaganda der Tat“), die sich auf den individuellen, isolierten Kampf und nicht auf die kollektive Massenaktion der Arbeiter stützt. Außerdem wird damit dem bürgerlichen Staat der Vorwand für verschärfte Repression gegen die Arbeiterbewegung geliefert.

Bürgerliche Politiker im südlichen Teil der Insel beschwören immer die Wiederannäherung und -vereinigung Irlands als langfristiges Ziel, doch sie zeigen keinen Weg zur Lösung der wirtschaftlichen Probleme auf. Die Republik Irland, vorwiegend ein Agrarland, spürt die Auswirkungen der Überproduktionskrise in der europäischen Landwirtschaft. Die Folge: 17% Arbeitslose.

Es ist utopisch anzunehmen, daß eine irische Regierung tatsächlich bereit und in der Lage sein könnte, sich innerhalb eines vereinigten Irlands (nordirische) „Ulster-Krise“ zusätzlich aufzubilden. Wie sollte es eine solche Regierung schaffen, die Erwartungen der nordirischen Katholiken auf ein besseres Leben



Damit hatte Frau Thatcher nicht gerechnet: Neue Terrorwelle nach dem anglo-irischen Abkommen.

dann meinen sie damit in Wirklichkeit, daß eine solche Wiedervereinigung möglichst erst dann stattfinden sollte, wenn sie selber nicht mehr im Amt sind und andere die Verantwortung für die Folgen übernehmen müssen. Oder sie hoffen auf eine Periode der Stabilität, in der die Probleme der Massenarbeitslosigkeit, Armut und katastrophalen Wohnverhältnisse gelöst werden.

Terror

Aber im Rahmen kapitalistischer Eigentumsverhältnisse wird eine solche Hoffnung mit jeder neuen Wirtschaftskrise immer unrealistischer, immer utopischer. Die britische und die irische Regierung können nur noch darauf hoffen, mit ihren neuen Initiativen den spalterischen Terrorismus auf ein kontrollierbares Maß einzudämmen.

Das jetzige „Nord-Süd-Abkommen“ soll die Illusion der Wiedervereinigung Irlands auf kapitalistischer Grundlage aufrechterhalten und dadurch dem Terrorismus den Boden entziehen. Die ersten Auswirkungen zeigten sich bereits bei den letzten Nachwahlen, die aufgrund von Rücktritten durchgeführt werden mußten. Die liberalen „parlamentarischen Nationalisten“, die Social Democratic and Labour Party (SDLP) bekamen zunehmende Unterstützung, während die der Sinn Fein (politischer Flügel der Irish-Republicikanischen Armee) abnahm. Im Vergleich zu den allgemeinen Wahlen von 1983 verloren die letzteren in den 4 Wahlkreisen des Grenzbereiches 25% ihrer Wähler.

Dennoch haben die Regierungen die innere Stärke der protestantischen Bewegung unterschätzt. Über 150.000 Protestanten demonstrieren Ende November gegen das „Nord-Süd-Abkommen“, die unionistischen Ulster-Parteien erzwangen Neuwahlen, in deren Mittelpunkt sie die eindeutige Ablehnung des Abkommens stellten. Obwohl sie dabei einen Sitz verloren, nahmen die Stimmen für die unionistischen Parteien (Protestanten) insgesamt in allen 15 Wahlkreisen leicht zu.

80% der Protestanten sprachen sich gegen das Abkommen aus, das von 70% der Katholiken unterstützt wurde. Die Spannungen zwischen diesen Gruppen haben sich so enorm verschärft, daß wir jetzt in der Ulster-Provinz die gefährlichste Lage seit Jahren haben. Die Einheit der Arbeiterbewegung, die seit 1975 mühsam aufgebaut wurde, ist nun bedroht.

Arbeitereinheit

250.000 Arbeiter, die sich schon in den überkonfessionellen Gewerkschaften organisiert haben, zeigen das Potential der Arbeiterbewegung, als der einzigen Kraft, die die Gesellschaft verändern kann. Im Gegensatz dazu stehen die verschiedenen kapitalistischen Lösungen, die keinen Ausweg aus Elend und Armut aufzeigen und nur in die Sackgasse sektiererischer Gewalt führen.

Die katholischen und protestantischen Arbeiter müssen als einheitlich-

che Klasse mit einem klaren sozialistischen Programm organisiert werden, um für eine Lösung zu kämpfen, die die einzige realistische Möglichkeit darstellt, das Land und seine Bewohner zu einigen: Eine irische Arbeiterrepublik!
Dennis Magill, Hamburg
SPD-Mitglied



Internationale Notizen

Finland. Staatsbedienstete weiten ihren zeitlich unbegrenzten Streik, der sich seit dem 2.4. auf Helsinki konzentrierte, auf das ganze Land aus. Sie fordern Lohnerhöhungen. (16.4.86)

Argentinien. Ein zehnstündiger Generalstreik kostete die Unternehmer 150 Millionen Dollar. Es war der 5. Generalstreik seit Präsident Alfonsín's Amtsantritt im Dezember 1983 und richtete sich gegen dessen Sparpolitik. (26.3.86)

Indien. Ein nationaler Journalistenstreik führte dazu, daß 1300 Tageszeitungen nicht erschienen und 4 Nachrichtenagenturen schließen mußten. (3.4.86)

Chile. 1500 Bergarbeiter in Chuquibambuta beteiligten sich an einer Protestkundgebung gegen die Militärdiktatur. Daraufhin wurde die Stadt von Polizei und Militär in Kampfuniform abgeriegelt. (4.4.86)

Norwegen. Sowohl die Belegschaften der Bohrinseln als auch anschließend 102.000 Arbeiter aus verschiedenen Wirtschaftszweigen traten am 9.4. in den Streik. Sie verlangten eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 37,5 Stunden und garantierten Mindestlohn. Obwohl die Unternehmer mit Massenaussperrungen reagierte, konnten die Arbeiter ihren Kampf am 16.4.86 erfolgreich beenden.

Grücheland. Eine Million Arbeiter folgten am 8.4.86 dem Aufruf der Gewerkschaften zum Generalstreik gegen die Sparpolitik der Regierung. USA. In drei Produktionsanlagen der Firma General Electric streikten 7400 Arbeiter. (21.3.86)

Seit acht Monaten streiken die Arbeiter der Fleischverpackungsfabrik in Austin. Sie bekommen seit Mitte April kein Streikgeld mehr von der Gewerkschaft, die sie zum Kompromiß bewegen will. Dieser Kampf der Belegschaft gegen das Unternehmen auf der einen und die eigene Gewerkschaftsführung auf der anderen Seite wird von vielen Gewerkschaftern in ganz Nordamerika mit großer Spannung verfolgt.

Terrorismus ist keine Lösung!

Krawalle bei Demonstrationen, Bombenanschläge in Paris, Madrid, München und anderswo. In letzter Zeit häufen sich die Gewalttaten überall auf der Welt. Viele Menschen sind davon abgestoßen, fühlen sich bedroht.

Alle bisherigen Gesellschaftssysteme haben Gewalt zur Grundlage, denn in ihnen werden eine oder mehrere Klassen unterdrückt von meist einer herrschenden Klasse. Im Kapitalismus unterdrücken die Kapitalisten die Lohnabhängigen. Als Mittel dazu benutzen sie den Staat — unter anderem Militär und Polizei.

Wir haben alle noch die Bilder vor Augen, wie die Polizei im englischen Bergarbeiterstreik gegen die Arbeiter vorgegangen ist, aber auch in Deutschland gab es in den letzten Jahren genügend Beispiele: Im Druckerstreik 1984, bei den Bundesgrenzschutzübungen zum 35-Stunden-Wochen-Streik, 1985 beim Streik bei Programm... Die Frage, ob sie Gewalt befürworten oder nicht, wird den Arbeitern gar nicht gestellt — sie werden damit konfrontiert und müssen sich wehren.

Wut und Verzweiflung

Terrorismus entsteht aus Wut und Verzweiflung gegen den Staatsapparat und gegen ein System, das sich einfach nicht wegformieren läßt. Diese Wut führt manchen zu der Meinung, er müsse sich an den Repräsentanten des Kapitalismus rächen. Das hat mit Sozialismus nicht das Geringste zu tun. Terrorismus beachtet einfach nicht, daß einzelne Personen beliebig austauschbar sind, und der Mord eines Stellvertreters des Systems nicht das System ändern kann. Bereits Trotzki sagte: „Der kapitalistische Staat ist nicht auf Einzelpersonen und Einzelminister aufgebaut und kann nicht mit ihnen vernichtet werden. Die Klassen, denen er dient, werden immer wieder neue Leute anwerben, der Mechanismus bleibt intakt und funktioniert weiter.“

Lenin in „Was tun“ bezeichnet die Terroristen als Menschen, „die es nicht verstehen oder nicht die Möglichkeit haben, die revolutionäre Arbeit mit der Arbeiterbewegung zu einem Ganzen zu verbinden. Wer den Glauben an diese Möglichkeit verloren oder nie besessen hat, dem fällt es tatsächlich schwer, für sein Gefühl der Empörung und seine revolutionäre Energie einen anderen Ausweg zu finden als den Terror.“ Bei allen Unterschieden zwischen den terroristischen Strömungen der damaligen russischen Arbeiterbewegung und der RAF trifft die Charakterisierung auch heute noch zu.

In welche Sackgasse der Terrorismus führt, sehen wir am Besten in Nordirland an der IRA oder der ETA in Spanien. Diese Terrororganisationen spalten und schwächen die Arbeiterklasse. Die Entwicklung von starken Arbeiterorganisationen wird nicht unerheblich gebremst. Was wir aber brauchen, um zum Übergang von Kapitalismus zum Sozialismus zu kommen, sind starke Arbeiterorganisationen. Nur durch bewußte Massenaktionen der Arbeiterklasse kann das kapitalistische System geändert, letztendlich gestürzt werden. Zusammen mit dem Terrorismus, den dieses System selbst hervorgebracht hat, wird der Kapitalismus dann endgültig auf dem Schrotthaufen der Geschichte landen.

Starke Arbeiterorganisationen nötig

Die Arbeiterorganisationen zu stärken ist die wichtigste Aufgabe für die Marxisten. Terroristen werden dazu niemals fähig sein.

Sicher gibt es heute noch Leute in der Führung der Arbeiterbewegung, die nicht bereit sind, den Kampf gegen das System aufzunehmen. Ein Blick zurück in die Geschichte zeigt uns: Oft genug sind Parteien und Gewerkschaften von den Arbeitern gezwungen worden zu kämpfen. Die Angriffe auf den Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung werden in den nächsten Jahren dazu führen, daß neue Arbeiterführer an der Spitze der Arbeiterorganisationen entschlossen gegen das Kapital vorgehen.

Wir brauchen in SPD und Gewerkschaften eine klare sozialistische Linie, ein klares sozialistisches Programm. Sonst werden immer mehr Menschen, vor allem Jugendliche, versuchen, mit Gewalt etwas zu ändern an diesem kaputten System, nur um letztendlich daran zu scheitern.

Der Terrorismus bringt uns keinen einzigen Schritt nach vorne. Er vermag nur das zu zerstören, was die Arbeiter sich in mühsamen Kämpfen an Rechten und Freiheiten über Jahre hinweg errungen haben. Eine einzige Versammlung, ein einziger Streik von einigen zehntausend Arbeitern bringt mit Sicherheit mehr für die arbeitende Bevölkerung als die Ermordung von zwanzig oder gar fünfzig der führenden Profitgeier. Für sie läßt sich immer noch Ersatz finden.

Es gibt nur einen Weg, den Kapitalismus zu vernichten: Nur wenn wir uns zusammen und gemeinsam kämpfen, können wir dieses Kapitel der Menschheitsgeschichte endgültig abschließen und zum längst fällig gewordenen Todesstoß für diese kaputte Gesellschaftsform ausheulen.

Manfred Padberg, Hannover
Jungsozialist

Bis zur Bundestagswahl 45.000 DM!

VORAN dankt allen Lesern und Unterstützern, die für den Aufbau der marxistischen Zeitung gespendet haben. Jetzt können wir das alte Ziel von 70.000 DM abschließen: Insgesamt erreichten uns 64.541,24 DM. Das sind 92,2% des Ziels! Dieses hervorragende Sammelergebnis zeigt, daß es viel Unterstützung für ein klares sozialistisches Programm in der Arbeiterbewegung gibt.

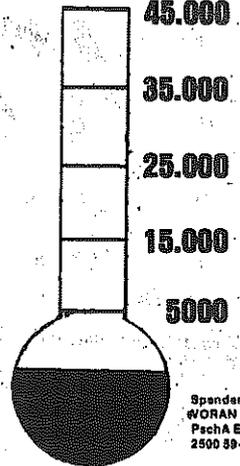
Die Unternehmer, ihre Parteien und ihre Regierung sind nicht in der Lage, Arbeitern und Jugendlichen eine gesicherte Zukunft zu bieten. Ihr kapitalistisches System versagt! Vier Millionen Arbeitslose wollen einen Arbeitsplatz. Millionen Arbeiter, Angestellte und kleine Beamte wollen ihren Arbeitsplatz, ihren Leistungsstandard und die sozialen Erziehungsmöglichkeiten. SPD und Gewerkschaften müssen jetzt entschlossen für Arbeiterinteressen kämpfen.

Die Bundestagswahl im Januar 1987 ist die Chance, die Kapital-

stenregierung zu stürzen! Sofort nach der Sommerpause muß die SPD den Wahlkampf beginnen, offensiv den Bankrott der Kohl-Regierung aufzuzeigen und die arbeitenden Menschen mit einem klaren sozialistischen Programm überzeugen und mobilisieren. Für ein solches Programm steht VORAN. Deswegen ist unsere Zeitung nicht von den Millionen abhängig, sondern auf die Unterstützung der breiten Masse der arbeitenden Bevölkerung angewiesen. Spenden für VORAN und helft mit, unsere Ideen zu verbreiten!

Wir wollen bis zur Bundestagswahl, also bis Ende Januar 1987, insgesamt 45.000 DM an Spenden sammeln. Alleine im Juli trafen in der Redaktion schon 3.169,66 ein. VORAN-Verkäufer sammeln bei den Aktionen gegen die Atomanlage in Wackersdorf 402,03 DM. Das zeigt die enormen Möglichkeiten auf.

Im September muß eine regelrechte Herbstoffensive gegen Kohl und Kapital beginnen. Helft mit dabei,



ein klares sozialistisches Programm in der Arbeiterbewegung zu verbreiten. Spenden für VORAN! Fragt Kollegen und Freunde nach einer Spende für den Aufbau unserer Zeitung!

Leo Schiffer, Redaktion Köln

LESERBRIEF Ins KZ auf eigene Kosten

Seit 1981, als der Krieg zwischen Iran und Irak schon im Gange war und die Opposition im Iran selbst praktisch nicht mehr existierte, begann die Mullah-Regierung immer härter gegen die Massen vorzugehen.

Die jungen Arbeiter werden jeden Tag an die Front geschickt, um als Futter für die Kanonen benutzt zu werden. Waffen werden für teure Petrodollars vom Schwarzmarkt und aus europäischen Ländern wie Österreich gekauft, und alles, was an Waffen im Iran selbst hergestellt werden kann, wird hergestellt.

Dies alles führt zum Tod von tausenden von Arbeitern und zu sehr hohen Lebenskosten für die iranische Bevölkerung. So reicht heutzutage das ganze Gehalt eines Diplom-Ingenieurs nicht einmal aus, die Miete für eine Zwei-Zimmer-Wohnung zu bezahlen. Weil Iran und Irak sehr viele Devisen benötigen, um die Waffenkäufe zu bezahlen, schmelzen sie enorme Mengen von Rohöl auf den Markt. Das war eine der Ursachen für den dramatischen Preisverfall, den wir erlebt haben.

Als ob das nicht genug wäre, werden die Frauen noch besonders unter Druck gesetzt. Eine Frau kriegt nur die Hälfte des Gehalts eines Mannes für die gleiche Arbeit.

In den vergangenen Monaten wurde offiziell bekannt gegeben, daß KZ-ähnliche Zentren eingerichtet werden sollen für Frauen, die sich weigern, den Schleier zu tragen. Die-

se Nachricht wurde vom Präsidenten der Republik bekannt gegeben. Er sagte:

„Ein neues Gesetz ist vorgesehen, in dem die Beschlagnahme des gesamten Hab und Gutes von Geschäftsinhabern erlaubt wird, wenn diese in ihren Geschäften Kleider anbieten, die nicht den islamischen Vorschriften entsprechen. In diesem Gesetz wird auch die Inhaftierung von Frauen vorgesehen, die sich nicht gemäß der islamischen Moral anziehen. Die Frauen werden dann ins KZ geschickt, um sich zu bessern. Sie müssen während ihrer Haft im KZ auf eigene Kosten leben.“

Der Oberstaatsanwalt der Republik meinte dazu, daß nach seiner persönlichen Meinung diese Methode falsch sei. Er sagte: „Wie viele

„Heute Liverpool - morgen das Ruhrgebiet, Liverpool, ein Modell für sozialistische Kommunalpolitik.“

50 Minuten, VHS, stellt den Kampf um Liverpool 1985 und die aktuelle Lage bis Sommer 1986 dar. Dieses Video wurde erstellt nach einer Reise der SDJ-Die Falken Essen-Süd nach Liverpool.

Auszuleihen über:
SDJ-Die Falken
z.Hd. Detlef Black
Holsterhauser Str. 200
4300 Essen 1
Tel. 0201/703822 oder 745444
Preis: 30 DM für eine Woche

Aus welchen Gründen, sagt mir schon, wählt wohl der Mensch die Christ-Union? Sind wohlerwogen, respektive vernunftsbegründet die Motive? Laßt fachlich, gründlich und präzise und eifrig uns erläutern dies, damit, wenn unsre Herren pfeifen, wir nach dem richtigen Zettel greifen.

Als erstes, liebe Leute, das ist klar, geht es doch um die Arbeit, ja? und glag es uns noch gestern misse, mit der Union gehts aus der Krise.

Es geht nicht abwärts, guter Mann! Nein die Arbeitslosigkeit steigt an! Sie wollen doch, daß ihr malochen tut, denn dann gehts unserm Aufschwung gut. Drum soll der Deutsche auch bei der Arbeit bleiben und sich nicht auf Streiks rumtreiben. Darum weg mit diesem alten Zopf, Das AFG kommt in den Topf, so wird der DGB an die Kette geschmieden, das sichert auch den „inneren Frieden“ Ein Blick genügt und wir kapieren, warum man uns will konservieren. Drum folg dem Hirten fromm und brav und laß dich scheeren wie ein Schaf, der Dummbel Gipfel zu erklimmen d.h. für CDU zu stimmen.

Doch Leute, dies garantier ich vor den

Wahlen, wer rechts wählt, der wird wieder strahlen. Der LETZTE Fortschritt, ich anmerkt, ist doch das Atomkraftwerk. Jetzt hört doch auf zu demonstrieren laßt uns doch erstmal ausprobieren. Kalkar und Wackersdorf, daß ich nicht kicher die Union sagt, die sind sicher, und sollten sie doch zu explodieren wegen, so habt ihr 30 Jahr euch zu bagamann. Ob Kohl, ob Strauß, ob Bekemann, sie alle strahlen uns doch an.

Ein wichtiges Ziel in deren Kraft, nun, das ist doch die Landwirtschaft. So wollen sie, die gut gestalten und sich viele Ochsen halten. Dan Ochsen als Agrarprodukt, man wohlgefüllt, sich begeckt, und zum Ochsen steht ganz nah die Regierung, das ist klar. Am liebsten wäre es den Herren, wenn alle Deutschen Ochsen wären. Gibt man der CDU die Stimmen, wird die Zukunft „Blumiges“ uns bringen.

Zu deutsch: Erprobt ist das Rezept, durch das man euch aufs Neue seppt. Und wer all dies will, geh ich den Rat, wählt einzig allein Christ-Demokrat.

Roland Leröl, Krefeld

Abbau des Sozialstaates

Dort, wo der Staat den Bürger mit Gütern und Dienstleistungen der verschiedensten Art versorgt, wird abgebaut, gestrichen, privatisiert. Im Gesundheitswesen ebenso wie im öffentlichen Personennahverkehr sowie bei den sozialen und kulturellen Dienstleistungen. Das Gerade von weniger Staat, weniger Verwaltung dient dazu, uns blind zu machen für die Wirklichkeit: Den Abbau des Sozialstaates. Der Staat wird immer mehr aufgeteilt in Wohlhabende und Arme. Dem Einen wird mehr gegeben, was dem Anderen zuvor genommen wurde. Erweitert wird nur die Freiheit der Arbeitgeber und der Unternehmer. Der Entfaltungs- und Freiheitspielraum der Bürger wird eingengt.

Nicht vergessen: Der Sozialstaat ist die Voraussetzung für die Freiheit des Einzelnen.

Mit freundlichem Gruß
Hans Delhaes, Aachen
SPD-Mitglied

VORAN

VORAN zur sozialistischen Demokratie
Überregionale marxistische Zeitung für
SI, Juso und Gewerkschaft
Erscheint seit Dezember 1973

Redaktionsanschrift: VORAN
Hammesberger Str. 75
5630 Remscheid

Kontonummer: Postcheckamt Essen,
H. G. Öttinger, 170 20 433

Verantwortlicher Redakteur:
Hans-Gerd Öttinger

Druck: Gegenstück Remscheid

EXTREMISTEN

"Gefahr droht unserer freiheitlichen Grundordnung einmal von den Terroristen, die mit verbrecherischen Mitteln gegen den Rechtsstaat kämpfen. Auf der anderen Seite sind wir aber auch mit extremistischen Gruppen konfrontiert, die nicht mit verbrecherischen Mitteln, sondern mit Methoden der ideologischen Kampfführung gegen unsere Freiheitsordnung antreten." (Professor Carstens, CDU, BILD vom 12. 10. 77)

Diese Worte von Carstens lassen klar erkennen, daß für ihn Terroristen und konsequente Sozialisten und Gegner des kapitalistischen Systems ein und dasselbe sind. Dies ist ein großer Skandal, eine riesige Sauerle! Die Aktionen der Terroristen (die wir entschieden ablehnen) sind für Carstens und seine Gesinnungsfreunde wohl nur ein Vorwand. Sie wollen der breiten Masse weismachen, daß beispielsweise Marxisten Sympathisanten des Terrorismus wären. So soll die Bevölkerung gegen alle von ihrer Sache überzeugten Klassenkämpfer aufgehetzt werden.

Aber so freiheitlich, wie diese Ordnung immer dargestellt wird, ist sie für die Arbeiterklasse gar nicht. Es gibt dafür viele Beispiele. Es ist ja wohl allgemein bekannt, daß schon Streikposten verhaftet worden sind. Und vor der Demonstration in Kalkar wurde ein Personenzug auf freiem Feld von der Bahnpolizei angehalten, die Fahrgäste wie Schwerverbrecher behandelt und gezwungen, zu Fuß weiter zu gehen, obwohl sie alle ihr Fahrgeld bezahlt hatten. Weiter sagte Carstens in BILD:

"Die ganz große Mehrheit ist unzweifelhaft zur Verteidigung unserer freiheitlichen Ordnung bereit." Die Wahlen vom Oktober 1976 hätten gezeigt, wie groß das Vertrauen der breiten Massen zu diesem Staat sei.

Im Oktober 1976 hofften noch viele Arbeiter auf eine Senkung der Arbeitslosenzahlen, auf längst überfällige dringende Reformen und einen allgem. innen Wirtschaftsaufschwung. In diesen Hoffnungen sind wir aber bitter enttäuscht worden.

Seit einigen Jahren ist der Lebensstandard der arbeitenden Klasse scheinbar weise zurückgegangen, nur weil die Ausbeuter mit aller Gewalt daran interessiert sind, ihre Profiteure aufrecht zu erhalten. Innerhalb dieser kapitalistischen "Ordnung" wird die Arbeitlosigkeit in den nächsten Jahren ein Dauerproblem bleiben, das sich immer schärfer stellt.

Der Lebensstandard der breiten Masse wird weiter sinken. So werden viele Kollegen, die vielleicht jetzt immer noch warten und hoffen, daß es bald wieder bergauf geht, spüren, daß dieses System unheilbar krank ist. Sie werden, wenn man ihnen immer mehr von ihrem Lebensstandard wegnimmt, eines Tages aufstehen und sagen: "Jetzt ist das Maß voll, Schluß damit!" Sie werden auch, wenn sie um mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen kämpfen, merken, daß der Staat auf der Seite der Bosse steht und darauf ihre Konsequenzen ziehen.

Und dies wissen im Grunde auch die Interessenvertreter des Kapitalismus wie Carstens. Weil sie wissen, daß früher oder später eine breite Masse zu "Extremisten" werden wird, wollen sie jetzt die aktiven Klassenkämpfer als Buhmänner abstopfen.

Sie werden damit aber Schiffbruch erleiden.

Wenn erst die breite Masse der Arbeiter auf internationaler Ebene in Bewegung kommt und dabei tatkräftig von den Sozialisten und Marxisten unterstützt wird, wird das Sterbglöckchen des Kapitalismus läuten. Leute wie Carstens mögen ihm vielleicht nachtrauern.

KONTAKTSPERRENGESETZ :

NUR FÜR TERRORISTEN ?

"Meine Damen und Herren, daß auch ein Unschuldiger verhaftet werden kann, ist doch nicht nur eine theoretische Möglichkeit, das wissen wir doch alle. Dieser Unschuldige kann über einen längeren Zeitraum ohne Kontakt im Gefängnis sitzen, denn das Gesetz kennt ja keine feste zeitliche Begrenzung."

Diese Feststellung traf der SPD-Bundestagsabgeordnete Manfred Copplk vor dem Bundestag, als Ende September in aller Hast durch das Parlament durchgeboxt wurde, was unter dem Namen "Kontakt sperrengesetz" bekannt geworden ist.

Manfred Copplk war einer der wenigen SPD-Bundestagsabgeordneten, die es offen wagten, sich Herbert Wehnere "Fraktionszwang" zu entziehen und gegen das Gesetz zu stimmen. Die Einwände und Befürchtungen des Genossen Copplk sind mehr als berechtigt. Bereits in der letzten Ausgabe von VORAN haben wir in einem längerem Artikel (Marxisten gegen Terrorismus) gesagt: "Unter dem Vorwand der Terroristenbekämpfung wird der Staatsapparat abgebaut, werden neue, schärfere Gesetze verabschiedet, die später gegen die breite Arbeiterbewegung selbst eingesetzt werden sollen."

So hat denn auch die Regierung gemeinsam mit der CDU/CSU im Bundestag prompt gehandelt. Nach dem neuen Gesetz sollen einsetzende Terroristen streng überwacht werden und kann ihnen jegliche Möglichkeit zum Kontakt zu Mitgefangenen, Verteidigern und Besuchern gestrichen werden. Die Regierung kann anordnen, daß einsetzende Gefangene isoliert werden, wenn auch nur Verdacht besteht, daß von einer terroristischen Vereinigung eine "gegenwärtige Gefahr für Leben, Leib oder Freiheit einer Person" ausgeht. Die Regierung hat es mehr als eilig. Das Gesetz wurde in weniger als einer Woche zusammengeschustert und durchgepeitscht, auf Teufel komm raus. Die Entführung von Schleyer und die dadurch erzeugte Stimmung erscheint offensichtlich günstig dazu, Gesetze wie dieses durchzuboxen. Was auf den ersten

Blick wie eine vorbeugende Maßnahme gegen verrückte Terroristen erscheint, wird später zu einem Werkzeug, das das Kapital anwenden kann, um die Arbeiterbewegung einzuschüchtern und zu bekämpfen. Einen Vorgeschmack d'arauf erleben in den letzten Wochen zahlreiche Arbeiter, als sie auf offener Straße plötzlich von Polizeieinheiten mit Maschinengewehren angehalten, genau auf Waffen durchsucht und buchstäblich wie Schwerverbrecher behandelt wurden. Manchen wird dies alles kalt lassen, aber Manfred Copplk hat in seiner Rede auch all diejenigen angesprochen, die noch gleichgültig sind:

"Und wer da auch noch sagt: 'Was geht mich das an?' Ich habe nichts mit Terroristen zu tun.' dem muß deutlich gesagt werden, daß nach dem neuen Gesetz niemand, und sei er noch so unschuldig, davor sicher sein kann, etwa aufgrund einer Denunziation verhaftet zu werden und für Wochen und Monate ohne jeden Kontakt zu einem Rechtsanwalt oder auch nur zu seinen Familienangehörigen in einem Gefängnis zu verschwinden. Ich halte das unter rechtsstaatlichen Gesichtspunkten für unerträglich."

In England kramte die konservative Regierung 1972 ein altes "Gesetz gegen die Verschwörung" aus dem Jahre 1875 hervor, um zwei Bauarbeiter verhaften zu lassen, die beim Streik der Bauarbeiter um einen angemessenen Lohn als Streikposten eingesetzt waren. In Nordirland ist die britische Armee nicht zum Schutz der Bevölkerung vor Terroristen eingesetzt sondern in erster Linie zur Einschüchterung "aufständiger" Arbeiter. Und schon plant Justizminister Vogel (laut Spiegel vom 3. 10. 77) weitere Gesetze: - Künftig sollen "Terroristen" auf entsprechende Androhung hin nach ihrer Strafverbüßung hin Sicherheitsverwahrung gehalten werden können. - Bei Verkehrskontrollen soll es der Polizei möglich sein, unmittelbar Fingerabdrücke abzunehmen.

- In Hotels müssen Ausweise streng kontrolliert werden.
- Demonstrationen, die Angst vor Berufsverlusten und ihre Gesichter deshalb unkenntlich zu machen versuchen, soll künftig verboten sein, Masken und Gesichtsmäntel auszusetzen.

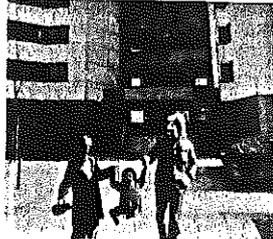
"Nein zu Terror und Gewalt und nein zum Abbau der Freiheitsrechte und des Rechtsstaats" - rief Manfred Copplk in seiner Rede aus. Das Echo aus den verschiedenen Gliederungen der Partei zeigte, daß er nicht alleine steht.



Alle Sozialisten müssen den Kampf der linken SPD-Abgeordneten gegen den Abbau der durch die Arbeiterbewegung erkämpften Rechte und Freiheiten energisch unterstützen. Denn das Kapital hat alle demokratischen Rechte immer nur solange geduldet, wie sie nicht seinen Bestand bedroht haben. Sobald aber die Arbeiterbewegung darangeht, das Kapital selbst anzugreifen, sind die Herrscher nicht zimperlich. Sie haben ja schließlich auch Hitler an die Macht gebracht! Ein erfolgreicher Kampf gegen den Abbau von Freiheitsrechten ist deswegen nicht zu trennen vom Kampf gegen das kapitalistische System und für eine echte sozialistische Demokratie.

WOHNUNGSNOT

In den nächsten Jahren droht uns eine Wohnungsnot. Zu dieser Schlußfolgerung kam der Mieterbund in einer Untersuchung. Seit Jahren nimmt die Zahl der jährlich fertig gestellten Wohnungen ab. Im vergangenen Jahr 1976 war der Wohnungsbau auf dem tiefsten Stand seit Kriegsende angelangt!



Noch im Jahr 1973 wurden 674 000 neue Wohnungen fertiggestellt. 1974 war es schon nur 568 000, 1975 gar nur knapp über 400 000! 1976 schließlich lag die Zahl bei nur 361 000! Dieser Rückgang setzte sich auch im ersten Vierteljahr 1977 fort; in diesem Zeitraum wurden 12,2 % weniger neue Wohnungen errichtet als im gleichen Vorjahresabschnitt. Nach Schätzungen der Neuen Heimat soll im nächsten Jahr der Wohnungsbau auf 320 000 bis 350 000 neue Wohnungen zurückgehen. Allein für Nordrhein Westfalen wird ein weiterer Rückgang von 97 000 (im Jahre 1976) auf 80 000 bis 87 000 erwartet. Wenn sich daran nicht schleunigst etwas ändert, steht uns eine katastrophale Situation bevor. Gerade in den nächsten Jahren werden aus den geburtenstarken Jahrgängen der 50er Jahre viele neue Familien hervorgehen und daher viele neue Wohnungen gebraucht werden. Selbst nach Schätzungen des Wohnungsbauministeriums werden bis 1982 jährlich 550 000 neue Wohnungen gebaut werden müssen, um den Bedarf zu decken. Ganz abgesehen davon ist es doch bereits heute so, daß eine Milli on Menschen in der Bundesrepublik Obdachlose sind, daß weitere Millionen in menschenunwürdigen Behausungen wohnen müssen, ohne eigenes Bad oder eigene Toilette. Wieviele alte Häuser müßten nicht saniert oder vielleicht sogar ganz abgerissen werden ?

Andererseits sehen wir in allen Großstädten riesige Blocks mit leerstehenden Wohnungen zu unerschwinglichen Preisen, häßliche Zwi- und Dreiwohnungen reicher Leute und halbleer stehende Luxushotels. Spekulationsrunden verhandeln das Bild der Städte.

Wie ein unverständlicher Wahnsinn muß es jedem vorkommen, wenn man sich einmal die folgende Tatsache durch den Kopf gehen läßt: Das Bedürfnis nach neuen und guten Wohnungen ist vorhanden. Arbeitslose Bauarbeiter gibt es ebenfalls mehr als genug. An Baumaterial würde es ebenfalls nicht mangeln. Aber woran mangelt es dann? Warum kann man nicht für jeden Menschen eine anständige und billige Wohnung bereitstellen? Das Wohnungswesen und der Wohnungsbau sind - wie alles in dieser Gesellschaft - dem privaten Profitstreben untergeordnet. Wenn ein Kapitalseigner sich überlegt, ob er sein Kapital im Wohnungsbau anlegen soll, dann fragt er sich doch, wie er sein investiertes Kapital zu möglichst hoher Verzinsung möglichst bald wieder reinholen kann.

Und wenn anderswo mehr Profit rauszuschlagen ist, dann investiert er wohl klugerweise dort. 300 000 Wohnungen stehen leer - weil sie am Bedarf vorbei gebaut wurden und vor allem für diejenigen, die den Wohnraum dringend brauchen, unerschwinglich sind. Wird der Mieterbund festgestellt, haben es die Investoren angesichts dieser Tatsache vorgezogen, in andere Kapitalanlagen auszuweichen. Dies alles sind die Gründe für die sich abzeichnende Wohnungskatastrophe, obwohl die Mittel zu ihrer Beseitigung vorhanden wären. Wir können es nicht zulassen, daß der Skandal von leerstehenden Luxushotels, unerschwinglichen Mieten, verfallenden Wohnhäusern und unmenschlichen Quartieren noch größer wird. Wir müssen uns wehren! Ein ausreichender und angemessener Wohnraum - dies ist ein Grundbedürfnis jedes Menschen. Aber sollen wir vielleicht darauf Lust verspüren, mehr im Wohnungsbau zu investieren? Nein - das Wohnen darf nicht weiter dem privaten Gewinnstreben der Grund und Hausbesitzer, Banken, Baufirmen und Makler untergeordnet werden. Wenn jeder wirklich ein halbwegs anständiges und preiswertes Dach über dem Kopf haben will, dann

SCHLEYER

Die Ermordung Schleyers hat tage- und wochenlang in den Zeitungen nachgehallt. Seitenlange Todesanzeigen in den großen Zeitungen von Banken, Großkonzernen, Unternehmerverbänden und dem Wirtschaftsrat der CDU haben gezeigt, was für ein führender Kopf Hanns-Martin Schleyer für das Kapital war. Die Bosse haben einen ihrer fähigsten Führer verloren, und damit auch Grund zum Trauern. Schleyer wurde ermordet, aber das kapitalistische System, das er nach außen hin vertritt und mitführt, ist dadurch nicht geschwächt worden. Im Gegenteil! Ihm wurden in den ersten Tagen nach der Ermordung als verdächtig vorübergehend festgenommen. Hunderttausende mußten Fahrzeugkontrollen und lange Wartezeiten über sich ergehen lassen, die Reaktion nutzte die Empörung über die Terroristen aus, um Stimmung gegen alle Gegner des Kapitalismus zu schüren. In Bonn machte das Wort von einer inoffiziellen Notstand-Koalition aller Parteien die Runde, DGB-Vorsitzender Vetter meinte, daß alle "zusammenstehen sollen". Also gibt es plötzlich in der BRD nicht mehr den Gegensatz zwischen den Klassen, sondern den zwischen 60 Millionen Bürgern und einigen Terroristen und Sympathisanten? Sollten wir mit unseren Bossen jetzt erst recht eng zusammenstehen und allen vergessen? Aus den vielen Nachrufen konnte man den Eindruck gewinnen, daß Schleyers Leben erst Anfang der fünfziger Jahre anfang, als er schon über 35 war. Seine braune Vergangenheit - nein, die gibt's hier nicht! Die Strategie des individuellen Terrorismus, die Marxisten entschieden ablehnen, ist zum Scheitern verurteilt. Nicht die isolierten Schritte verzweifelter Bürgerkinder auf Bosse und Polizisten, sondern nur das bewusste Handeln der breiten Masse wird das kapitalistische System entgültig abschaffen können. Köpfe wie Schleyer sind zu ersetzen. Isolierte Terroristen können von der Staatsgewalt zur Strecke gebracht werden. Nicht aber Millionen von Arbeitern, die entschlossen handeln.

werden wir nicht umhin kommen, mit dem Diktat von Mietwucher, Spekulation, Zinsen und Maklerprovision Schluß zu machen. Das Wohnungswesen muß endgültig für Profit sucht der großen Unternehmungen, Spekulanten und Wucherer entrisen, verantwortlich und demokratisch durch Mieter, Gewerkschaften und Regierung kontrolliert werden!



VORAN zur sozialistischen Demokratie
Überregionale marxistische Zeitung für
SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaft

Erscheint seit Dezember 1973
Redaktionsanschrift: VORAN
Hammesberger Str. 75
5630 Remscheid

Konto: Postcheckamt Essen
H. C. Öfinger Nr. 170 20 433

Verantwortlicher Redakteur:
Hans - Gerd Öfinger

TERROREN ODER GEWERKSCHAFTER

Schon wiederholt haben wir uns in dieser Zeitung gegen den Terrorismus schärfstens ausgesprochen. Für die Vertreter des Großkapitals sind Terrorakte nämlich stets ein willkommenes Anlaß zum Gefecht gegen alle Sozialisten und Gewerkschafter zu blasen. Es ist ihnen bereits gelungen, die sozialliberale Koalition unter Druck zu setzen, daß diese bereit war, "Anti-Terror-Gesetze" zu verabschieden. In der SPD-Fraktion regte sich jedoch Widerstand: Die von der rechten Kanalarbeitermehrheit als "Viererbände" beschimpften MdBs Coppel, Hansen, Meinke und Lattmann waren nicht bereit, den neuesten Gesetzesvorlagen zuzustimmen;

* Bei Fahndung nach "Terroristen" sollen ganze Gebäudekomplexe untersucht werden können, wenn vermutet wird, daß sich Gesuchte irgendwo darin aufhalten.

* Auch unverdächtige Personen, die sich nicht ausweisen können sollen zur "Feststellung der Identität" festgenommen werden können.

* An Straßen und Plätzen können Kontrollstellen für Großfahndungen eingerichtet werden.

Man braucht keine allzugroße Phantasie, um sich vorstellen zu können, daß diese Maßnahmen auch gegen Streikende zur Einschüchterung angewandt werden können. Erst kürzlich schilderte der nordrhein-westfälische Landeskripos-Chef in einem Zeitungsinterview, daß zur Begründung von Haus- und PKW-Durchsuchungen "Heucheleien an der Tagesordnung" gewesen sei - also üble Tricks und Vorspiegelung falscher Tatsachen.

Angesichts schwerer in den nächsten Jahren bevorstehender Klassenkämpfe reichen diese Maßnahmen der GDU/GSU immer noch nicht! Sie verlangen die Einschränkung des Demonstrationsrechtes und fordert den "gezielten Todeschud".

An der Bonner Universität wurde kürzlich (im Auftrag der Bundeswehr) eine Studie erarbeitet, welche die Möglichkeiten untersuchte, wie die Bundeswehr am besten gegen "zivile Störer" eingesetzt werden könne. Sie sieht den Einsatz von schweren Maschinengewehren, Kanonen und Panzerwagen vor, gestützt auf den Artikel 87a, der 1968 zusammen mit den Notstandsgesetzen in das Grundgesetz eingebaut wurde. Erst kürzlich übte das Pionierbattalion 110 in Hildesheim bei einem Manöver den Bürgerkriegseinsatz. Zur Erklärung wurden den Soldaten erläutert, "radikale Kräfte" hätten sich "zu einer Protestdemonstration gegen Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise zusammengerottet".

So ist es zu begrüßen, wenn in der Bundestagsfraktion unserer Partei einige Leute aufgewacht sind. Die vier "Fraktionsrebell" verdienen unsere volle Unterstützung. Gleichzeitig müssen wir fragen: Reicht es aus, nur "Nein" zu sagen? Müssen wir nicht ihre Auswirkungen auf die gesamte Arbeiterbewegung publik machen? Gerade diese vier MdBs könnten mit ihrer Autorität in SPD und DGB auf ein enormes Echo stoßen, wenn sie eine echte Kampagne zur Verteidigung der bürgerlichen Grundrechte entfachen würden. Diese wäre jedoch erst dann wirklich effektiv, wenn sie die Ursachen dieser Repressionbestrebungen schonungslos aufdecken würden, die in der kapitalistischen Klassengesellschaft begründet sind. Nur eine Verbindung mit dem Kampf für die sozialistische Umwandlung dieser Gesellschaft kann den Widerstand gegen sogenannte "Anti-Terror-Gesetze" erfolgreich machen.

Sozialhilfempfänger

VORAN sprach mit Renate Ribboldt, 27, Sozialhilfempfängerin aus Köln.

VORAN: Du bist 100 %ig körperlich behindert. Wie sehen die Chancen aus, daß Du eine Arbeitsstelle kriegst?

"Überhaupt keine. Früher habe ich als Näherin gearbeitet und dabei nur DM. 15,- Taschengeld monatlich gekriegt und die Zeit wird auch nicht als Rente anerkannt, später ist sie verloren. Dann bin ich immer im Privathaushalt gewesen und durchschnittlich DM. 100-500,- netto verdient. Ich wurde ausgenutzt bis zum Gehirntochter."

VORAN: Wie lange bist Du arbeitslos?

"Man kann sagen, mindestens 5-6 Jahre - die Stellen waren immer nur für ein paar Wochen, bis die Hausfrau wieder alles auf Hochglanz hatte, dann wurde ich gekündigt!"

VORAN: Was bekommst Du vom Staat als Unterstützung?

"Arbeitslos bekomme ich gar nichts, auch keine Arbeitslosenhilfe aufgrund meiner bisherigen Tätigkeit. Ich bekomme vom Sozialamt DM. 293,- für einen ganzen Monat, davon muß ich Strom, Lebensmittel, Friseur Körperpflege und Vergütungen bezahlen. Die Miete (315,- warm) wird vom Staat bezahlt, und da ich ja behindert bin, ist der Staat auch noch so gnädig und bezahlt DM. 119,- an die Krankenkasse."

VORAN: Wie kommst Du damit aus?

Die diesjährige Tarifrunde begann mit einem erfolgreichen Kampf der Hafenarbeiter. Ohne Entschlossenheit und breite Solidarität hätten die Kollegen es nie soweit geschafft. Ähnliches läßt sich auch über den Auftakt unserer Kampffonds-Sammlung 1978 sagen. Mit der entschlossenen Anstrengung vieler Genossen ist es uns gelungen, in den ersten beiden Monaten des Jahres auf eine ganz ansehnliche Summe zu kommen.

Bis zum 23. Februar sind bei uns insgesamt 3549,68 DM eingegangen. Dafür danken wir allen, die sich daran beteiligt haben.

Unser Aufruf hat ein gutes Echo gefunden. Viele Verkäufer und Leser erklärten sich ohne großes Zögern bereit, einmalige größere Spenden einzuzahlen. Sie zückten ihre Scheckhefte oder kratzten ihr Bar- oder Sparvermögen zusammen. Einige stifteten 200,- oder 100,- DM. In Hamburg hat sich ein Leser verpflichtet, monatlich 20,- DM zu spenden, eine Leserin in München gab uns 10 DM und ein Betriebsratsvorsitzender in Remscheid unterstützte uns mit einem 20-Mark-Schein.

Viele der versprochenen Spenden sind immer noch unterwegs, und so läßt sich zu recht hoffen, daß dieser Spendenfluß zum Jahresanfang kein Strohflecken geblieben ist.

Aber es sind nicht nur solche Einzelspenden, die sich zu einem ansehnlichen Betrag zusammengeläutert haben, sondern auch die vielen "kleinen" Ideen und Anregungen einzelner VORAN-Verkäufer, die sich in bare Münze umsetzen ließen.

HÄNDE WEG...

Fortsetzung von S.1

Jetzt ist der Traum von dem vierstufigen Abbau der Arbeitslosigkeit ausgeträumt. Anstatt der angestrebten 850 000 waren 1977 doch wieder über eine Million Menschen arbeitslos, und für die nächsten Jahre werden es eher mehr werden, wie selbst die Regierungsspitze inszwischen zugibt! Und wenn die Bundesregierung einen Bruttolohnanleg von 7,5 % befürwortet, warum steht sie dann in der Tarifrunde nicht mit ganzer Kraft hinter den Gewerkschaften?

Diese Zahlen sind inzwischen wohl längst im Papierkorb gelandet. Am 14. Januar berichtete die "FAZ" weiter aus den Gesprächen in Regierungskreisen: "Die fühlbare Verringerung der Rentensteigerung allein wird bei der Höhe der Defizite aber nicht ausreichen, um die Rentenbilanz halbwegs ins Gleichgewicht zu bringen."

Und im Februar nannte Sozialminister Ehrenberg die neuesten Pläne der Regierung: * Der Rentenanleg 1979 soll auf 4,5 % und von 1980 bis '81 auf 4 % begrenzt werden. Nach dem bisherigen Verfahren der "bruttolohnbezogenen Berechnung" wäre die Erhöhung bei 7,2%, 6,9% und 6,1 % gelegen. Somit werden die Rentner in drei Jahren zwei Monate Renten verlieren!

ausgenutzt...

"Überhaupt nicht. Nur, wenn ich keinen Frau hätte, wäre ich eine arme Sau! Ich habe von manchen gehört, Sozialempfänger mit Mann, Frau und 2 Kindern, die auch mit DM. 293,- auskommen müssen. Wie kommt man heute damit aus, wenn die Bonzen es für sich einstecken, damit sie eine schöne Karriere machen."

VORAN: Was für Erfahrungen hast Du mit den Behörden gemacht?

"Ja, z. B., ich hatte keinen eigenen Mietvertrag (da ich mit meinem Freund wohnte), um eine eigene Wohnung vorzuweisen. Ich kam nicht weiter mit dem Sachbearbeiter. Also, ich bekam einen neuen Sachbearbeiter, dann ging dieselbe Scheiße von vorne los. Ich habe dauernd Anträge gekriegt, die ich bestimmt schon zehn mal ausgefüllt hatte. Dann haben sie mir die Pistole auf die Brust gesetzt und haben gesagt, ich müßte mich von meinem Freund trennen und mir eine eigene Wohnung suchen, wenn ich Sozialhilfe bekommen wollte. Ich habe gesagt, ich könnte nicht alleine wohnen, wegen meiner Krankheit. Dann war es mir zu bunt, da wollte ich alles fallen lassen, dann hat mich einer von der SPD auf eine gute Idee gebracht. Ich sollte mich mal in Nippes an das Bürgerzentrum, Interessengruppe Sozialhilfe EV wenden. Und ich habe es jetzt getan."

VORAN: Wie ging es dann weiter?

"Da ist eine von der Gruppe mitgegangen und hat den Sachbearbeiter mal richtig unter Druck gesetzt! Als er hörte, daß wir von der EV sind, wußte er schon, was los war. Wir sind so brav empfangen worden, daß ich erst eine Kontoauszahlung von DM. 62,- direkt in die Hand bekam und 2 Straßenbahnfahrkarten umsonst! Eine Woche später hat er mir DM. 760,- für Bekleidung bewilligt, weil er wußte, daß ich mich sonst bei dem Obersten aller Sozialämter der Stadt Köln beschwerte. Und da kriegen die Angst, weil der Oberste eigentlich mit uns arbeitet und ist auch Sozialdezernent der Stadt Köln und SPD-Mitglied."

VORAN: Was hast Du aus den ganzen Erfahrungen gelernt?

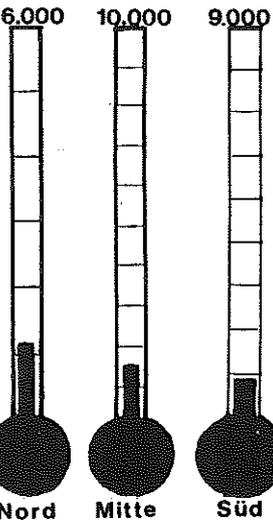
Ich war froh, daß ich die Gruppe kennengelernt habe und ab und zu gehe ich mal hin, um Material aufzuschneiden, um mich besser zu informieren. Dabei ist man stärker, denn man lernt sowieso nie aus. Die Gruppe hat mir insofern geholfen, daß im Gegensatz zu früher, als ich immer von den Sachbearbeitern auf den Behörden für doof gehalten wurde, mich jetzt zum Teil besser in den Sozialgesetzen auskenne als mancher Sachbearbeiter, der hinterm Schreibtisch sitzt."

← Kampfonds →

Guter Start - weiter so!

Bei einer Redaktionsitzung kochte eine Genossin ein schmackhaftes und kräftiges

ZIEL FÜR 1978



Menü für alle und erzielte dabei einen Erlös von weit über 50,- DM. Ein Redakteur hat im Krankenhaus einen halben Liter Blut gespendet, und die 50,- DM sofort für den Kampffond einbezahlt. Viele Genossen landauf landab haben sich bereits zum Blutspenden angemeldet. Bei einer Diskussionsrunde von VORAN-Lesern in Hamburg wurden einmal 33 DM, und ein anderes Mal 45,75 DM eingesammelt.

Die Kapitalisten haben kein Vertrauen mehr in die Zukunft ihrer eigenen Wirtschaft. Viele von ihnen investieren ihr Geld lieber im Ausland oder in irgendwelche völlig unnütze Spekulationsobjekte.

Wir investieren unser Geld in VORAN. Wir wissen, daß unser Geld dort gut aufgehoben ist, weil VORAN Programm und Weg aufzeigt, wie man aus dem kapitalistischen Chaos heraus zu einer neuen sozialistischen Gesellschaftsordnung gelangen kann.

Also Genossen, laßt nicht locker. Laßt nicht nach in der Beharrlichkeit, Mark & Mark zusammenzuliegen, um VORAN zu unterstützen, um mit dafür zu sorgen, daß VORAN noch häufiger und besser erscheinen kann, daß noch mehr Genossen und Kollegen unsere Zeitung kennenlernen und unterstützen werden. Es gibt noch viel zu tun - gemeinsam werden wir es schaffen!

Postcheckkonto Angela Bankert
Postcheckamt Essen
Kontonummer 2422 50 432

den bescheidenen Wohlstand nach dem Zweiten Weltkrieg mit Schwelch und Gesundheit teuer bezahlt. Sie haben in ihrem ganzen Leben die Taschen der Großkonzerne und Grobbanken prall gefüllt und einige Brotkrumen vom Tisch der Bosse erkrämpft. Und jetzt soll den älteren Kollegen und Rentnern selbst die Ruhe eines viel zu kurzen Lebensabends genommen werden? Ganz schlaue Rentnermanager meinen, es sei gerecht, wenn nicht nur die Rentner, sondern alle Arbeiter und Angestellte für das Defizitaufkommen müssen. Gerecht ist weder das eine noch das andere. Gerecht kann nur sein, wenn diejenigen zur Kasse gebeten werden, die sich am Lebenswerk unserer Rentner gesundgestoßen und saniert worden. Die Unternehmer sollen gefälligst das Defizit decken, und soweit rausrücken, daß kein Rentner mehr in bescheidenen, kargen Verhältnissen leben muß. Jeder braucht eine garantierte Mindestrente von 1400 DM, damit der Lebensabend nicht zum Alptraum wird.

Die Unternehmer haben uns mit der Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit beschert, jetzt sind sie an der Reihe, die Folgen zu tragen, und die Suppe auszulöffeln. Wenn sie sich dagegen sträuben, dann bleibt keine andere Wahl, als daß die breite Arbeiterbewegung selbst die Industrie und Wirtschaft in eigene Hände nimmt, diese Schmarotzer auf die Straße wirft und in einer demokratischen Planwirtschaft endgültig mit Arbeitslosigkeit und Existenzangst Schluß macht.

ALTERNATIVE

Die Zusicherung des Bundeskanzlers, auch weiterhin würden zu jedem Monateersten pünktlich die Renten ausbezahlt, kann die Rentner nicht zufriedenstellen. Für Millionen die weit unter 1000 DM Monatsrente beziehen, geht es um jede Mark und bedeutet jede Verringerung des Zuwachses letzten Endes einen Einchnitt in den Lebensstandard. Die heutige Generation der Rentner hat in ihrem Leben zwei verheerende Weltkriege, Hunger und Existenzangst miterlebt, viele haben für

ZÄHER KAMPF DER US - BERGARBEITER

NACH 111 TAGEN GING DER BITTERE STREIK ZU ENDE. DER DRITTE TARIF-VERTRAG, DEN DIE KOHLEBARONE ANBOTEN, WURDE KNAPP (BEI 43 % GEGEN STIMMEN) ANGENOMMEN. ES WURDEN ZWAR NICHT ALLE FORDERUNGEN ERFÜLLT, ABER DIE ERSCHÖPFUNG DER STREIKENDEN WAR SO GROSS, DASS VIELE MIT "JA" STIMMTEN, TROTZDEM LIEFEN IN EINIGEN BEZIRKEN UND ABTEILUNGEN - SO BEI DEN BAUARBEITERN IN DEN KOHLEGRUBEN - DIE STREIKS NOCH WOCHENLANG WEITER, UND SO WURDEN WEITERE ZUGESTÄNDNISSE GEWONNEN.

DIE BERGARBEITER BETRACHTEN DEN STREIK WENIGSTENS ALS TEILSIEG. SIE WAREN IN DIESEN 111 TAGEN IN DER TOTALEN VERTEIDIGUNG GESTANDEN, GEGEN EINE GEMEINSAME FRONT DER GRUBENBESITZER, REGIERUNG, STAAT, PRESSE - UND IHRER EIGENEN GEWERKSCHAFTSFÜHRUNG!

DER STREIK MARKIERT EINEN WENDEPUNKT IN DER GESAMTEN NACHKRIEGSGESCHICHTE DER USA. DIE TOTGESAGTE UMW-GEWERKSCHAFT LEBT - UND WIE!

SICHER WIRD SIE IN DEN NÄCHSTEN JAHREN WIEDER ZU WACHS ERHALTEN. DER HELDENHAFTHEIT STREIK WIRD DAZU BEITRAGEN, DIE REAKTIONÄRE UND MIT DER MAFIA VERFILTZTE BÜROKRATIE ZU STÜRZEN. DIESE IN VIELEN GEWERKSCHAFTEN NOCH VORHERRSCHENDE BÜROKRATIE IST DAS GRÖSSTE HINDERNIS FÜR EINEN WEITEREN FORTSCHRITT DER MÄCHTIGEN US-ARBEITERBEWEGUNG IN RICHTUNG AUF EINE VERÄNDERUNG DER GESELLSCHAFT UND VERTEIDIGUNG DES LEBENSSTANDARDS.

Worum ging es in diesem Streik, der die USA an den Rand des Bürgerkrieges trieb?

"Unser Kampf geht wirklich um Leben und Tod. Ich verhungere oder erfriere lieber, bevor ich die Arbeit unter den Bedingungen wieder aufnehme, die die Bosse wollen. Bald werden wir zu den Gewehren greifen. Meine Frau kann auch schießen, und sie wird mitkommen."



Forderungen

Der Hauptgrund ist nicht eine Lohnerhöhung. Es ist die Verteidigung hart erkämpfter Erwerbungsbedingungen und das Überleben der Gewerkschaft überhaupt. Die Kohlebosse wollen die geltenden Krankheits- und Rentengelder so drastisch zusammenstreichen, daß z. B. Kumpel, die vor 1972 in Rente gegangen sind, nur noch 50% ihrer sowieso nur spärlichen Unterstützung erhalten sollen. In den USA gibt es nämlich keine staatlichen Kranken- und Rentenversicherungen, und so war das Wohlfahrtsystem, das die Bergarbeiter-Gewerkschaft UMW den Bossen vor 30 Jahren abgetrotzt hatte, eine riesige Erwerbungsleistung, die heute in vielen anderen Industriezweigen noch nicht existiert.

Der zweite Streitpunkt ist, daß die Kapitalisten im neuen Tarifvertrag lokale Streiks verbieten wollen. Das führt am 10. Februar - trotz einer angebotenen Lohnerhöhung um 37% - zur Ablehnung des Tarifvertrags durch mehr als 2/3 ihrer Mitglieder.

Als der Streik begann, schienen die Bosse die besseren Karten zu haben. Sie hatten sich schon lange auf die alle drei Jahre stattfindende Tarifrunde vorbereitet und Kohlevorräte angesammelt, die 90 Tage reichen sollten. Doch die Kumpel hielten länger aus - obwohl sie in der Streikkasse keinen Pfennig hatten und von ihrer Gewerkschaft keine Unterstützung erhalten konnten. Nur von Ersparnissen, Krediten und Lebensmittelkarten lobend, begannen sie, in den Städten Geld zu sammeln. Und auf welches Echo stießen sie? Die Farmer, die ebenfalls in einigen Teilen des Kontinents streikten, schickten Wagenladungen voll von Lebensmitteln; Automobilarbeiter aus Chicago organisierten einen Autokonvoi, der nach Illinois fuhr, um den Streikenden Lebensmittel zu bringen, und unterwegs auf Tausende Autos anschwoh, die sich aus Solidarität anschlossen! Der Gouverneur hatte angeordnet, an die Streikenden keine Lebensmittelmarken mehr auszugeben; sie sollten buchstäblich an die Arbeit zurückgehungert werden!

Sicherheit

Für die 165 000 männlichen und die 800 weiblichen Bergleute, die in der UMW organisiert sind, war in den vergangenen Jahren nämlich unter Tage lokale und "wilde" Streiks die einzige Möglichkeit, ihre Situation zu verbessern. Vor allem die Sicherheitsbedingungen in den amerikanischen Zechen sind katastrophal: Seit 1969 sind 1000 Bergarbeiter bei Unfällen gestorben, jedes Jahr hat ein Kumpel die "Chance" von 1:8, bei einem Arbeitsunfall verletzt zu werden. Kein Wunder, daß das Jahr 1977 bis November (vor Beginn des nationalen Streiks) schon 2,3 Mio. Arbeitstage gesehen hatte, die durch lokale Streiks in einzelnen Zechen verloren gegangen waren.

Gesetze

Als der Streik sich dem 100. Tag näherte griff Präsident Carter zum sogenannten "Taft-Hartley-Gesetz", das ihm erlaubt, mit Hilfe eines Gerichtsbeschlusses streikende Arbeiter wieder für 80 Tage an die Arbeit zurückzubehalten. Das Gesetz blieb auf dem Papier stehen, die Kumpel dachten nicht daran, es zu befolgen.

"Wir werden nicht wieder arbeiten, bevor nicht unsere Forderungen voll und ganz erfüllt sind." - "Ich habe 37 Jahre in den Zechen gearbeitet, wo ich mir eine Staublung und zwei Herzinfälle geholt habe. Seit Dezember ist mir - wie 82000 anderen Kumpel - die Rente gestrichen worden. Ich habe nicht mehr viel zu verlieren. ... Ich kann immer noch schießen, und ich bin bereit, mein Leben zu geben, wenn notwendig!" "Wir organisierten jetzt die 2/3 unserer pensionierten Kollegen, die immer noch in der Lage sind, Streikposten zu stehen!" Das sind die Antworten auf die Bedrohung durch gekaufte Gängerbanden, Polizei und Armee! "Die Kohlebosse haben es wirklich mit einem Teufelsgegner aufgenommen", schrieb die Tageszeitung in New York, Mitte Februar mußte in Ohio und Indiana der Energiezustand ausgerufen werden. In West Virginia wurde den Industrieunternehmen 10% ihrer Energielieferungen gekürzt. In Ohio mußte teilweise schon eine 4-Tage-Woche eingeführt werden.

Scheideweg

Nur die Hälfte der US-amerikanischen Bergarbeiter sind in der Gewerkschaft UMW organisiert. Seit acht Jahren ist nämlich der Organisationsgrad von 70% auf 50% gesunken. Der Grund: "Die UMW hat eine Führung die längst nicht mehr die Interessen der Basis widerspiegelt", wie selbst eine stockkonservative Zeitung schreiben mußte. Aber nicht nur in der Kohleindustrie gibt es diese Situation. Der Organisationsgrad der Gewerkschaften insgesamt ist seit dem Krieg von 33% auf 20% aller Arbeiter gefallen. Doch jetzt ist eine riesige Rekrutierungskampagne im Gange, besonders im bisher wenig organisierten Süden des Halbkontinents.

Perspektiven

In den letzten Jahren gab es gewaltige Streikbewegungen auch in anderen Industriezweigen. Auto-, Transport-, Gummi- und Elektrizitätsarbeiter führten zum Teil weite Streiks durch. Doch die amerikanische Arbeiterbewegung hat bis heute noch kein Ausdrück in einer politischen Partei gefunden. So können sich im Kongress zwei bürgerliche Parteien die Pfunde streitig machen, die sich um Jota voneinander unterscheiden. Kein Wunder, daß die Wahlteilnahme bei Präsidentschaftswahlen Mühe hat, die 50%-Marke zu überschreiten. Die meisten Arbeiter bleiben, am Mangel an einer wirklichen Alternative, am Wahlgang einfach zuhause.

Was gebraucht wird, ist eine Arbeiterpartei, die sich aus den Gewerkschaften heraus entwickelt und sich auf diese stützt. Ein solcher Prozess hat sich in Großbritannien vor 80 Jahren vollzogen. Die ersten Schritte sind in Amerika jetzt gemacht. Die Gewerkschaft der Elektriker hat bereits einen Grundsatzbescheid gefaßt, andere Gewerkschaften aufzufordern, mit ihr gemeinsam eine "Labour-Party" ins Leben zu rufen. Eine solche Partei, könnte in wenigen Jahren, rasche anscheitend um Millionen von Arbeitern samt den Unterdrückten farbigen Minderheiten hinter sich vereinigen! In allen Gewerkschaften ist jetzt ein Radikalisierungsprozeß im Gange, der erst aufhören wird, wenn die korrupte Gewerkschaftsspitze, die oft sehr enge Beziehungen zur Mafia unterhält, ihre Posten verloren hat.

In der Zwischenzeit wird der heldenhafte Kampf der US-Kohlenarbeiter ein Meilenstein innerhalb dieser Entwicklung sein!

ITALIEN: Terroristen helfen der Reaktion



Ein Generalstreik zur Unterstützung des Führers der Christdemokraten! Eine fast einstimmige Vertrauenserklärung des Parlaments für eine rechte Regierung, die erst drei Monate zuvor durch gewerkschaftliche Massenunterstützung gestürzt worden war! Unterstützung aller Parteien für tiefgreifende Polizeivollmachten einschließlich Telefonüberwachungen und Blanks-Vollmachten zur Wohnungsdurchsuchung und Festnahme von Personen!

Mit der Entführung des christdemokratischen Parteiführers Moro und ihrer "Kriegserklärung an den Staat" leisteten die "Roten Brigaden" der Reaktion einen Dienst. Die Entführung schockierte Italien, obwohl das Land schon 300 Entführungen seit 1970 und 2000 terroristische Aktionen im letzten Jahr verzeichnen konnte. Die Tat war so perfekt durchgeführt, daß es eine ganze Reihe von Gerüchten gab, welche ausländische Kraft Drahtzieher der ganzen Sache sein könnte.

Ernsthafter müssen wir uns aber fragen: Steckt ein Teil der staatlichen Sicherheitskräfte mit den terroristischen Tätern unter einer Decke? In Italien gab es schon mehr als einmal scheinbar "linkeradikale Terroranschläge", deren eigentliche Urheber faschistische Banditen und Polizeispitzel waren. Es hat sich in der Zwischenzeit herausgestellt, daß die Bombenanschläge von Mailand 1969 das Werk staatlicher Sicherheitskräfte war. Immer wieder haben Generäle und Vorgesetzte des Militärischen Abschirmdienstes in Italien Militärputsche vorbereitet, die aber im letzten Moment aufgrund der Nervosität der herrschenden Klasse abgeblasen wurden. Die Hälfte der

Armeeoffiziere und die meisten Angehörigen des Abschirmdienstes sympathisieren mit der faschistischen Sammlungsbewegung MSI.

Die herrschende Klasse hat von dem Ganzen Entführungsfall Profit!

Die Entführung hat ihr eine Atempause gebracht und einen Vorwand geliefert, um die Arbeiterbewegung in Schach zu halten und die Vollmachten der staatlichen Organe auszubauen.

Auch die Führung der Kommunistischen Partei war eifrig mit bei der Sache, als es darum ging, den Staatsorganen Vollmachten einzuräumen und die demokratischen Grundrechte anzunehmen. Wenig später musste die Partei gegen die Verhaftung mehrerer Mitglieder protestieren, die unter Anwendung dieser Gesetze vorläufig festgenommen wurden.

Ähnlich wie in der Bundesrepublik in dem Fall "Schleyer" nützt die Reaktion in Italien den "Fall Moro" aus, um ihr Stüppchen zu kochen und den Staat für den Einsatz im Innern aufzurüsten.

Marxisten lehnen den individuellen Terror grundsätzlich ab! Nicht die Bomben und Überfälle einiger kleinen Banden können die kapitalistische Gesellschaft abschaffen, sondern einzig und allein die auf der Grundlage eines sozialistischen Programms mobilisierten Arbeiterbewegung. Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selber sein.

Obwohl der "Fall Moro" in den letzten Wochen alles überschattet hat, kann es nicht die katastrophale Krise der italienischen Wirtschaft und Gesellschaft übertünchen. Eineinhalb

Millionen Italiener sind arbeitslos, das sind über 7% der erwerbsfähigen Bevölkerung. Drei Millionen davon sind jünger als 29 Jahre. Eine halbe Million junger Menschen ist auf der verzweifelten Suche nach der ersten Arbeitsstelle.

1977 ging die Industrieproduktion um 13,3% gegenüber der des Vorjahres zurück. Die Kapitalisten sind weiterhin eifrig dabei, ihr Geld ins "sichere" Ausland zu schaffen.

Italien befindet sich seit 10 Jahren fast ununterbrochen im Aufruhr. Die mächtige Arbeiterbewegung hat in wiederholten eintägigen Generalstreiks mit Rekordbeteiligungen bis zu 20 Mio gezeigt, daß sie das kapitalistische Krisenmanagement nicht passiv hinnimmt. Doch anstatt eine unabhängige Arbeiterpolitik zu betreiben, setzt die Führung der mächtigen kommunistischen Partei (1,7 Mio Mitglieder und 34% der Stimmen bei den letzten Wahlen) ihre ganze Autorität ein, um die Arbeiter auf einen "historischen Kompromiß" mit den bürgerlichen Parteien auf die Privatisierung staatlicher Industriezweige, eine rigorose Sparpolitik und eine Stärkung des Staatsapparates festzulegen.

Aber obwohl die Führung der Kommunistischen Partei den Vertretern des Großkapitals wiederholt versichert hat, daß sie nicht vor habe, den Kapitalismus zu stürzen, haben die Kapitalisten Italiens, Europas und der USA bisher alles getan, um eine direkte Regierungsbeteiligung der Kommunisten zu verhindern. Sie haben nicht Angst vor den kommunistischen Führern, sondern vor der geballten Kraft der Arbeiter, die sie "vertreten".

Ein Regierungseintritt der KP wäre für die Masse der Arbeiter ein Signal zu handeln, ein Signal, um in Streiks und Fabrikbesetzungen für alle die Opfer und den Verzicht der letzten Jahre unter christdemokratischer Herrschaft einen kräftigen Nachschlag zu fassen. Die Kapitalisten haben die portugiesische Erfahrung nicht vergessen: Dort hat eine Arbeiterklasse, die viel schwächer und unerfahrenere ist als die italienische, ihre Führer gezwungen, gegen ihren Willen einen Großteil der Industrie und Wirtschaft zu verstaatlichen.

Die terroristischen Aktionen und Moros dramatische Entführung sind noch einmal in der öffentlichen Aufmerksamkeit an die erste Stelle gerückt. Aber es wird nicht gelingen, die Arbeiter von den wirklichen Verbrechen des kapitalistischen Systems und den vor ihnen liegenden Kämpfen abzulenken.

VORAN

VORAN zur sozialistischen Demokratie
Überrationale marxistische Zeitung für
SPD, Juso und Gewerkschaft
Erscheint seit Dezember 1973

Redaktionsanschrift: VORAN
Hammesberger Str. 75
5630 Remscheid

Kontonummer: Postcheckamt Essen,
H. G. Öttinger, 170 20 433

Verantwortlicher Redakteur:
Hans-Gerd Öttinger

HEUCHELEI

Vor fast hundert Jahren, im Frühjahr 1878, bildeten zwei Attentatsversuche auf den Kaiser für das Regime Bismarcks den willkommenen Anlaß, um mit fast beispielloser Demagogie eine allgemeine Stimmung gegen die Arbeiterbewegung zu schüren. Bismarck peitschte im Reichstag das "Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" (Sozialistengesetz) durch, wonach der Sozialdemokratie verboten wurde, Vereine zu organisieren, Druckchriften zu verbreiten und Versammlungen durchzuführen. Heutzutage spielt sich wieder ähnliches ab. Die Reihe von Terrorakten - die Ermordung von Buback und Ponto und die Entführung von Schleyer - in den letzten Monaten, die wir klar ablehnen, sind für Bismarcks heutige politische Nachfahren ebenso ein Vorwand, um die Stimmung gegen Linke und Sozialisten aufzuwecken (das sind sowieso alles "Sympathisanten") und auf noch viel schärfere Gesetze drängen. Und so ist jetzt in der bürgerlichen Öffentlichkeit die Rede davon, daß viel härter durchgegriffen werden sollte. Zum Beispiel durch vereinfachte Post- und Telefonüberwachung, durch verschärfte Demonstrationsrecht, durch die sogenannte "Sicherheitsverwahrung", durch Sondergesetze bis hin zur Todesstrafe. Für viele CDU/CSU-Politiker und ihnen nahestehende Journalisten und Professoren war der Ruf nach Wiederherstellung von Recht und Gesetz naheliegend. Ihre Kommentare trafen nur so von Heuchelei. Und sie, die sie ein angeblich friedliebendes System schützen wollen, müssen sich wohl einer Reihe von Fragen eines lesenden Arbeiters gefallen lassen:

Mit Ponto, Schleyer und Buback haben sie alle Mitleid und tiefe Anteilnahme. Wer von ihnen hat jedoch niemals gefragt, ob nicht etwa Schleyer als früherer Chef bei Daimler-Benz und seine Klasse den frühzeitigen Tod oder körperlichen Ruin von Tausenden, ja Hunderttausenden Arbeitern auf dem Gewissen haben? Dieser Dauerterror ist jedoch kein Nachruf, keine Regierungserklärung wert.

Oder wie steht es mit der Gewalttätigkeit in einer Gesellschaft, die Jahr für Jahr neue und vollkommener wahnwitzige Zerstörungswaffen liefert? Ihr jüngstes Kind - die Neutronenbombe - wurde von der "Welt am Sonntag" ausdrücklich gelobt! Selbst wenn das Ruhrgebiet vorübergehend von feindlichen Truppen besetzt wäre, könnten sie mit N-bomben daraus wieder vertrieben werden! Wo bleibt hier die Rücksicht auf die 8 Millionen Bewohner des Ruhrgebiets? Ist ihr Leben nichts wert?

Die Terroristen müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, daß sie für das kapitalistische System nur ein Alibi besorgen, um den Staatsapparat aufzurüsten und die Gesetze zu verschärfen. Diese ewige Vorsorge zeigt letzten Endes nur, daß sich die herrschende Klasse nicht vor einigen wenigen Terroristen fürchtet, sondern vor dem Widerstand der Arbeiterbewegung gegen ihr Krisendiktat. Sie ist so ein Zeichen der Schwäche des Kapitals und seines mangelnden Selbstvertrauens.

Das Sozialistengesetz wäre im nächsten Jahr hundert Jahre alt geworden. Es kam aber bereits 1890 endgültig zu Fall, und die deutsche Arbeiterbewegung wuchs unaufhaltsam weiter. Ebenso wird die herrschende Klasse in der Zukunft versuchen, mit Gesetzen die Arbeiterbewegung in ihren Freiheiten einzuzengen und einzuschüchtern. Aber diese Gesetze werden ebenso wie das Sozialistengesetz am Widerstand der Arbeiterbewegung scheitern. Denn kein Gesetzesparagraph, kein Unterdrückungsversuch kann letzten Endes den Lauf der Geschichte aufhalten.

UMVERTEILUNGSPOLITIK KEINE LÖSUNG!

In den letzten Sommermonaten hat sich immer deutlicher herausgestellt, daß das Problem der Arbeitslosigkeit beginnt, dauerhaft zu werden. Bürgerliche Politiker sind erstauent und entsetzt darüber, daß die Wirtschaft schon wieder stagniert, daß die Arbeitslosenzahlen auch im Sommer nicht wesentlich gesunken sind und daß alle möglichen Maßnahmen, die Wirtschaft zum Investieren zu bringen, bisher nicht viel genützt haben.

In dieser Situation hat Jochen Steffen die Bundesregierung berechtigterweise gründlich kritisiert, und ihre Unfähigkeit, die Massenarbeitslosigkeit abzumildern und Vollbeschäftigung zu erreichen. Er betrachtet die Arbeit als zentral für die Entwicklung der Preissen und erwartet von unserer Gesellschaftsordnung, daß sie es leistet, allen Menschen Arbeit zu geben. Er kritisiert richtig an ihr, daß sie beim Menschen Unsicherheit erzeugt. Er verlangt ein Umdenken unseres Systems, das heute gegenüber Mensch und Natur inhuman sei, verschwenderisch mit Aufwand und Mitteln, welches die Kleinen unterdrückt und die Großen fördert. Er verlangt mehr Gerechtigkeit und mehr Selbstbestimmung des Volkes.

Kritik berechtigt

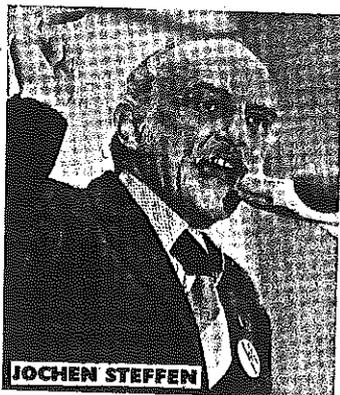
In all dieser Kritik stimmen wir Jochen Steffen voll zu! Er ist einer der wenigen Linken in unserer Partei, die bei Kritik kein Blatt vor den Mund nehmen.

Aber welche Lösungsvorschläge hat er anzubieten?

Er verlangt, daß in unserem Staat eine Veränderung der "Privilegienstruktur" eintreten müsse. Vollbeschäftigung könne erreicht werden, durch Schaffung neuer Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst und Bezahlung dieser Stellen durch Erhöhung der Steuern, besonders der mittleren und hohen Einkommensklassen (Fabrikanten etc.). Dadurch würden Unterschiede abgebaut, was anzustreben sei.

1. Staat und Regierung müssen mehr in Gesellschaft und Wirtschaft eingreifen im Interesse der Bevölkerung.
 2. ... außerdem seien Teilgebiete (besonders der Energiebereich) zu vergesellschaften, um ein Gegengewicht zu multinationalen Konzernen aufzubauen.
 3. und der Staat müsse das Recht haben, im Interesse der Bevölkerung Investitionsgebote auszusprechen zu können.
- Auf der anderen Seite müßten wir aber auch von überhöhten Ansprüchen herunterkommen. Die Überfluggesellschaft gehe ihrem Ende entgegen und wir müßten bereit sein, Abschied zu nehmen von Steigerungen der persönlichen Realeinkommen, um dadurch mitzuhelfen, die zukünftigen Krisen zunächst zu "entschärfen", (aus "Krisenmanagement oder Politik" rororo aktuell).

Können die vorgeschlagenen Maßnahmen zum Erfolg führen? Jochen Steffen hat in seinen Vorschlägen (wie viele Reformisten) völlig die Logik und die Mechanismen des Kapitalismus außer Acht gelassen. Er will auch zunächst die Krisen "entschärfen", (durch welche Maßnahmen, wenn sie dem Kapitalismus innewohnen), Investitionsangebote aussprechen (- an eine private Wirtschaft?), die Großen mehr besteuern (- damit sie etwa noch weniger investieren?) usw. Damit will er zunächst die Auswirkungen des Kapitalismus abschwächen, was unmöglich ist in der Krise! Er will laut "rororo aktuell" erst einmal "den Karren zum Laufen bringen", mehr Selbstbestimmung für das Volk und mehr Gerechtigkeit, um dann später weitere Schritte einzuleiten. Aber genau andersherum muß das Pferd aufgezäumt werden! Alle diese Auswirkungen des Kapitalismus hören



JOCHEN STEFFEN

Weichen Sinn haben ferner Teilvergesellschaftungen, die als Konkurrenz zu den multinationalen Konzernen errichtet werden sollen? Da sie auch im kapitalistischen Umfeld liegen, sind sie gezwungen, genau wie die Multis, den Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus zu gehorchen. Dies bedeutet, daß sie der Marktsituation folgend Arbeiter entlassen oder einstellen, die Arbeitsätze verschärfen, Löhne kürzen und hohe Preise verlangen müßten. Handeln sie nicht nach diesen Prinzipien, so müßten die vergesellschafteten Betriebe vom Staat Zuschüsse kriegen. Dazu hat aber unser hochverschuldeter Staat kein Geld - d. h. also zwischen der Arbeitsweise der Multis und den vergesellschafteten Betrieben befindet sich den letzten kein Unterschied; beide müßten in letzter Konsequenz genauso inhuman sein - unter kapitalistischen Bedingungen wohl gemerkt! Dieses Modell Steffens würde insgesamt also auch keine grundlegende Änderung bringen. Mit einem weiteren Mittel will Steffens versuchen, den kapitalistischen Entwicklungen im

Staats-Betriebe im Kapitalismus

Hinblick auf Umweltverschmutzung und Produktion sinnloser Güter Einhalt zu gebieten. Mit dem Mittel der "Investitionsgebote", das heißt die Unternehmer sollen zu bestimmten Zeitpunkten dahin gebracht werden, in Bereichen zu investieren, die für die Gesellschaft wichtig ist. So will er versuchen, in unsere "freie Marktwirtschaft" Teilmomente der Planung hereinzubringen. Wird die freie Unternehmung sich das gefallen lassen? Wird sie nicht immer Mittel und Wege finden solche Gesetze oder Empfehlungen zu umgehen, z. B. bei den immer stärkeren Zusammenschlüssen trotz der Kartellgesetze? Was man nicht besitzt, kann man nicht kontrollieren! Eine Alternative stellt nur die Verstaatlichung der 100 größten Konzerne unter dem Druck der Mehrheit und die Einführung einer Planwirtschaft unter Kontrolle der Arbeitnehmerschaft dar.

Keine Lohnerhöhungen?

Sämtliche Vorschläge Steffens werden durch seine allerletzte Konsequenz entlarvt: Er bekämpft sich dazu, daß die Arbeiter von der Konsequenz wegkommen müssen, daß sich der Reallohn weiter erhöhen muß. Dies ist eine völlige Anpassung an das Auf und Ab des Kapitalismus. Wenn man berechnet was schon heute

auf dem Boden einer Planwirtschaft möglich wäre (siehe VORAN Nr. 20), dann ist diese Äußerung der reinste Hohn für einen Sozialisten, als den Steffen sich bezeichnet. Wer so etwas sagt, ist nicht mehr weit von der Parole: "Gürtel engerschnallen" entfernt!

Im Endeffekt ist diese Aussage das hilflose Argument eines Reformisten als den er sich ja auch bezeichnet, Reformen aber lassen sich in der Krise des Kapitalismus nicht verwirklichen. Einen Ausweg bietet nur die Überführung der Banken und Schlüsselindustrien in Gemeigentum und die Einführung einer demokratischen Planwirtschaft.

man, wenn sie dem Kapitalismus innewohnen), Investitionsangebote aussprechen (- an eine private Wirtschaft?), die Großen mehr besteuern (- damit sie etwa noch weniger investieren?) usw. Damit will er zunächst die Auswirkungen des Kapitalismus abschwächen, was unmöglich ist in der Krise! Er will laut "rororo aktuell" erst einmal "den Karren zum Laufen bringen", mehr Selbstbestimmung für das Volk und mehr Gerechtigkeit, um dann später weitere Schritte einzuleiten. Aber genau andersherum muß das Pferd aufgezäumt werden! Alle diese Auswirkungen des Kapitalismus hören

Krisen-, "Entschärfung" möglich?

nicht auf, bevor seine Herrschaft nicht grundlegend durch Verstaatlichung der Schlüsselindustrien beseitigt ist! Erst dann ist es möglich, Steffens Vorschläge durchzusetzen! In seinem Vorschlag der Umverteilung durch höhere Besteuerung der Großindustrie hat Steffen folgende Logik des Kapitalismus außer Acht gelassen: Die Konkurrenz zwingt die Industrie immer schneller, billiger zu produzieren! Daher rationalisiert sie und erzeugt so mehr Arbeitslose, jedenfalls in Krisenzeiten, wo sie wegen mangelnden Absatzes und geringerer Profite keine weiteren Investitionen durchführen kann. Durch eine höhere Besteuerung würde sich diese Situation nur noch verschlechtern! Sie würde die Profite mindern, zu weiterer Produktionsverlagerung, weiteren Entlassungen und noch geringeren Neuinvestitionen führen.

Die Regierung ist auch nicht mehr frei, zu entscheiden, wen sie stützen will: die Industrie oder die Bevölkerung. Denn wenn sie nicht grundsätzlich klar mit diesem System bricht, wird sie immer unter dem Druck des Kapitals stehen und den Lebensstandard der Bevölkerung kürzen müssen. Genau diese Politik hat sich ja auch schon in mancherlei Maßnahmen der Regierung deutlich gezeigt, z. B. in der Herabsetzung der Vermögenssteuer.

WER BEZAHLT?

Man sollte meinen, daß die Unternehmer, die am meisten von diesem Staat profitieren auch den größten Teil der Steuern bezahlen. Doch das ist schon seit Jahren nicht mehr so. Während 1967 die Arbeitnehmer mit 20 Milliarden DM Lohnsteuer und 25 Milliarden DM Mehrwertsteuer ca. 45% des gesamten Steueraufkommens zu zahlen hatten, ist es heute so, daß wir mit 80 Milliarden DM Lohnsteuer und 60 Milliarden DM M.WSt. ungefähr 68% der Steuern aufbringen. Die restlichen Steuern (außer KFZ-Steuern vor allem Vermögens- und Umsatzsteuer, die die Bosse zu bezahlen haben) machen vor 10 Jahren noch 55% der Steuern aus, heute sind es nur noch 32%.

Das bedeutet, daß die Bosse heute kaum mehr Steuern zahlen als vor 10 Jahren, während wir heute wesentlich mehr als damals aufzubringen haben. Und daran sind die Bosse schuld! Sie trieben

aus Profitgier die Preise in die Höhe, so daß wir nicht anders können höhere Löhne zu fordern.

ELVIS PRESLEY

"Der Tod von Elvis Presley machte es mir noch mal klar, wie Musik und Kultur die Zustände dieser Gesellschaft widerspiegeln. Denn Elvis war einer der wenigen Großen, die es schafften aufzusteigen und Millionär zu werden, wo aber tausende vergeblich versuchten und noch versuchen, durch einen "Hit" ein (und für alle) mal dem Alltagsleben zu entkommen, mal mehr als ein paar Pfennige auf dem Konto zu haben,

Wenn ich sage, die Musikbranche piglet die gesellschaftlichen Verhältnisse wieder, dann heißt das nicht, daß Elvis mit den Kapitalisten und die zahllosen unbekannt "Sternchen" mit den Arbeitern gleichzusetzen sind. Egal, ob man einen großen oder gar keinen Namen hat - man wird als reine Profitquelle betrachtet, als "Objekt", das man "verkaufen" muß.

Ich habe es schon zweimal erlebt, daß Produzenten mir als unbekanntem Sänger den Himmel auf Erden versprochen, würde ich nur ihren schönen Vertrag unterschreiben - und damit meine sämtlichen Rechte als Mensch aufgeben! Wie du dann dein Haar schneidest (oder ob überhaupt!), mit wem du verkehrst, natürlich auch deine politischen Tätigkeiten - alles ist nicht mehr deine Sache. Denn von dem Augenblick an, wo du deine Unterschrift geleistet hast, hat dich der Produzent in der Hand. Deine künstlerischen Fähigkeiten, deine musikalischen Ideen - alles gehört dem "Boss". Die Musik und die Kunst überhaupt, gehören nicht dem Volke. Auch da herrscht der Markt, auch die sind die Profit-Häse am Werke. Umso schlimmer ist es, wenn man bei Talentshows sieht, wie Hausfrauen, Arbeiter und Arbeiterinnen voller Hoffnung auf die Bühne gehen, um mal endlich den Kampf ums Überleben hinter sich zu lassen. Dabei fallen sie in die Hände noch größerer Ausbeuter.

Elvis hatte es geschafft, er wurde Millionär. An ihm verdienten sich Einige eine goldene Nase. Und jetzt werden noch weitere Millionen aus seinem Tod gemacht. Das ist "das Lied" des Kapitalismus."



HANGEMATTE

Otto Wiesheu, seines Zeichens Vorsitzender der "Jungen Union" Bayern, stellte sich jüngst sorgenvoll die Frage, "ob nicht das Netz der sozialen Sicherheit inzwischen zu einer Hangematte für die Faulen geworden ist" (Vorwärts, 7. 7. 77). Ein Drittel der 1 Million Arbeitslosen in der Bundesrepublik sei in Wahrheit arbeitsunwillig - man könne heutzutage schließlich auch mit Arbeitslosenunterstützung oft besser leben als durch rechtschaffende Arbeit.

Gut für den Jung-Christen, daß er vermutlich in die Verlegenheit kommen wird, von den bestimmlich üppigen Zahlungen des Arbeitsamtes leben zu müssen. Denn Leute seines politischen Zuschnitts sind ja auf absehbare Zeit sicher "vollbeschäftigt" - voll damit beschäftigt, die Demontage des in der Vergangenheit so stolz vorgezögten Sozialstaats zu betreiben.

MARXISTEN GEGEN TERRORISMUS

Der Anschlag auf den BDI-Präsidenten Schleyer wirft einige grundlegende Probleme der Arbeiterbewegung auf. Die Methode des individuellen Terrorismus ist so neu nicht. Schon Marx mußte sich mit "Anarchisten" auseinandersetzen, die glaubten, die Massenaktionen der Arbeiterklasse durch die Chemie der Bombe ersetzen zu können. Heute vergeht wieder kaum ein Tag, ohne daß es irgendwo auf der Welt politische Mordanschläge, Bombenexplosionen oder Entführungen gibt. Die endlose Kette der internationalen Guerillakriege - Baaskische Nationalisten, ETA; die argentinische ERP und die Montoneros; die amerikanische SLA; die irische IRA; die deutsche RAF und die italienische "Proletarische Einheit", um nur einige der bekanntesten zu nennen - waren in den letzten Jahren laufend in den Schlagzeilen.

Der Aufbau eines "anti-terroristischen" Polizeisystems und die Denunzierung aller Linken und Sozialisten als "Terroristen" war eine vorhersehbare Reaktion der herrschenden Klasse. Aber ihr Verdammungsurteil rutscht ihr allzuleicht über die Lippen. Ihr ganzes System ist auf Gewalt und Terrorismus gegen die Völker dieser Welt gebaut. Man braucht sich nur die Barbarei des US-Imperialismus in Südostasien anzusehen - 10% der Bevölkerung Kambodscha wurde ausgeradiert. Dann gibt es das "Internationale Gleichgewicht des Terrors": Wissenschaft und Technik werden benutzt, perfekte Zerstörungswaffen zu entwickeln, - genug um die Erde 100mal hintereinander in ein rauchendes Trümmerfeld zu verwandeln! - während Milliarden unter Hunger leiden. Der letzte "Triumph" menschlicher "Vernunft" auf diesem Gebiet ist die "Neutronenbombe", welche das materielle Eigentum an Häusern, Maschinen und Fabriken weitgehend unbeschädigt lässt, durch ihre Strahlung jedoch alle Menschen innerhalb eines gewissen Umkreises tötet! Aber das abschreckendste Beispiel für die Heuchelei der Herrschenden ist wahrscheinlich Franco, der gegen den "Terrorismus" zu Felde zog, und hunderttausend Arbeiter und Bauern auf den Schlachtfeldern verbluten ließ und das gesamte spanische Volk für 40 Jahre mit seiner eigenen Terror-Diktatur versklavte.

Die Tatsache, daß Gruppen des individuellen Terrorismus in den letzten Jahren wie Pilze aus dem Boden schossen, wieder spiegelt einseitig nur ein Zeichen dieser wachsenden Revolte gegen den Kapitalismus auf Weltbene.

Aber andererseits ist ein Aspekt des Autoritätsverlustes der etablierten Führungen der Arbeiterbewegung, sozialdemokratisch wie kommunistisch, unter Teilen von Jugendlichen, hauptsächlich der kleinbürgerlichen Jugend. Sie haben das Vertrauen in den Willen der alteingesessenen Bürokraten verloren, das System zu ändern. Von ihrem Opportunismus abgestoßen, suchen sie einen Schleichweg und verzetten sich in Einzelgefechten mit dem Staatsapparat, weil sie nicht fähig sind, geduldig in der breiten Arbeiterbewegung für ein echtes sozialistisches Programm zu werben. Doch haben ihre Taten den gegenteiligen Effekt als den Erwünschten. Abgestoßen von Terrorakten und Mordanschlägen, die sich auch noch ein sozialistisches Deckmäntelchen umhängen, könnten die Arbeiter eher in die Arme reaktionärer Demagogen getrieben werden. Unter dem Vorwand der "Terroristenbekämpfung" wird der Staatsapparat ausgebaut, werden neue schärfere Gesetze verabschiedet, die später gegen die breite Arbeiterbewegung selbst eingesetzt werden sollen.



INDIVIDUELLER KAMPF

"Terroristen sind Liberale mit Bomben." Diese Feststellung trifft den Punkt haargenau. Liberale wie Terroristen gehen davon aus, daß Handlungen einzelner Personen entscheidend zu Veränderungen beitragen können! Die einen mit Hilfe von Bomben, andere vom Ministerbüro aus. Jedoch "die Befehle der Arbeiter selbst kann nur das Werk der Arbeiter sein", wie ein altes Arbeiterlied richtig sagt. Terroristen haben mit der Arbeiterbewegung nichts gemeinsam. Die sozialen sozialen Verbesserungen, die die Arbeiterbewegung erkämpft hat, wie z. B. den 8-Stunden-Tag, werden nur durch gemeinsame, organisierte, bewußte Massenaktionen des Proletariats möglich.

Jedoch, um einen prominenten Beamten oder Großkapitalisten zu ermorden, braucht niemand die organisierten Massen hinter sich. Das Rezept für Explosivstoffe ist für jeden erhältlich, Browning-Revolver kann sich jeder anschaffen. Im ersten Fall findet ein gesellschaftlicher Kampf statt, der das gesamte System bedroht; im zweiten ist es nur eine rein mechanische Reaktion auf schlimme Übel, sehr beeindruckend zwar durch ihre äußere Form (Mord, Sprengstoffanschläge usw.), aber absolut harmlos, was das gesellschaftliche System betrifft.

"Ein Streik, selbst der kleinste, hat enorme gesellschaftliche Konsequenzen: er stärkt das Selbstbewußtsein der Arbeiter, wirbt neue Gewerkschaftsmitglieder und hat nicht selten sogar eine Erhöhung der Produktivität zur Folge. Die Ermordung eines Fabrikbesitzers ist in erster Linie eine Frage für die Polizei und höchstens den Eigentümer aus." "Ob ein terroristischer Anschlag die herrschende Klasse in Angst und Schrecken versetzt, hängt von den näheren Umständen ab. Wenn dies der Fall ist, dann nur für kurze Zeit. Der kapitalistische Staat ist nicht auf Einzelpersonen und Einzelminister aufgebaut, und kann mit ihnen nicht vernichtet werden. Die Klassen, denen er dient, werden immer wieder neue Leute anwerben; der Mechanismus bleibt intakt und funktioniert weiter." "In unseren Augen läßt der individuelle Terror nur die Rolle der Massen in ihrem eigenen Bewußtsein gering erscheinen, bestärkt sie in ihrem Machtlosigkeitsgefühl und richtet ihre Augen und Hoffnungen auf den großen Rächer

und Befreier, der eines Tages kommen und seine Mission vollenden wird." "Wenn es genügt, sich mit einer Pistole zu bewaffnen, um sein Ziel zu erreichen, warum dann die Mühen des Klassenkampfes auf sich nehmen? Wenn man den Feind nur erschließen braucht, warum dann Klassenorganisationen? Wenn man hohe Persönlichkeiten durch Explosionen erschrecken kann, weshalb dann eine Partei? Warum Versammlungen, Massenagitation und Wahlen, wenn man so leicht die Ministerbank von der Zuschauertribüne im Parlament aus unter Beschuß nehmen kann?" "Die anarchistische 'Propaganda der Tat' hat bisher jedesmal gezeigt, daß der Staat viel reicher an Mitteln zur physischen Zerstörung und mechanischer Unterdrückung ist, als jede der terroristischen Gruppen."

Diese Worte schrieb Leo Trotzki vor dem ersten Weltkrieg in dem theoretischen Monatsorgan der österreichischen Sozialdemokratischen Partei, "Der Kampf". Sie waren damals gegen die Taktik der russischen Sozialrevolutionäre gerichtet, haben aber wohl kaum etwas an Aktualität verloren.

ARGENTINIEN

Zweifelloso setzen sich die Stadtguerillas in Argentinien, ERP und Montoneros, aus selbstopferungswilligen Gegnern des Großgrundbesitzes und des Kapitalismus zusammen. Aber der "Weg zur Hölle ist mit guten Vorsätzen gepflastert"! Wenn auch ohne es zu wollen, haben sie doch eine verhängnisvolle Rolle für den Verlauf der argentinischen Revolution gespielt. So organisiert sie eine Terrorkampagne gegen die Junta, die 1973 durch eine Neuaufgabe des Peronismus ersetzt wurde. Allerdings wären es nicht ihre Anschläge, sondern die Massen-

In dieser Krise muß sich die SPD endlich...

... AUF KARL MARX BESINNEN! EINEN MITTELWEG GIBT ES NICHT!

Bundesregierung, Wirtschaftsinstitute und der Sachverständigenrat der sogenannten "Fünf Weisen" haben sich wieder einmal grob verhasst. - zum wievielten Mal eigentlich? - und mußten ihre Prognosen über die Entwicklung der bundesdeutschen Wirtschaft inzwischen erheblich nach unten korrigieren. Überall herrscht Ratlosigkeit vor; vom lange beherrschenden Aufschwung ist kaum noch die Rede: Er ist bereits wieder ins Stocken gekommen, bevor er richtig begonnen hatte. Der Tiefpunkt der Wirtschaftskrise von 1974/75 liegt schon zweieinhalb Jahre zurück, und die Aussichten für die Konjunktur sind in der BRD wie international schon wieder - man könnte auch sagen immer noch, ausgesprochen düster.

Sinkende Wachstumsraten

Die jetzige wirtschaftliche Gesamtlage ist auch für uns als das ehemalige "Musterland" des Kapitalismus viel ernster geworden. Ein Vergleich mit der Flaute von 1966/67, die noch relativ schwach war und auf wenige kapitalistische Länder beschränkt blieb, zeigt: 1969, also ebenfalls zweieinhalb Jahre nach dem Tiefpunkt der damaligen Krise, war die Arbeitslosigkeit in der BRD so gut wie ganz beseitigt (180 000), und man verzeichnete ein Wirtschaftswachstum von 8%. In die sem Jahr jageten - zwei Jahre nach der Krise 1974/75 - wird die Wachstumsrate noch nicht einmal 5% erreichen, die Arbeitslosigkeit im Monatsdurchschnitt wird erneut klar über 1 Million liegen.

Ist das Wachstum im zweiten Quartal dieses Jahres sogar fast vollständig zum Stillstand gekommen. Die Bestellungen bei der Industrie sind in den letzten Monaten zurückgegangen, besonders von ausländischen Auftraggebern. Im ersten Halbjahr sind mehr Unternehmen zusammengebrochen (4907) als im vergleichbaren Zeitraum der Rezessionsjahre 1974 (3521) und 1975 (4481).

Das IFO-Institut für Wirtschaftsforschung errechnete, daß zur Wiederherstellung einer annähernden Vollbeschäftigung eine Zunahme des Bruttosozialprodukts von jährlich mindestens 6% (über mehrere Jahre) notwendig wäre. Diese Möglichkeit ist jedoch absolut ausgeschlossen in Anbetracht der langfristigen Abschwächung des Wirtschaftsabschwungs, die für die BRD seit Beginn des langen Nachkriegsaufschwungs zu verzeichnen ist:

Perioden	Reales Wachstum des Bruttosozialprodukts in %
1950 - 54	+ 8,7
1955 - 59	+ 6,7
1960 - 64	+ 5,3
1965 - 69	+ 4,2
1970 - 74	+ 3,6
1975 - 77	+ 2,3
(Jahresdurchschnittlich)	

Quelle: Vorwärts, 7. 7. 77

Der Trend zeigt eindeutig abwärts; die Möglichkeiten, auf kapitalistischer Grundlage für die Masse der Bevölkerung genügend Arbeitsplätze und einen steigenden, ja sogar nur gleichbleibenden Lebensstandard bereitzustellen, sind vorbei. Die unvermeidliche Krisenhaftigkeit dieses Wirtschaftssystems ruft sich unmißverständlich in Erinnerung zurück; die traurigen Zustände der 20er und 30er Jahre mit ihrer Massenarbeitslosigkeit, der Verelendung von Millionen werden erneut zur schrecklichen Drohung für die arbeitende Bevölkerung.



Investitionen

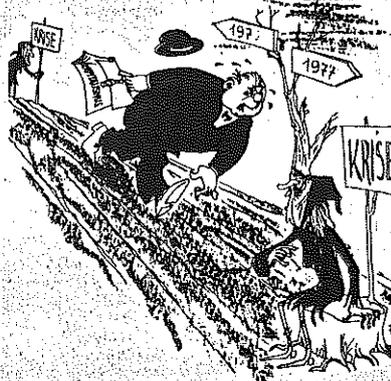
Die düsteren Aussichten für die wirtschaftliche Entwicklung, national wie international, haben auch die Unternehmer zunehmend verunsichert. Ihr System ist auf ständige Ausdehnung und ungebremste Wachstumsmöglichkeiten angewiesen. Sonst bleiben sie auf ihren Waren sitzen, treiben sich gegenseitig in den Ruin, schränken ihre Investitionstätigkeiten ein und stoßen das ganze Land in die Krise.

die Taschen der Unternehmer geflossen sind, wurden bisher erst 8 Mrd. DM ausgenutzt. Man kann eben in der viel gepriesenen "freien Marktwirtschaft" die Pferde (sprich: Unternehmer) zwar zum Wasser führen, nicht aber zum Saufen (sprich: Investieren) zwingen! Die Kapitalisten handeln sogar im Sinne ihres Systems völlig vernünftig, wenn sie bei gesunkenen Profitraten, und einer unberechenbar gewordenen Zukunft auf Erweiterungsinvestitionen verzichten.

Tiefes Dilemma

Nun hat es sicher im Gefolge der Krise von 1974/75, begünstigt durch die Politik der Bundesregierung eine gewisse Erholung der Profite gegeben, jedoch waren die Profitbedingungen insgesamt keineswegs mit denjenigen früherer besserer Jahre vergleichbar. Deshalb versucht das Kapital (in allen westlichen Ländern), zur Verbesserung seiner angrenzenden Profitraten die Löhne der Arbeiterklasse zu drücken, sowie die Produktivität durch Rationalisierungen und verstärkte Arbeitsetze zu erhöhen.

Aber für Investitionen in neue Fabriken und Maschinen genügt den Unternehmern nicht nur eine angemessene Profitrate. Ebenfalls müssen ausreichende Arbeitsmärkte vorhanden sein, auf denen die zusätzlichen Produkte gewinnbringend verkauft werden können. Nun führen aber die Versuche, die Profitrate durch Lohnkürzungen und erhöhte Arbeitslosigkeit zu steigern, andererseits zu einer Senkung der Kaufkraft der Bevölkerung. So stecken die Kapitalisten in einem tiefen Dilemma: Gelingt es ihnen nicht, den Lebensstandard der Arbeiterklasse drastisch zu senken, dann reicht die Profitrate nicht aus, Gelingt es ihnen jedoch, dann fällt die Kaufkraft der Bevölkerung.



Die Investitionstätigkeit der westdeutschen Wirtschaft - Symbol für Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und internationale Konkurrenzfähigkeit - ist schon seit Anfang dieses Jahrzehnts beständig zurückgegangen; die gegenwärtig zu beobachtende leichte Belebung dient überwiegend der Rationalisierung und keineswegs der Erweiterung der Produktion. Selbst von den 30 Mrd. DM, die in den letzten Jahren durch die Investitionsprogramme in



Die prominentesten Vertreter des deutschen Terrorismus:
Ulrike Meinhof †, Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Jan Carl Raspe

gezielt gegen einzelne herausragende Kapitalisten (wie wenigstens beim klassischen russischen Terrorismus) sondern gegen die jeweilige gesamte Bevölkerung, die zufällig mit der Geburt den Stempel einer bestimmten Konfession trug.

Selbst die Entführung von Herema, einem Kapitalisten, hat der irischen Arbeiterbewegung auf keine Weise nach vorne geholfen. Im Gegenteil - sie trieb die Arbeiter zurück in die Arme ihres Bosses! 6.000 Beschäftigte seiner Fabrik marschierten einige Tage nach seiner Entführung durch Limerick, mit Spruchbändern "Laßt unseren Boss frei!", "Jobs, nicht Gewalt!" "Dr. Herema ist ein Mitarbeiter!", usw. Und dies war eine Belegschaft, die in der vorhergehenden Periode in unzähligen Kämpfe, Streiks, Bummelstreiks und Überstundenverweigerung verwickelt war!

Andererseits wurden die Terrorakte als Vorwand benutzt, um das "Terror-Verhütungs-Gesetz" durchzusetzen. Wie abzusehen, wird es heute hauptsächlich gegen kämpfende Arbeiter eingesetzt, z. B. um kämpferische gewerkschaftliche Vertrauensleute aus England abzuweisen, weil sie irländischer Abstammung waren, obwohl sie nachweislich keine Verbindung zu Terrororganisationen hatten.

Polizisten betroffen. Diese Gesetze wurden schon benutzt, Wohngemeinschaften, linke Buchhandlungen und Verlage offiziell zu durchsuchen und zu demolieren! Bei politischen Schulungen in der Bundeswehr werden die Jungsozialisten schon als "verfassungsfreundlich" dargestellt.

ARBEITERBEWEGUNG

Die Methoden des Terrorismus sind nicht die Methoden der Arbeiterbewegung. Individueller Terror dient nur der Reaktion. Jeder kann ihn ausüben, "Linke" wie Faschist. Die italienischen Faschisten haben sich schon mehrfach als "linke" Terroristen ausgegeben - kein Wunder, wissen sie doch, daß es ihren Zwecken dient.

Wir lehnen solche Methoden schärfstens ab und dies nicht aus pazifistischen Gründen! Die Arbeiterbewegung hat ihre eigenen Kampfmittel, die sich in der Vergangenheit als viel effektiver erwiesen haben als die individuellen "Heldentaten" Einzelner, die anstelle der Klasse handeln wollen.

Ermondungen einfacher Soldaten und Polizisten treibt große Teile von Polizei und Armee höchstens in die Arme der Reaktion. Die Aufgabe der Arbeiterbewegung ist es jedoch, diese Leute politisch zu gewinnen, so daß sie nicht mehr gegen Streikende eingesetzt werden können.

Der Weg zum Sozialismus braucht nicht gewaltsam zu sein. In den nächsten Jahren werden uns bestimmt viele kollektive Kämpfe zur Erhaltung des Lebensstandards bevorstehen. Das kapitalistische System kann die Erhaltung unserer Realöhne in der Krise nicht mehr garantieren. Viele haben zwar noch Illusionen. Falls jedoch die Sozialisten und Marxisten in den nächsten Jahren geduldig weiterarbeiten, können sie mit dem richtigen Programm die Grenzen dieses Systems nicht durchbrechen.

Die deutsche Arbeiterbewegung ist mächtig und wacht eben erst aus ihrem Winter (= Nachkriegsaufschwung-) Schlaf auf. Falls die 8 Millionen Gewerkschaftsmitglieder, zusammen mit ihren Familien die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung, erst einmal in Bewegung kommen, kann keine Macht der Erde, erst recht kein reaktionärer Gesetzestext, sie stoppen.

Je größer und machtvoller diese Mobilisierung wird, umso friedlicher wird der Übergang der Gesellschaft zum Sozialismus in möglich sein. Dann wird der kraftlose Terror, Ausdruck von Ungeduld und Verzweiflung, auf dem Müllhaufen der Geschichte landen, ...

bewegung der Arbeiterklasse in den Jahren zuvor, welche die Diktatur stürzen ließ! Nicht aus Angst vor den Guerillas sondern aus Furcht vor der Arbeiterbewegung wurde Person wieder ins Amt gehoben, der aus besonderen historischen Gründen einen enormen Einfluß auf die Arbeiterbewegung hatte, den er nutzte, um die Bewegung zu bremsen.

ERP und Monteneros unternahmen spektakuläre Entführungen. Zwei bekannte Manager, die Brüder Born, kamen nur gegen ein Lösegeld von 60 Millionen US-Dollar wieder frei. Außerdem mußten in den Elendsvierteln "zur Strafe" Kleider und Nahrungsmittel im Wert von 1 Mill. Dollar an die Armen verteilt werden.

Taten wie diese zeigen, wie groß die Kluft ist, die Marxismus und Terrorismus trennt. Der Marxismus sieht die Aufgabe des Klassenkampfes darin, die Wurzel von Ausbeutung, Elend und Armut zu vernichten - durch die Enteignung der privaten Produktion und den Aufbau einer demokratisch geplanten Wirtschaft. Die Guerillas gleichen Robin Hood: Er überfiel die Reichen, um den Armen zu geben. Das System bleibt erhalten, es soll nur "umverteilt" werden. Sie suchen nur "Entschädigung", "Strafe" für die Verbrechen des Kapitalismus gegen die Massen.

1974 begannen die argentinischen Guerillas wieder mit Mordanschlägen gegen Armeegeneräle, bekannte Polizei-Folterer, usw. Dies diente als Vorwand für die Konterrevolution, ihre Kräfte zu sammeln.

Jedoch noch vor dem Putsch General Videlas war es ein Generalstreik der Arbeiterklasse, der eine Lohnerhöhung von 100% brachte - mehr als alle Robin-Hood-Spielchen zusammen! Diese großartige Bewegung zerschellte, weil es keine marxistische Strömung gab, die die Massen um ein gemeinsames Klassenprogramm sammeln und sie zur Machteroberung hätte führen können.

Stattdessen wurden große Teile der hervorragenden revolutionären peronistischen Jugend in den Bannkreis der Guerillas gezogen, wo sie ihre Kräfte verstellten. Bis sich die argentinische Arbeiterklasse von ihrem Rückschlag erholen und den Kampf gegen die Diktatur wieder aufnehmen wird, werden wieder einige Jahre vergehen.

IRLAND

Genauso katastrophale Folgen hatte die terroristische Taktik der IRA in Irland. Im Norden hat ihre anti-protestantische Kampagne nur den Riß noch verbreitert, der vor Jahrhunderten schon vom britischen Imperialismus nach dem Motto "Teile und Herrsche" geschaffen worden ist. Obwohl es heute kaum noch Unterschiede im Lebensstandard protestantischer und katholischer Arbeiter gibt, hat die IRA-Politik zur Entstehung neuer, paramilitärischer Organisationen auf protestantischer Seite geführt. Unter den ausgebombten Opfern waren viele Arbeiter, protestantische sowie katholische.

Zeitweilen richtete sich der Terror nicht mehr

DEUTSCHLAND

Bei uns haben die Aktivitäten von Baader-Meinhof, RAF, usw. zu denselben Reaktionen der herrschenden Klasse geführt. Die Ermordung des Richters von Drenkmann, Generalbundesanwalts Buback, des Bankiers Ponto und die Entführung von BDI-Präsident Schleyer haben das System nicht einmal zum



Wanken gebracht. Im Gegenteil, es führte zur schärfsten Gesetzgebung seit Jahrzehnten - mit Unterstützung der überwältigenden Mehrheit der Arbeiterklasse! Waren doch bei Kaufhausbrandstiftungen, Banküberfällen und Bombenanschlägen vor allem einfache Leute, Arbeiter, Hausfrauen, Angestellte, Soldaten und

Abhängigkeit vom Weltmarkt

Einen Ausweg gibt es für den einzelnen Kapitalisten nur, wenn es ihm gelingt, seinen Absatzmarkt auf Kosten der Konkurrenz zu vergrößern, seinen Marktanteil durch Verdrängung schwächerer Unternehmen auszuweiten. Ähnliches gilt für die Kapitalistenklasse eines einzelnen Landes insgesamt: die Strategie der Lohnkürzungen könnte vorübergehend funktionieren, wenn es gelänge, den Exportanteil eines Landes am Weltmarkt auf Kosten seiner Rivalen zu erhöhen.

Gerade für die Bundesrepublik ist ein extrem hoher Exportüberschuß in der Vergangenheit stets die Garantie für einigermaßen wirtschaftliche Stabilität gewesen. Andererseits macht ihre Exportstärke die westdeutsche Wirtschaft im hohen Maße abhängig von der Entwicklung der Weltwirtschaft, die zunehmend von Krisenerschütterungen bestimmt wird. Vor die dem Hintergrund müssen die Aussichten für die Wirtschaft in der BRD gesehen werden. Auf kapitalistischer Grundlage kann es für die arbeitenden Menschen nur eine Perspektive geben: Zunehmende Massenarbeitslosigkeit und verschärfte Angriffe auf ihren Lebensstandard! Es gibt auch keinen bequemen Mittelweg, der die Folgen der Krise des Kapitalismus beseitigt, ohne dessen Grundlagen infrage zu stellen. Denn die gegenwärtig auftretenden Probleme wie Massenarbeitslosigkeit, Reallohnkürzungen, Abbau von Sozialleistungen, usw. sind ja ein notwendiges Ergebnis einer auf Privateigentum und Profit beruhenden Wirtschaftsordnung.

Karl Marx hat die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus schon vor über hundert Jahren aufgezeigt: seine Analyse ist aber vor dem Hintergrund des langanhaltenden Nachkriegsaufschwungs bei vielen Linken teilweise in Vergessenheit geraten.

Die Wirtschaftskrise ist auch durch Teilmaßnahmen innerhalb der kapitalistischen Ordnung nicht in den Griff zu bekommen. Ein solcher Versuch ist leider kennzeichnend für diejenige Strömung unter linken Wissenschaftlern, Gewerkschaftern und SPD-Leuten, die ihre Geheimpredigten zur Wirtschaftspolitik der Bundesregierung in Form von "Alternativgutachten" veröffentlicht haben: zum ersten Mal Ende 1975 und dann erneut im April dieses Jahres (unter ihnen Jörg Hüfchschmid, Gerhard Kade, Detlev Albers und mehrere bekannte Wirtschaftler des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften, WSI).

Natürlich ist ihnen in ihrer scharfen Kritik an der bisherigen Politik der Bundesregierung voll zustimmen; ebenfalls muß klar herausgestellt werden, daß sie eine Bewältigung der Probleme im Interesse (und nicht auf dem Rücken) der breiten Mehrheit der Bevölkerung anstreben. So wenden sie sich eindeutig gegen jede Senkung des Lebensstandards und fordern die Verwirklichung des Rechts auf Arbeit.



Aber in offener und solidarischer Weise muß die Frage gestellt werden, ob die in dem Alternativgutachten vorgeschlagenen Maßnahmen die Probleme wirklich an der Wurzel packen. So wird einerseits ein massives staatliches Ausgabenprogramm und der Ausbau des Personalbestandes im Öffentlichen Dienst gefordert, was keineswegs einen einschneidenden Bruch mit der herkömmlichen Wirtschaftspolitik darstellt: Diese Vorschläge entsprechen im Wesentlichen der bisherigen Ankurbelungsstrategie, der sich jetzt auch die Bundesregierung erneut zuwendet - wenn auch in geringererem Umfang und bei gleichzeitiger Umverteilungspolitik zugunsten des Kapitals. (Vgl. den Artikel auf Seite 1 dieser Ausgabe) Eine solche Politik der Nachfragebelebung konsequent angewandt, würde bedeuten, die Inflation erneut anzuhetzen!

Massive Eingriffe des Staates möglich?

Auf der anderen Seite wollen die Verfasser des "Gegengutachtens" schon erheblich über die bisherige Ankurbelungs-Politik hinausgehen. Die Vergabe der öffentlichen Aufträge und Investitionshilfen an die Privatwirtschaft

soll mit der Erfüllung weitgehender Auflagen verbunden werden. So soll es den Firmen verboten werden, beispielsweise Überstunden machen zu lassen oder Sonderschichten zu fahren, um sie zu Neueinstellungen zu zwingen. Demgegenüber bleibt es aber eine Tatsache, daß die Regierung in einer "freien Marktwirtschaft" keinen Unternehmer zwingen kann, bestimmte Investitionen vorzunehmen, zusätzliche Personal einzustellen oder irgendwelche Auflagen zu erfüllen. Für Kapitalisten ist einzig und allein der Profit entscheidend. Sind aber öffentliche Aufträge bzw. Investitionshilfen wegen der mit ihnen verbundenen Auflagen nicht attraktiv, kann an ihnen nicht genügend verdient werden, dann werden sie eben nicht wahrgenommen.

Am deutlichsten wird der illusionäre Charakter derartiger Maßnahmen am vorgeschlagenen Instrument der Preiskontrollen: wird denn ernsthaft davon ausgegangen, daß sich die Unternehmer solche weitreichenden Eingriffe in ihre freie Entscheidungsgewalt bieten lassen? (Im Übrigen stellt sich natürlich die Frage, ob ein kapitalistischer Staat überhaupt zu solchen Eingriffen bereit wäre. Ist es nicht die von Detlev Albers (einem der Gutachter) vertretene "Stamokap"-Theorie, die davon ausgeht, daß man an den bürgerlichen Staat keine Forderungen stellen könne, bei deren Erfüllung er seine eigene kapitalistische Basis angreifen müsse?)

„Verstaatlichungen – erst später“

Deshalb liegt die einzige Möglichkeit, Investitions- und Wirtschaftsaufbau vernünftig zu planen und dadurch die wirtschaftlichen Probleme zu lösen darin, die Schlüsselindustrien, Banken und Versicherungen der privaten Verfügungsmacht zu entreißen. Dazu allerdings können sich die linken Gutachter für den Augenblick noch nicht durchringen. Schon in ihrem ersten Gutachten stellten sie fest: "kurzfristig realisierbare Alternativen einer wirksamen und sozialen Politik zur Bekämpfung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise bestehen weder in der Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln noch in einer Aufhebung des Marktes ..."

Dementsprechend nehmen sie Zuflucht in die oben angedeutete kurzfristig angelegte Politik der Nachfrageankurbelung, verbunden mit staatlichen Auflagen und Kontrollen gegenüber der Privatwirtschaft. Doch diese Politik ist ein Irrweg! Teilweise greift sie auf Maßnah-

men bürgerlichen Wirtschafts-Theorien zurück, teilweise versteigt sie sich zu illusionären Vorstellungen hinsichtlich der Steuer- und Kontrollierbarkeit einer Privatwirtschaft durch den Staat. Es gibt jedoch in der derzeitigen tiefgreifenden Wirtschaftskrise des kapitalistischen Systems keinen bequemen und ... praktikablen Weg für eine relativ kurzfristige Beendigung der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit!



Die Gutachter bemühen sich, innerhalb des marktwirtschaftlichen Systems zu argumentieren, verlangen sich dabei aber zwangsläufig in den Netzen des Kapitalismus. Das wird deutlich, wenn sie zugestehen, ihr Programm sei vor allem deshalb unzulänglich, weil damit noch nicht das Problem des weiteren wirtschaftlichen Wachstums gelöst werde. Die Einsicht in die Notwendigkeit von Verstaatlichung und demokratischer Planwirtschaft wird dann letztlich auch im Alternativgutachten - wenn auch lediglich in langfristiger Sicht - deutlich an folgender Argumentation: "Wenn sich - wie zu vermuten steht - allerdings herausstellen sollte, daß auch die vorgeschlagenen Maßnahmen nicht ausreichen, wird man einen Schritt weitergehen und die wichtigsten Schlüsselbereiche... der privaten Verfügung entziehen müssen."

Warum so unzulänglich? Wenn schon jetzt "zu vermuten steht", daß die vorgeschlagene Alternativstrategie unzureichend sein wird, warum dann überhaupt diese Vorschläge? Warum dann noch erst die Illusion bestärken, die Probleme ließen sich bequem, d. h. ohne Bruch mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem lösen?!

Studenten...

Die Krise der Wirtschaft hat auch die Arbeiter der BRD zum spontanen Handeln gezwungen. 1973 sahen wir eine riesige Welle inoffizieller Streiks. Die Gewerkschaften erleben einen enormen Mitgliederzuwachs. Die Gewerkschaftsführer stehen unter starkem Druck der Basis, bei den Tarifverhandlungen nicht von den Forderungen der Kollegen runterzugehen. Diejenigen Arbeiter, die bereits in der SPD organisiert sind, begannen jetzt damit, in Diskussionen, Anträgen und Resolutionen ihre Unzufriedenheit mit der Politik ihrer Führung auszudrücken. Die Parteibasis wird in Zukunft dies verstärken.

Auf der Grundlage einer Fehleinschätzung der tatsächlichen Lage geschieht es dann oft, daß Tausende radikalisierte Studenten in den Sumpf kleinbürgerlichen Sektierertums geraten und Jahre brauchen werden, um sich von diesem gefährlichen Gift der Sekten zu befreien.

LEHREN DES SDS

Zunächst einmal müssen wir grundsätzlich aus den Erfahrungen des alten SDS lernen. Der SDS mußte letzten Endes deshalb scheitern und sich in die zahlreichen heutigen Sekten auflösen, weil er unter den starken Einfluß von "neo-linken" Theorien geriet, die sich innerhalb der Linken während des starken wirtschaftlichen Nachkriegsaufschwungs entwickelten.

Marcuse, Adorno, Lefebvre und Mandel lehrten die radikalisierten Studenten, daß der "Neo-Kapitalismus" Wege gefun-

den habe, um alle Krisen in der Zukunft zu vermeiden, und daß die Arbeiterklasse als passiver Konsument in die "Überfließgesellschaft" integriert sei. So schreiben die SDS-Vorbilder die Arbeiterklasse als revolutionäre gesellschaftliche Kraft ganz ab und suchten stattdessen ihre "Helden" in den Führern der Befreiungskämpfe in der Dritten Welt, die sich vor allem auf das Bauerntum stützten. Die konkreten Auswirkungen dieser Theorien waren, daß der SDS die Studenten als Hauptträger der revolutionären Bewegung ansah und sich völlig von der Arbeiterklasse isolierte. Dies war verhängnisvoll.

Aus all diesen Erfahrungen müssen die sozialistischen Studenten die richtigen Konsequenzen ziehen. Die pauschale Denunzierung der SPD-Führer als "Verräter" oder "Sozialfaschisten" ist die verbrecherischste und verkehrteste Konsequenz und kann nur, wie 1932/33, die Arbeiterklasse spalten.

Die Geschichte der SPD zeigt, daß die Führung schon immer die Tendenz gehabt hat, sich von der Basis abzuheben. Sie war materiell stets besser gestellt und hat, das müssen wir offen sagen, in entscheidenden historischen Momenten falsch gehandelt, etwa als sie 1914 die Kriegskredite bewilligte oder als sozialdemokratische Polizeipräsidenten zwischen den beiden Weltkriegen sich unter der Parole "Einer muß der Bluthund sein" zu Polizeiaktionen gegen die Arbeiter hergaben. Es war auch die SPD-Führung, die durch die Bewilligung der Notstandsgesetze 1968 staatliche Gewaltmaßnahmen gegen "politische Streiks" der Gewerkschaften gesetzlich verankerten.

Die heutige sozialistische Studentenbewegung in der BRD muß sich über die Irrtümer des alten SDS im Klaren sein. Wir wollen die Rolle der Studenten nicht unterschätzen. Wenn die sozialistisch orientierten Studenten aber wirklich eine Rolle bei der Erklämpfung des Sozialismus spielen wollen, so müssen sie sich auf der Grundlage eines kämpferischen Aktionsprogramms zusammenschließen, das die Tageskämpfe um bessere Lebensbedingungen mit einer politischen Persoektive verbindet und die führende Rolle der Arbeiterklasse anerkennt. Keinesfalls dürfen wir jedoch der DKP-Ideologie aufsitzen, daß die Arbeiterklasse im Bündnis mit "progressiven" Kapitalisten oder gar Ex-Faschisten (wie in Spanien) siegen könnte. Eine "demokratische" Volksfront hat stets zur Niederlage geführt.

Wenn wir verhindern wollen, daß in den zukünftigen Jahren wieder die Führung einer Arbeiterpartei in entscheidenden Momenten gegen ihre eigene Basis handelt, so müssen wir heute gemeinsam mit der sozialdemokratischen Basis dafür kämpfen, daß kein Funktionär mehr verdienen darf als ein durchschnittlicher Facharbeiter; wir müssen gemeinsam mit den aktiven Gewerkschaftlern und Sozialdemokraten auf der Grundlage eines sozialistischen Programms für eine absolute SPD-Mehrheit kämpfen, so daß die SPD-Führung in einer verschärften wirtschaftlichen Krisensituation gezwungen wird, sich entweder für die breite Bevölkerungsmehrheit oder die kleine Minderheit von Schmarotzern der Kapitalistenklasse zu entscheiden. -g-

BAADER-MEINHOF UND DIE ARBEITERKLASSE LAW-AND-ORDER KAMPAGNE 1974

Der Tod des Anarchisten Holger Meins und die Ermordung des West-Berliner Kammergerichtspräsidenten von Drenkmann haben in der bürgerlichen Öffentlichkeit der Bundesrepublik Deutschland zu einer Neuauflage der "Law-and-Order" Kampagne des Frühjahrs 1972 geführt.

Damals hatte der Bundestag unter dem Vorwand des Schutzes des Staates gegen Anarchisten eine Reihe von Gesetzen zur "inneren Sicherheit" einstimmig passiert. Heute nehmen die Politiker aller Bundestagsparteien die jüngsten Vorgänge wieder zum Anlaß, um eine Hysterie gegen die Linke und eine Verschärfung der Strafgesetzgebung für politische Gefangene durchzusetzen. Das Parlament war sich in einer Sonderdebatte darüber einig, daß sich "alle Demokraten" zusammenschließen müssen, um "Rechtsstaat und Demokratie" zu verteidigen.

Daß das Gerede der Parlamentarier jedoch nichts anderes als Heuchelei ist, zeigt zunächst folgende Tatsache: Die der Baader-Meinhof zugerechneten Personen wurden zumeist im Frühjahr 1972 in Untersuchungshaft gebracht. In einem Rechtsstaat "muß" einem Angeklagten durch ein ordentliches Gericht seine Schuld nachgewiesen werden. Tatsächlich jedoch scheint die bundesdeutsche Justiz davon auszugehen, daß die Inhaftierten bereits schuldig gesprochen sind. Jedenfalls hat sich noch keinen ordentlichen Prozeß auf die Beine gebracht. Weshalb haben hier nicht die elementarsten Grundsätze staatlicher Rechtsprechung GÜLTIGKEIT? Weshalb wird hier auf einmal der Rechtsstaat außer Kraft gesetzt?

Was verstehen die Parlamentarier unter Rechtsstaat, wenn sie zur Verteidigung desselben aufrufen?

Wie sahen für die Untersuchungshäftlinge die letzten beiden Jahre aus? Holger Meins wurde in den letzten Monaten vor seinem Tode einer "Sonderbehandlung" unterzogen. Das heißt: eine kleine, kahle schneeweiße Zelle Tag und Nacht, der Wärter stellt die einzige Verbindung zur Außenwelt dar. AMNESTY INTERNATIONAL und die Evangelische Kirche Deutschlands sprachen in diesem Zusammenhang ganz klar von F O L T E R.

In der Tat haben auch andere Beobachter von unemenschlichen Haftbedingungen gesprochen.

Geht es dem bürgerlichen Staat wirklich um den Schutz des "Bürgers" vor anarchistischen Gewalttätigkeiten mit allen, auch nicht rechtsstaatlichen Mitteln? Die Hysterie der bürgerlichen Organe und Propagandisten drängt den Schluß auf, daß das Volk hier mit Skandalgeschichten über "kriminelle Banden" gefüttert werden soll, um die Aufmerksamkeit von anderen, noch viel größeren Skandalen abzulenken.

Schon Karl Marx hatte erkannt, daß der Staatsapparat eine bürokratisch-militärische Maschinerie zur Aufrechterhaltung der herrschenden Klasse darstellt.

- Versicherungsmillionär Gerling hat durch den Zusammenbruch der Herstattbank Hunderte von Kölner Kindern, Familien und Wohlfahrtsverbänden um ihre Ersparnisse gebracht - er konnte sich - unangestastet von Polizei und Justiz - als "freier Bürger" in seine Marmorvilla zurückziehen. Niemand konnte - oder eher "wollte" - ihn zur Verantwortung ziehen.
- Hohe Nazi-Generäle, die nicht nur ein Kaufhaus in Brand stecken ließen, sondern ganze Städte, sind bis heute auf freiem Fuß.
- Durch Arbeitshetze und die Angst um den Arbeitsplatz bringt die Kapitalistenklasse weit mehr Menschen ins Grab, als je alle Anarchisten erschossen haben: so sank in den letzten 15 Jahren die durchschnittliche Lebenserwartung bei Männern um drei Jahre. Das hat wohl kaum die Baader-Meinhof Gruppe zu verantworten!

Von diesen echten Skandalen im kapitalistischen Alltag erfahren wir aus der bürgerlichen Presse und aus dem Munde der Politiker so gut wie nichts.

MARXISTEN LEHREN INDIVIDUELLEN TERROR AB

Wenn wir die Baader-Meinhof Anhänger klar gegen die Klassen-Justiz der BRD verteidigen, müssen wir jedoch die Methoden des Anarchismus scharf verurteilen. Eine Politik des individuellen Terrorismus ist unmarxistisch, ultimatisch und arrogant. Anarchisten zweifeln an die Kampfkraft der Arbeiterklasse. Sie meinen, sie könnten durch isolierte bewaffnete Aktionen sich an die Stelle der Arbeiterklasse setzen und in deren Namen den Kampf gegen

die Kapitalistenklasse führen. Wir glauben, daß der Kampf gegen den Kapitalismus nur mit Mobilisierung der Millionen erfolgreich sein kann. Individueller Terrorismus trägt zu diesem Kampf in keiner Weise bei. Er gibt dem bürgerlichen Staat den Vorwand, zur Stärkung des Staatsapparats, zur willkürlichen Verhaftung, Wohnungsdurchsuchungen usw. DIESE MASSNAHMEN WERDEN IN ZUKUNFT GEGEN DIE ARBEITERORGANISATIONEN, STREIKPOSTEN, GASTARBEITER UND STUDENTEN ANGEWENDET WERDEN. Terror ist Ausdruck der politischen Verzweiflung - Marxisten glauben, daß große Klassenkämpfe bevorstehen. Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur durch die Arbeiterklasse selbst erfolgen, nicht durch Banden, Bomben und Brandstiftung. Die Repressivmaßnahmen des Staatsapparats richten sich heute nur gegen eine kleine Schicht. Es wird aber nicht dabei bleiben. Die herrschende Klasse hat in der Geschichte allzu oft gezeigt, daß sie auch zum Mittel der Militärdiktatur und des Faschismus greifen kann, um die gesamte Arbeiterbewegung zu zerschlagen, wenn starke Arbeiterparteien und Gewerkschaften zu Krisenzeiten die Profite der herrschenden Klasse gefährden.

Die alte Sozialdemokratie hat "Rechtsprechung durch das Volk" (Gotha 1875) und "Rechtsprechung durch vom Volk gewählten Richtern" (Erfurt 1891) gefordert. Im Proger Manifest von 1934 forderte der SPD Exil-Vorstand "zur dauernden völligen Entmachtung des besiegten Gegners... Reinigung der Bürokratie... sofortige Umbesetzung aller leitenden Stellen... die Zerschlagung des alten politischen Apparates muß gesichert sein gegen seine bisherigen gesellschaftlichen Träger, das erfordert... sofortige entschuldigungslose Entsehung der Schwerindustriellen..." Diese "Reinigung der Bürokratie" und "Absicherung der Zerschlagung des alten politischen Apparates ist nach 1945 nicht erfolgt. Daher darf sich niemand darauf verlassen, daß die Staatsmaschinerie im Interesse des Volkes handelt. In der Tradition der alten Sozialdemokratie fordern wir:

- o Einsetzung einer Untersuchungskommission zu den jüngsten Vorfällen unter der Kontrolle der Gewerkschaften!
- o Wahl- und Abberufbarkeit aller Richter!
- o Kein Richter darf mehr als einen durchschnittlichen Arbeiterlohn verdienen!
- o Kontrolle und ständige Aufsicht der Rechtsprechung durch die Gewerkschaften!

Redaktionschluss 1.12.74

Der Kommentar

Pollzistenmorde In Frankfurt

Die Polizistenmorde an der Startbahn West haben wieder einmal deutlich gemacht, wie schädlich der individuelle Terrorismus für die sozialistische Bewegung ist. Vor sechs Jahren - im Herbst 1981 - war so gut wie die ganze Bevölkerung im Rhein-Main-Gebiet gegen die Flughafen-Erweiterung auf den Beinen. Der bürgerliche Staatsapparat wurde aufgeboten, um die mit dem Startbahn-Bau verbundenen wirtschaftlichen und militärischen Interessen durchzusetzen. Die brutalen Polizeieinsätze unter Leitung des damaligen Ministerpräsidenten Börner und seither - das haben Marxisten schon seinerzeit befürchtet - haben einige der durch die Bewegung aktivierten Jugendlichen derart in die Verzweiflung getrieben, daß die jetzigen Schüsse für einige die einzige Lösung zu sein schienen. Läßt man mal die Frage außer acht, ob nicht staatliche Provokateure mitgemischt haben. Denn auch diese Möglichkeit kann nicht ausgeschlossen werden. Wissen wir doch von anderen Gelegenheiten, daß die sogenannten „Verfassungsschützer“ Gewalttaten provoziert oder selbst begingen: die staatliche Bombe am Ceiler Gefängnis oder die staatlichen Gewalttäter bei der Demonstration in Krefeld gegen den Besuch des US-Vizepräsidenten George Bush.

Auch im Zusammenhang mit den Startbahn-Morden gibt es zumindest offene Fragen: z.B. wenn man schon ein riesiges Polizeiaufgebot aufmarschieren läßt, wieso konnte es bei 600 Polizisten gegenüber 200 Demonstranten zu Morden kommen? Der verhaftete Andreas Eichler wurde wochenlang vorher überwacht, wieso konnte er ohne Durchsuchung an die Startbahn gelangen? Was ist mit dem Anrufer, der angeblich eine Stunde vorher die Polizei vor dem Anschlag gewarnt hat? Eine Reihe von Ungereimtheiten.

Gegen individuellen Terrorismus

Marxisten haben eine lange Tradition der Ablehnung des individuellen Terrorismus. Die „Theorie“, daß man mit einzelnen Terrorakten der Revolution „nachhelfen“ könnte, weil dann der Staat „sein wahres Gesicht“ zeigt, ging und geht nicht auf. Im Gegenteil - nach den Polizistenmorden gab es im Rhein-Main-Gebiet zahlreiche Hausdurchsuchungen und Telefon-Abhör-Aktionen, wobei die staatlichen Organe dies so darstellen konnten, als liege es im Interesse der arbeitenden Bevölkerung.

Vor 10 Jahren schockierte die Ermordung des Arbeitgeber-Präsidenten Schleyer die Bevölkerung, obwohl damals noch viele Arbeiter schulterzuckend sagten, daß er sowieso „keiner von uns“ gewesen sei. Die Konsequenzen dieses Mordes waren verschärfte Gesetze wie z.B. das Kontaktsperre-Gesetz. Solche Gesetze können bei verschärften Klassenkämpfen später einmal gegen Aktivisten der Arbeiterbewegung angewendet werden. Schüsse auf einfache Polizisten, von denen viele selbst aus Arbeiterfamilien kommen, sind in ihrer Wirkung noch reaktionärer. Sie wurden in der bürgerlichen Öffentlichkeit hervorragend ausgeschlachtet, um den bürgerlichen Staat als „neutrales Gemeinwesen“ darzustellen und eine Verschärfung des Demonstrationsrechts durchzusetzen. Angesichts dieser Kampagne ist es besonders bemerkenswert, daß viele Polizisten und die Gewerkschaft der Polizei (GdP) sich nicht davon beeindruckt ließen und eine Verschärfung des Vermummungs-Verbots nach wie vor ablehnen.

Staatliche Verantwortung

Für die CDU kamen die Schüsse genau richtig, um von Barschel-Affäre, Börsenkrach und Sozialabbau abzulenken. Gleichzeitig kann auch elegant darüber hinweggegangen werden, daß Neonazis mehr Todesopfer auf dem Gewissen haben als die RAF, oder wie viele unschuldige Zivilisten in den letzten Jahren von Polizeibeamten „zufällig“ und unbeabsichtigt getötet wurden. Wenn Jugendliche und Arbeitslose Selbstmord begehen, weil sie in dieser Gesellschaft keine Hoffnung mehr finden, ist dies in dieser Gesellschaft ebenso „normal“ wie die Tatsache, daß die vorherrschenden Arbeits- und Lebensbedingungen, Umweltvergiftung, Angst und Streß das Leben vieler Arbeiter stark verkürzen.

In der kapitalistischen Gesellschaft üben die Herrschenden - mal offen, mal versteckter - Gewalt aus, um ihren Besitz und ihre Privilegien zu verteidigen. Marxisten sind keine unbedingten Anhänger der „Gewaltfreiheit“ in dem Sinne, daß sie selbstverständlich auch „die andere Backe hinhalten“. Aber nicht technisch und logistisch ausgeklügelte Überfälle, Attentate und do-it-yourself-Bomben, sondern nur die mit einem sozialistischen Programm bewaffnete Arbeiterbewegung kann die Gesellschaft verändern.

Wenn aus linksliberalen Willi-Brandt-Fans wie Ulrike Meinhof und Gudrun Ensslin und aus friedlichen Startbahn-Gegnern individuelle Terroristen werden, dann ist dies auch eine Folge der rechten Politik der SPD-Führung von Schmidt bis Böner.

Es ist die Verlogenheit und der Bankrott einer niedergelassenen kapitalistischen Gesellschaft, die Einzelne in solche Verzweiflungstaten treibt. Für uns sollte diese bittere Erfahrung umso mehr ein Ansporn sein, um ein sozialistisches Programm in der organisierten Arbeiterbewegung fest zu verankern und einen Staat zu schaffen, in dem die arbeitende Bevölkerung das Sagen hat.

Kampffonds

VORAN - eine sichere Geldanlage

Der internationale Börsenkrach hat den „Yuppies“ dieser Welt das Fürchten und Schluchzen gelehrt. In England verspielte ein 15jähriges Bürgerhöhnchen eine halbe Million Pfund (1,5 Mio. DM) des Familienvermögens. Aus Frankfurt gab es Bilder von weinenden Maklern zu sehen.

Solche Szenen können uns aber kalt lassen. Sozialisten haben kein Vertrauen in das kapitalistische Finanzsystem, sondern legen ihr Geld in die einzig vernünftige Zukunftsinvestition an: im Aufbau der marxistischen Zeitung der deutschen Arbeiterbewegung, VORAN. Zwei hervorragende Beispiele für das Vertrauen unserer Leser in eine sozialistische Zukunft wollen wir hier bekanntgeben:

Bei einem Seminar in Stuttgart im November wurden 3035 DM gesammelt. Dabei übertrafen die Seminarteilnehmer ihr selbst gestecktes Ziel der Redaktion mit einer Spende von 2000 DM den Kauf einer Reprökamera zu ermöglichen. Damit gehen die verbleibenden 1035 DM direkt

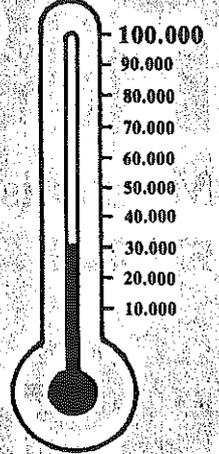
in unseren Fonds für eine eigene Druckmaschine (s. VORAN Nr. 95). Ein großartiger Erfolg!

Ebenfalls ein gutes Ergebnis brachte ein Seminar in Wiesbaden im Oktober, allerdings mit weit weniger Teilnehmern: Dort wurden 850 DM gespendet.

Aber auch kleinere Einzelspenden beweisen die Opferbereitschaft unserer Leser, z.B. 20,- DM von Giti Faraj, Azubi aus Köln; 9,- von Frau Gerhards, Krankenschwester, Köln; Karl Holzmann, Rentner und SPD-Mitglied aus Stuttgart 5,- DM; Otto Wanner, Arbeiter aus Stuttgart 40,- DM. Vielen Dank auch an Sue Powell, Angestellte aus Hamburg, die 150,- in Erinnerung an Hans Bröcker spendete. Schließlich sammelten Wiesbadener Jusos 43,12 DM für den Aufbau unserer Drucker.

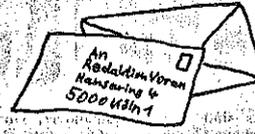
Unser Kampffonds-Barometer steht nunmehr bei 30.439,86 DM. Wir haben nur noch vier Wochen Zeit, um unser Ziel zu erreichen. Jetzt kommt es auf die Weihnachtsspenden an:

Spendenkonto:
VORAN Postgiroamt Essen
BLZ 360 100 43
Kto.-Nr. 2500 59-430



möglichst viele und möglichst hohe! Dann können wir im neuen Jahr unsere eigene Druckmaschine in Betrieb nehmen.

Flz Garvie
Redaktion Köln



Juso-Aktion in Wiesbaden

Erfolgreich gegen Nazis!

Zur Einleitung der Juso-Herbst-Aktion organisierte unsere Juso-AG einen Infotisch in der Fußgängerzone. Hierbei kam es zu einer Konfrontation mit Neonazis der FAP. Diese hatten die Unverschämtheit, einige Meter von uns entfernt, ebenfalls einen Stadt aufzubauen, ausgeschmückt mit Transparenten und Flugblättern, auf denen offerierten zur Hetze gegen Ausländer aufgerufen und die Freilassung Michael Kühnens gefordert wurde.

Auf die Frage eines Genossen an zwei patrouillierende Polizeibeamte, ob die FAP-Anhänger eine Stange Genehmigung hätten, antworteten diese, eine Genehmigung hierfür würde bestehen, ohne das allerdings zu überprüfen.

Daraufhin organisierten wir mit Passanten einen Sprecher gegen die Nazis, mit dem wir viele Fußgänger erst auf die Nazis aufmerksam machten. Sofort wurde der FAP-Stand von einer Menschentraube umringt und die Anhänger dieser fragwürdigen Organisation in heftige Diskussionen verwickelt.

Nach einer kurzen Weile formierten wir uns von neuem zu einem Sprecher, an dem diesmal noch wesentlich mehr Passanten teilnahmen. Der Druck auf die FAP'ler wurde so groß, daß diese unter dem Beifall der anwe-

senden Menschenmenge den Platz räumen und abziehen mußte; wohlgermerkt ohne Infomaterial, das hatten wir bereits beschlagnahmt und dorthin geschafft, wo es hingehört: auf den Müll.

Daraufhin ließen wir Telefonisten umgehen. Sollten die Neonazis es noch einmal wagen, in dieser Form an die Öffentlichkeit zu treten, wird eine Telefonkette gestartet.

Dieses Erlebnis hat uns gezeigt, daß der Großteil der Bevölkerung gegen den Faschismus eingestellt ist und sogar viele bereit sind, sich gegen dieses bössartige Geschwür zu engagieren.

Wehrt Euch gegen Nazis! Kämpft mit für ein Verbot der FAP und aller anderen faschistischen Vereinigungen. Was auf keinen Fall unerwähnt bleiben sollte, ist, daß auch Ausländer und vor allem Dingen Türken sich durch unsere Aktion ermutigt sahen, aktiv den Neonazis entgegenzutreten.

Luciano, Wiesbaden
Juso-AG-Alttstadt

„Stalin lebt und wird leben“

Zur Artikel-Serie in VORAN zur Oktoberrevolution:

Liebe Redaktion, liebe Genossinnen und Genossen,

als ich Eure Serie las, dachte ich zunächst so bei mir: Verdammst gut,

endlich liest man etwas progressives über die Oktoberrevolution.

Als ich aber dann auf die Abschnitte stieß, die sich mit Josif Wisaaronowitsch Dschugaschwilli (J. W. Stalin) befäßten, wurde es mir spißlich, ob einer giftigen „Suppe“, die dort gekocht worden ist.

J. Stalin wird in Eurer Serie zum Ungeheuer stilisiert, so ganz genau, wie dies zur Zeit die bürgerlichen Medien tun (AVZ und AN hier in Aachen).

Ihr habt nach meinem Dafürhalten etwas nachgeplappert, was unverantwortlich ist. Scheinbar kennt ihr den Leidensweg des Genossen Stalin nicht, der in der vorrevolutionären Phase unter dem Pseudonym Koba(n) schrieb. Scheinbar wißt ihr nicht, daß Stalin als junger Revolutionär in zaristischer Haft und Verbannung in Sibirien zur Schwerstarbeit verurteilt war.

Er hat sich nicht gebeugt! Er hat die Revolution nicht verraten! ER WAR EBEN STAHLHART!

Stalin war derjenige, ohne den die junge Sowjetmacht den Krieg gegen die faschistische Bestie nie gewonnen hätte.

Und es kann noch zwanzig Mal einen XX. Parteitag gegeben und es können noch zwanzig Mal Konterrevolutionäre behaupten, Stalin sei ein Ungeheuer gewesen, das Trotzki mit dem Eispickel erschlagen habe lassen, das mit Hitler einen unnötigen Pakt eingegangen wäre; Stalin lebt und wird leben!

Die junge Arbeiterklasse und die internationale revolutionäre Bewegung weiß es besser. Sie hat sich mit den Stalin-Verken befäßt. Die Stalin-Bände umfassen mehrere tausend Seiten Lesestoff, die man kennen muß, um zu wissen, wie Stalin die brennenden Fragen des Leninismus beantwortet hat.

Ché (ja Ernesto meine ich) schreibt in seinem Bericht über die kubanische Revolution, daß seine Fraktion - nämlich die um Fidel - die konsequenteste und kämpferischste war (und das nicht nur in der Sierra Maestra), und sie sich stalinistisch nannte.

Unbeugsam und konsequent sei der Revolutionär.

Um es mit den Worten Dantons (französische/bürgerliche Revolution 1789) zu sagen: „KÜHNHEIT, KÜHNHEIT und ABERMALS KÜHNHEIT!“, auch in der Wahrheit um Stalin. (...)

Manfred Engelhardt, Aachen

(Anm.: Die Redaktion hat ein längeres Stalin-Zitat des Briefes aus Platzgründen weggelassen.)

VORAN

zur sozialistischen Demokratie

Überregionale marxistische Zeitung für Jusos, SPD, Falken und Gewerkschaften
Erscheint seit Dezember 1973

Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.

Verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Öllinger

Redaktionsanschrift:

VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1

Telefon 0211/134504

Bankverbindung: PGiRoA Essen, Konto-Nr. 250059-430

Druck: BHz-Druck GmbH, Heegstr. 26-28, 4300 Essen 11

Juso-Bundesvorstand kampagneunfähig

Der Juso-Bundesvorstand hat die für den 5. Dezember in Nürnberg geplante großangelegte Jugendveranstaltung abgeblasen. Vom Bundesvorstand herausgegebene Hochglanzbrochüren und dicke Texte zur „jugendpolitischen Orientierung“ können nicht über seine Kampagne-Unfähigkeit hinwegtäuschen.

Man muß sich klar machen, was es bedeutet, drei Wochen vor dem Termin eine solche Veranstaltung ohne Angabe von Gründen abzublenden, eine Veranstaltung, auf die eine Reihe von Untergliederungen schon zwei oder drei Monate vorher mobilisierten. Ein Großteil der Arbeit wurde damit ganz einfach zertröt. Ein Schlag ins Gesicht der eigenen Basis.

Dennoch sollte dies nicht dazu führen, daß zukünftige Kampag-

nen nicht mehr ernst genommen werden. Es bleibt richtig, zu jugendbezogenen Themen öffentliche bundesweite Kampagnen durchzuführen. Aber sie müssen vorher politisch und organisatorisch im ganzen Verband vorbereitet werden. Juso-Untergliederungen (z.B. Bezirke oder UB's) sollten sich demnächst bereithalten, selbst mit Abschlusveranstaltungen einzuspringen, falls der Bundesvorstand wieder kurzfristig aussteigt.

Nach dieser Pleite ist es wichtiger denn je: Helft mit, den Juso-Verband zu einem vor allem von Arbeiterjugendlichen getragenen sozialistischen Jugendverband zu machen, denn nur auf dieser Grundlage werden wir Vorstände haben können, die fähig sind, Kampagnen durchzuführen.